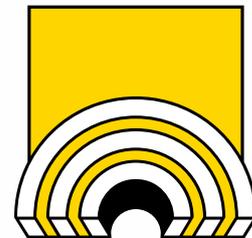


Landkreis Nachrichten



BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



LANDTAGSWAHL

Schwerpunkt:

Landtagswahl 2016

Themen:

Selbstverwaltung in der
Arbeitslosenversicherung

Die Brücke zur Schweiz –
Chancen und Schwierigkeiten
eines Grenzlandkreises

Nachrichten:

ESF-Beratung beim
Landkrestag

Förderpreis Duale Ausbildung
im Landkreis Heidenheim

15.
MÄRZ



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

HERAUSGEBER:

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 0711 / 22 46 20
Telefax 0711 / 22 46 2-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

REDAKTION:

Hauptgeschäftsführer
Prof. Eberhard Trumpp
Jan-Ole Langemack

STÄNDIGE MITARBEIT:

Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

EMPFÄNGER:

Die Mitglieder der Kreistage,
des Landtags und des Bundestags,
Landes- und Kommunalbehörden,
Verbände und kommunalpolitisch
interessierte Persönlichkeiten.
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers
gekennzeichnet sind, geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Zustimmung der Redaktion.

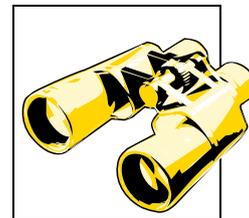
SATZ UND DRUCK:

Offizin Scheufele
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

BILDNACHWEIS:

Titel: Grafische Werke Stgt.; S. 2, 4: Landkreistag; S. 5: CDU-Fraktion; S. 9: Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen; S. 13: SPD-Fraktion; S. 17: Fraktion FDP/DVP; S. 22: BA; S. 26 o.: Energiedienst;
S. 26 u.: Flughafen Zürich; S. 27: LRA Waldshut; S. 28 o.: Gemeinde Herrischried; S. 28 u.:
V. Edmaier; S. 29: LRA Ostalbkreis; S. 30: LRA Göppingen; S. 32, 33: LRA Heidenheim; S. 34:
LRA Karlsruhe; S. 35, 58: LRA Lörrach; S. 37, 46, 62 o.: LRA Ortenaukreis; S. 38, 40, 50 u., 62 u., 66 re.:
LRA Hohenlohekreis; S. 39: U. Spitzmüller; S. 41, 50 o., 56 o.: LRA Rastatt; S. 42, 60, 64: LRA Rhein-
Neckar-Kreis; S. 43: Brüder Grimm Schule; S. 45: LRA Bodenseekreis; S. 48 o., 63, Rückseite:
LRA Schwäbisch Hall; S. 48 u.: B. Moulien; S. 52: LRA Main-Tauber-Kreis; S. 53 o.: LRA Ostalbkreis;
S. 53 u.: S. Tebel-Haas; S. 54, 66 li.: LRA Schwarzwald-Baar-Kreis; S. 56 u.: LRA Ludwigsburg; S. 57:
LRA Sigmaringen; S. 59: LRA Rems-Murr-Kreis; S. 61: T. Tratnik Photography; S. 65: BMVI

Gedruckt auf umweltfreundlich,
chlorfrei hergestelltem Papier.



INHALT

THEMEN

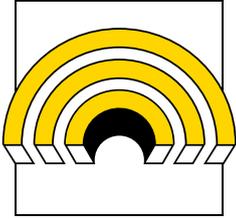
- Editorial
Von Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp Seite 4
- Für eine Partnerschaft mit den Kommunen
Von Guido Wolf MdL, Vorsitzender der Fraktion der CDU im Landtag von Baden-Württemberg Seite 5
- Partnerschaft Land und Kommunen – In gemeinsamer Verantwortung Zukunft gestalten
Von Edith Sitzmann MdL, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg Seite 8
- SPD für starke Kommunen in Baden-Württemberg
Von Claus Schmiedel MdL, Vorsitzender der Fraktion der SPD im Landtag von Baden-Württemberg Seite 13
- Landespolitik, die sich in den Kommunen bewähren muss – Die landespolitischen Themen im Fokus der Kommunalpolitik
Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der Fraktion der FDP/DVP im Landtag von Baden-Württemberg Seite 16
- Selbstverwalten – Mitgestalten!
Von Friedrich Scheerer und Artur Lindenbergs, Nürnberg Seite 21
- Flüchtlinge sind Fachkräfte von übermorgen – Herausforderungen bei der Integration in den Arbeitsmarkt
Von Uta Heinemann, Stuttgart Seite 23
- Die Brücke zur Schweiz – Chancen und Schwierigkeiten eines Grenzlandkreises
Von Landrat Dr. Martin Kistler, Waldshut Seite 25

NACHRICHTEN

- Landratsamt Ostalbkreis erhält Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“ mit Auszeichnung Seite 29
- Landkreistag und Beratung der regionalen ESF-Arbeitskreise – das passt und gehört zusammen Seite 29
- Gesundheitslandkreis Göppingen Seite 30
- Kreisporträt in neuem Format Seite 31
- Anreiz für die Karriere mit Lehre Seite 32
- Intensiver Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern mit Politikern des Kreistags – Erfolgreiche Fortsetzung der landesweiten Initiative „Was uns bewegt“ Seite 33
- Landkreistag begrüßt Landesgesundheitsgesetz – Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp: „Rolle der Kommunen wird erkennbar gestärkt!“ Seite 34
- Entsorgungssicherheit garantieren, Bauschuttverwertung fördern – Landkreistag und Städtetag positionieren sich zur Entsorgung von Bauabfällen Seite 34
- Energiepolitik des Landkreises Lörrach ausgezeichnet Seite 35
- Neue Stabsstelle – Landrat Frank Scherer erklärt Breitband-Ausbau zur Chefsache Seite 35

SPEKTRUM

Seite 37



EDITORIAL

Wählen gehen ist auch ein Bekenntnis zu unserer Demokratie!

Bei der Landtagswahl im Jahre 2006 machten 66,3 Prozent der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Das ist zwar das zweitbeste Ergebnis der vergangenen Landtagswahlen aller Bundesländer nach Hessen (73,2 % in 2013), aber immer noch die dritt schlechteste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1964.

Es wäre also erfreulich, wenn es gelänge, dieses Ergebnis abermals zu verbessern. Unsere Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Politik. Nur wer von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, kann auch über die weitere Entwicklung unseres Landes mitbestimmen. Wer nicht wählt, verzichtet auf das wichtigste Recht in unserem demokratischen Staatswesen.

In den vergangenen Monaten wurden leider auch im politischen Umfeld Stimmen laut, welche die repräsentative Demokratie in Frage stellen. Das stimmt wirklich nachdenklich! Diese Kräfte haben ein anderes Demokratieverständnis bzw. überhaupt keines und versuchen, die Stabilität unserer Gesellschaft und unseres Staates zu unterminieren. Beherrschendes Thema im Wahlkampf



ist natürlich die Flüchtlingsthematik. Aber es gibt auch andere Themenfelder, die für die Kommunen von großer Bedeutung sind und für die der neue Landtag und die neue Landesregierung Lösungen aufzeigen müssen. Dies gilt z.B. für die Weiterentwicklung der Schul- und Bildungspolitik, die Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum und die Eingrenzung der finanziellen Belastungen der kommunalen Sozialhaus-

halte, die im Hinblick auf die demographische Entwicklung aus heutiger Sicht weiter steigen werden.

Für den Landkreistag steht über allen fachlichen Fragen auch die Bereitschaft, mit dem neu gewählten Landtag und der Landesregierung weiterhin vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Dabei kommt es besonders auch darauf an, dass beide Seiten Verständnis für die Belange des jeweils anderen aufbringen. Land und Kommunen stehen sich nicht gegenüber, sondern sind miteinander und gemeinsam tragende Säulen im Staatsaufbau. Mit welchen programmatischen Aussagen die im Landtag vertretenen Parteien in den Wahlkampf gezogen sind bzw. wie sie sich zu kommunalrelevanten Themen in der nächsten Legislaturperiode positionieren wollen, kann man in den Beiträgen der jeweiligen Fraktionsvorsitzenden im Schwerpunkt „Landtagswahlen“ des Thementeils dieser Ausgabe im Detail nachlesen.

Prof. Eberhard Trumpp,
Hauptgeschäftsführer,
Landkreistag Baden-Württemberg



THEMEN

Für eine Partnerschaft mit den Kommunen

Von Guido Wolf MdL, Vorsitzender der Fraktion der CDU im Landtag von Baden-Württemberg



Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg steht für das Subsidiaritätsprinzip. Die Kommunen sind die starke Basis unseres Landes. Die CDU-Landtagsfraktion war in der vergangenen Legislaturperiode Anwalt unserer Kreise, Städte und Gemeinden. Land und Kommunen hatten in der Vergangenheit eine starke und faire Partnerschaft auf Augenhöhe gelebt. Daran wollen wir wieder anknüpfen. Wichtig hierfür sind Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz.

Die kommunale Selbstverwaltung hat sich in Baden-Württemberg über Jahrzehnte bewährt. Ihre Grundlage ist eine seit über 50 Jahren bewährte Gemeindeordnung, die auf gelungene Weise ein Höchstmaß an Freiheit und Eigenverantwortung mit dem notwendigen Maß an Regeln und Vorschriften verbindet. Voraussetzung für den Erfolg dieser Gemeindeordnung ist eine enge und konstruktive Zusammenarbeit von Land und

Kommunen, die sich auf viele Gebiete erstreckt und die – gerade in Baden-Württemberg – in der Vergangenheit von Vertrauen, Verlässlichkeit und gegenseitigem Respekt geprägt war. Unsere Städte und Gemeinden können nicht von Stuttgart aus über einen Kamm geschoren werden. Wir sehen die kommunale Selbstverwaltungsgarantie als ein wesentliches Merkmal für die Stärke unserer Kommunen an und diese darf nicht geschwächt werden.

Das wichtigste Merkmal einer guten und engen Partnerschaft sind regelmäßige und offene Gespräche. Hier können wir in Baden-Württemberg stolz darauf sein, dass wir – bei allen Differenzen in der Sache – in den Jahren CDU-geführter Landesregierungen eine bewährte, stabile, verlässliche und konstruktive Partnerschaft zwischen Land und kommunaler Ebene hatten. Diese Partnerschaft war in der Lage, mit neuen Herausforderungen angemessen umzugehen und die Entwicklung unseres Landes zum Wohle der Allgemeinheit zu gestalten. Die Partnerschaft zwischen Land und Kommunen ist ein Erfolgsmerkmal Baden-Württembergs. Die CDU-Landtagsfraktion tritt dafür ein, dass dies auch in Zukunft wieder so wird. Als ehemaliger Landrat steht Fraktionsvorsitzender Guido Wolf MdL ja persönlich und aus voller Überzeugung für ein derart faires Miteinander.

Das Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, wel-



ches von Grün-Rot gegen den ausdrücklichen Willen der Kommunen beschlossen wurde, ist in weiten Teilen eine Bevormundung der Kommunen durch die Landesregierung und ein massiver Eingriff in die innere Selbstverwaltung, den wir strikt ablehnen. Insgesamt beschneiden die neuen Regelungen die Rechte der von den Bürgern gewählten kommunalen Gremien. Damit wird deren ehrenamtliche Arbeit, die sich traditionell am Gemeinwohl und nicht an einzelnen Gruppeninteressen ausrichtet, erschwert. Es ist zu befürchten, dass es zunehmend schwerer werden wird, Bürger zu finden, die bereit sind, sich bei Kommunalwahlen aufstellen zu lassen. Durch dieses Gesetz wurde die Kandidatur noch unattraktiver. Durch die Normierung der Rechte der Fraktionen und Minderheitenrechte wurde die Gemeinderatsarbeit unnötig „politisiert“, ein Umstand, der in den stark an der Sache orientiert arbeitenden Gemeinderäten der Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, von Bürgern und Gemeinderäten gerade nicht gewünscht wird. Den Inhalten des Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, die über die formalen Änderungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden hinausgehen, konnte die CDU-Landtagsfraktion daher nicht zustimmen. Die beschlossenen Ände-

rungen der Gemeindeordnung werden wir im Falle eines Wahlerfolgs zügig evaluieren und einvernehmliche Regelungen mit den Kommunen anstreben.

Für eine bessere Unterstützung bei der Flüchtlingsunterbringung

Der Zustrom von Flüchtlingen stellt unser Land vor enorme Herausforderungen. Dabei ist klar: Integration findet auf Ebene der Kommunen statt. Dort sind die Strukturen aus haupt- und ehrenamtlicher Flüchtlingsbegleitung. Ministerpräsident Kretschmann verkennet dies, wenn er die Kommunen als „untere Verwaltungsbehörden“ behandelt. Vielmehr kommt es darauf an, schnell und auf Augenhöhe mit den Kommunen Lösungen zur Frage der Unterbringung, Beschulung und Arbeitsintegration zu finden.

Deshalb ist es auch dringend nötig, den Kommunen die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel 1:1 weiterzugeben. Die Landesregierung hat im Oktober 2015 eine Grundsatzvereinbarung mit den Kommunen erzielt, nach der die Kosten der Integration in einer nachlaufenden Spitzabrechnung ausgeglichen werden sollen. Die Kommunen brauchen aber schnellstmöglich Planungssicherheit hinsichtlich der vom Land für den Kostenersatz vorgesehenen personellen und sachlichen Standards. Regionale Ungleichverteilungen sind bei der Zuweisung in die vorläufige bzw. die Anschlussunterbringung zu vermeiden.

Bei der Anschlussunterbringung ist auf eine gleichmäßige Verteilung hinzuwirken. Der Abwanderung bzw. Konzentration in Ballungsräumen ist durch geeignete Maßnahmen, d.h. Leistungseinschränkungen bis zum Leistungszug entgegenzuwirken. Dazu muss die Residenzpflicht am Integrationsort verschärft werden.

Der Gemeindetag geht davon aus, dass sich in Folge der Zuwanderung der Bedarf an Gruppen im Kindergartenbereich um etwa 1500 und im Krippenbereich

um etwa 800 erhöhen wird. Die Ausgaben für die Kinderbetreuung stellen einen großen Anteil der kommunalen Haushalte dar. Die Landesregierung hat durch die Nichtverlängerung des Flexibilisierungspakets in der Kleinkindbetreuung den Kommunen zur Unzeit neue Anforderungen auferlegt. Wir setzen uns für die Wiederaufnahme dieses Pakets ein.

Ein Wohnungsbauprogramm ist ein entscheidender Beitrag zur Wahrung des sozialen Friedens vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise und gleichzeitig auch eine Chance für die Kommunen, durch nachhaltige soziale Stadtentwicklung neuen Wohnraum zu schaffen.

Wir fordern, den Städten und Gemeinden die vom Bund für die Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung bereitgestellten Mittel ohne Abzüge zur Verfügung zu stellen. Das Städtebauprogramm und das Entwicklungsprogramm „Ländlicher Raum“ stehen als mögliche Verteilmechanismen bereits heute zur Verfügung, es müssten lediglich neue Förderlinien eröffnet werden.

Im Rahmen des unterfinanzierten und daher überzeichneten Förderprogramms „Wohnen für Flüchtlinge“ ist die Möglichkeit eines förderunschädlichen Maßnahmenbeginns zu schaffen. Dies gibt den Kommunen zusätzliche Planungssicherheit und unterstützt sie in der Bewältigung ihrer Aufgaben.

Maßnahmen zur Anpassung des Flächenbedarfs an die tatsächliche Raumbedarfsentwicklung und zur Verfahrensbeschleunigung bei der Bescheidung von Baugesuchen sind – gemeinsam mit den Kommunen – auszugestalten. Dabei müssen auch die erhöhten Standards in der Landesbauordnung ausgesetzt und die restriktive Linie zusätzlicher Flächenausweisung von der Landesregierung beendet werden.

Wir halten die stärkere Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer auf Ebene der Kommunen für erforderlich. Auch der Ausbau der Strukturen kommunaler Integrationsbegleiter

muss weiter ausgebaut werden. Auf ministerieller Ebene ist die Koordinierung staatlicher Maßnahmen mit den Hilfsorganisationen zu verbessern, um Leerlauf und Verschwendung ehrenamtlicher Ressourcen zu vermeiden.

Für eine differenzierte Bildungspolitik

Wir müssen erkennen, dass G8 trotz aller Nachbesserungen auch nach mehr als 10 Jahren nicht die breite Akzeptanz bei den Eltern findet. Hinzu kommt, dass sich die Rahmenbedingungen seit 2004 erheblich verändert haben: Wegfall des Wehrdiensts sowie deutliche Kritik seitens der Wirtschaft und der Hochschulen an der mangelnden Reife der Abiturienten. Dieser Kritik dürfen wir uns nicht verschließen.

Wir wollen künftig mit dem G8/G9-Wahlmodell jedem Gymnasium die Möglichkeit geben, vor Ort entscheiden zu können, ob es G8, G9 oder eine Kombination aus G8/G9 anbieten will. Dabei sollen sich die Gymnasien am bestehenden Wunsch der Eltern orientieren und sich zugleich mit den weiteren Schulstandorten im Einzugsgebiet abstimmen.

Stets wird die besondere Belastung der Schüler in der Mittelstufe beklagt, die mit der Pubertät einhergeht. Daher wollen wir nach einem gemeinsamen Einstieg in die Klassen 5 und 6, in denen bereits wichtige gymnasiale Erfahrungen gesammelt werden, eine Wahlmöglichkeit G8/G9 erst nach Klasse 6 ermöglichen.

Ein Wahlmodell G8/G9 darf nicht zu Lasten unserer erfolgreichen Realschulen und Beruflichen Gymnasien gehen. Wir sind zutiefst von diesem lebensnahen Bildungsangebot überzeugt, das gerade Kinder und Jugendliche mit eher praktischen Talenten fördert. Mit der engen Verzahnung der Beruflichen Gymnasien mit den Realschulen werden wir einen stabilen zweiten Weg neben dem Gymnasium zum Abitur führen. Der grün-rote Kahlschlag bei sog. „Kleinklas-

sen“ in unseren beruflichen Schulen darf sich nicht fortsetzen.

Wir lehnen entschieden die Benachteiligung der differenzierten Schularten gegenüber der Gemeinschaftsschule ab. Es gilt, eine gerechte Balance in der Zuweisung von Lehrerstellen und Sachmittelzuschüssen herzustellen. Grün-Rot bevorzugt noch immer in absolut ungerechtfertigter Art und Weise ihr Lieblingskind Gemeinschaftsschule. Wir stehen hingegen für einen fairen Wettbewerb der Schularten auf Augenhöhe. Vorhandene Gemeinschaftsschulen werden wir weiterentwickeln, neue Gemeinschaftsschulen wird es nicht geben.

Den vorhandenen Gemeinschaftsschulen werden wir die Chance geben, sich auf den Hauptschulabschluss und die Mittlere Reife zu konzentrieren. Mit den Beruflichen Gymnasien besteht bereits heute eine landesweit gut ausgebaute Anschlussmöglichkeit hin zum Abitur. Ein Parallelangebot einer Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen lehnen wir ab. Die Realschule und das Berufliche Gymnasium sind für uns der bewährte neunjährige Weg zum Abitur! Diesen wollen wir weiter stärken, so dass neben den Gymnasien eine zweite stabile Säule entsteht.

Für Verkehrspolitik, die Mobilität ermöglicht

Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Menschen und die Basis unseres Wohlstands. Gerade das Automobilland Baden-Württemberg ist auf leistungsfähige Verkehrssysteme angewiesen. Die CDU-Landtagsfraktion steht dabei für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes. Im ländlichen Raum muss die Erreichbarkeit gesichert bleiben. In den Städten und Ballungsräumen muss die Infrastruktur mit dem steigenden Verkehrsaufkommen Schritt halten.

Baden-Württemberg braucht einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik. Eine gute Verkehrspolitik muss Mobilität

fördern, anstatt sie einzuschränken und einzelne Verkehrsträger zu verteufeln. Statt ideologischer Vorgaben benötigen wir für jeden Weg das passende Verkehrsmittel. Der motorisierte Individualverkehr und der öffentliche Verkehr auf Straße und Schiene bilden das Rückgrat des Verkehrs. Wir wollen ihre jeweiligen Stärken nutzen und den multimodalen Verkehr stärken.

Straßen bleiben im Flächen- und Pendlerland Baden-Württemberg die wichtigsten Verkehrswege. Wir benötigen deswegen weiterhin einen Aus- und Neubau von Straßen, um dem steigenden Verkehrsaufkommen gerecht zu werden. Gleichzeitig müssen wir die Investitionen in den Erhalt dauerhaft stärken, um die Funktionsfähigkeit der Netze zu sichern und die Substanz zu erhalten. Es ist deshalb unser erklärtes Ziel, in den kommenden fünf Jahren insgesamt eine Milliarde Euro für die Landesstraßen einzusetzen. Diese Ziele können nur mit einer effizienten und personell gut aufgestellten Straßenbauverwaltung erreicht werden, um die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zu beschleunigen.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bilden das zentrale Element einer umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Mobilität. Wir wollen den öffentlichen Verkehr stärken und weiter ausbauen. Die unumgängliche Reform der ÖPNV-Finanzierung werden wir im Schulterschluss mit allen Beteiligten erarbeiten.

Um wichtige Verkehrsprojekte des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV umsetzen zu können, sind unsere Kommunen auf Unterstützung angewiesen. Wir begrüßen daher die Fortführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Bundes-GVFG) nach 2019 und treten für eine Fortführung der Förderung nach dem Entflechtungsgesetz ein. Dabei soll dem Straßenbau bei der Mittelverteilung der Anteil

zukommen, der den realen Bedarf widerspiegelt.

Bei der Förderung nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) wollen wir uns wieder auf die wichtigen Maßnahmen konzentrieren, die die Kommunen aus eigener Kraft nicht finanzieren können. Wir treten daher für eine Neuregelung ein, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen im Blick behält. Wir werden den Fördersatz über das von Grün-Rot auf 50 Prozent abgesenkte Niveau hinaus erhöhen sowie die Festbetragsförderung überprüfen, um das Risiko von Kostensteigerungen angemessen auf alle Beteiligten zu verteilen.

Die CDU-Landtagsfraktion tritt für eine verlässliche Partnerschaft des Landes mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden ein – in der Verkehrspolitik ebenso wie in allen anderen Bereichen.

Für starke Ländliche Räume

Ziel der CDU-Politik ist die Ausgewogenheit zwischen Ballungsgebieten und dem Ländlichen Raum zu sichern. Die Stärke Baden-Württembergs liegt im harmonischen Zusammenspiel von Stadt und Land. Weltmarktführer und Familienbetriebe, pulsierende Städte und herrliche Kulturlandschaften, anerkannte Sternegastronomie und zünftige Dorfgasthöfe, Baden-Württemberg ist Vielfalt für alle Sinne.

Deshalb setzen wir als CDU in unserer Politik darauf, Stadt und Land nicht gegeneinander auszuspielen, sondern die jeweiligen Stärken weiter zu entwickeln. Es gibt Faktoren, die gerade in unserem Land, in dem rund 3,8 Millionen Menschen im Ländlichen Raum leben, diesen besonders zu stärken und zu erhalten. Die grün-rote Landesregierung hat durch ihre Politik bewiesen, dass sie die Stärken und Herausforderungen der Regionen, vor allem im Ländlichen Raum, nicht erkennt und deshalb keine gezielte Strategie für die anstehenden Aufgaben entwickelt hat.

Der Ländliche Raum ist das Rückgrat Baden-Württembergs. Hier ist der Raum für eine hohe Lebensqualität, für Wohlstand und Arbeit, für regionale und überregionale Märkte, für Landwirtschaft und Gewerbe, für lebendige Städte und Dörfer, für schöne Kulturlandschaften. Kurz, hier ist der Raum, um sich daheimzufühlen. Deshalb setzt sich die CDU besonders dafür ein, um Raum zu schaffen für Ideen und Aktivitäten der Menschen. Um das Leben und Arbeiten im Ländlichen Raum auch für die Zukunft attraktiv zu erhalten, muss die Politik gezielt Themen wie Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeit und Landwirtschaft angehen und Antworten finden, die sich nicht an einer Ideologie, sondern entlang der tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen ausrichtet.

Die Breitbandversorgung ist ein fundamentaler Baustein kommunaler Infrastruktur. Eine nachhaltige Lösung dieser Aufgabe ist finanziell und organisatorisch oft nur durch eine interkommunale Zusammenarbeit möglich. Wir unterstützen deshalb die Gründung von interkommunalen Verbänden, in denen die Gemeinden ihre Kräfte bündeln und für Synergien sorgen können. Das Hauptziel solcher Zusammenschlüsse ist der Ausbau von Hoch- und Höchstgeschwin-

digkeitsnetzen im Ländlichen Raum im Sinne von „Fibre To The Home“ (FTTH), bei dem baldmöglichst jeder Haushalt über einen Glasfaseranschluss verfügen soll. Für Unternehmen ist es entscheidend, wenn es um die Standortsuche geht, auf ein verlässliches und schnelles Internet vertrauen zu können. Und auch für Familien ist es ein entscheidendes Kriterium, wie gut das Internet im künftigen Zuhause ist. In einer CDU-geführten Landesregierung werden wir ein Förderprogramm in Höhe von 500 Millionen für die nächste Legislaturperiode auflegen, mit dem Ziel, dass alle Baden-Württemberger schnellstmöglich über schnelles Internet verfügen können.

Für eine aktive Kulturförderung in allen Teilen des Landes

Die besonders positiv ausgeprägte kulturelle Vielfalt Baden-Württembergs beruht darauf, dass Land und Kommunen die Kulturförderung als gemeinsame Aufgabe begreifen, die sie in ihrer jeweils eigenen Zuständigkeit partnerschaftlich wahrnehmen. Dabei werden etwa 60 Prozent der Kulturausgaben in Baden-Württemberg laut Kulturbericht 2012 der Statistischen Ämter des Bundes und

der Länder von Städten und Gemeinden getragen. Dieses große Engagement der Kommunen im Bereich der Kulturförderung erkennt die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich an. Auch zukünftig werden wir die Kommunen darin unterstützen, diese Vielfalt der kulturellen Angebote in allen Regionen des Landes zu ermöglichen.

Neben der allgemeinen Kulturförderung sehen wir ein weiteres wichtiges Handlungsfeld im Bereich der kulturellen Bildung. Aufbauend auf der von der damaligen CDU-geführten Landesregierung erstellten Konzeption „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“ werden wir die kulturelle Bildung in Schulen, in der Erwachsenenbildung, in Kommunen und Verbänden weiter ausbauen.

Auch die interkulturelle Kulturarbeit wird zunehmend an Bedeutung gewinnen und ein wichtiger Baustein bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sein. Neben dieser wichtigen Zukunftsaufgabe gilt es in gleichem Maße, unser eigenes kulturelles Erbe zu pflegen und zu bewahren. Auch hierbei werden wir die Kommunen entsprechend unterstützen und sie personell, strukturell und finanziell stärken.

Partnerschaft Land und Kommunen – In gemeinsamer Verantwortung Zukunft gestalten

Von Edith Sitzmann MdL, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg

In den vergangenen fünf Jahren hat sich viel bewegt in unserem Land. Die grün-geführte Landesregierung hat viel dafür getan, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und den Landkreisen, den Städten und Gemeinden gute Zukunftsperspektiven zu bieten.

Die Politik des Wandels zeigt Wirkung. Wir haben das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern eingeführt, die soziale Sicherheit und Teilhabe für alle gestärkt, die Wirtschaftskraft unserer Unternehmen gefördert und individuelle Freiheiten in einer solidarischen Gesellschaft erweitert. Wir investieren heute





so viel in Bildung und in eine gute Kinderbetreuung wie nie zuvor. Wir haben die Infrastruktur im Land erneuert und ausgebaut, die Bürgerbeteiligung gestärkt und mit der Politik des Gehörtwerdens einen neuen Politikstil etabliert. Viele politische Initiativen haben wir gemeinsam im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den verantwortlichen Akteuren vor Ort und den kommunalen Landesverbänden diskutiert und erfolgreich ausgehandelt. Diese Politik werden wir mit einer starken grünen Landtagsfraktion verstetigen und weiterentwickeln.

Solide Finanzen für nachhaltige Politik

Wir haben den Landeshaushalt nachhaltig konsolidiert, indem wir die Neuverschuldung deutlich und konsequent reduziert und die Rahmenbedingungen für Einsparvorgaben so gestaltet haben, dass die Ministerien planvoll sparen und zugleich in soziale und ökologische Projekte investieren konnten. Nach dem grünen Grundsatz: Wir investieren in die Zukunft des Landes, in den Ausbau von Kitas und Ganztageschulen, in die Hochschulen, in Krankenhäuser, in die Energiewende, in Breitbandförderung, Naturschutz und in unser Straßennetz, damit auch die Generationen nach uns noch politische Gestaltungsmöglichkeiten haben. Denn eines ist klar: Wenn wir nicht in den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur investieren, vernichten wir Landesvermögen und bauen den

Schuldenberg von morgen auf. Deshalb werden wir auch künftig entschlossen diese versteckte Verschuldung bekämpfen und für die Sanierung und Modernisierung vernachlässigter Bausubstanz sorgen. In diesem und im vergangenen Jahr hat die Landesregierung allein hierfür 300 Mio. Euro eingesetzt. Wir werden unsere Haushaltspolitik auch künftig am Dreiklang Investieren, Sanieren und Konsolidieren ausrichten.

Baden-Württemberg ist ein starkes Land mit starken Kommunen. Die Finanzlage der Kommunen hat sich im Landesdurchschnitt in den vergangenen Jahren in keinem anderen Bundesland so gut entwickelt wie hierzulande: Mit dem geringsten Schuldenstand unter den Flächenländern, überdurchschnittlichen Steuereinnahmen und einer führenden Stellung bei den Investitionsausgaben in Relation zur Einwohnerzahl sind die meisten Städte und Gemeinden gut und zukunftsfest aufgestellt. Die grün-rote Landesregierung hat für eine aufgabengerechte und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen gesorgt und die Situation der Daseinsvorsorge für die Menschen vor Ort erheblich verbessert. Wir haben die von der Vorgängerregierung vorgenommene Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs stufenweise zurückgeführt. Kein anderes Bundesland stattet seine Kommunen besser mit Geld zur Erfüllung ihrer laufenden Aufgaben aus als Baden-Württemberg. Die laufenden Zuweisungen des Landes an die Kommunen (10 Mrd. Euro pro Jahr) machen fast ein Viertel des Landesetats aus. Die Anhebung der Grunderwerbssteuer, die wir zur Steigerung der Einnahmen unmittelbar nach dem Regierungswechsel 2011 vorgenommen haben, bringt Jahr um Jahr Mehreinnahmen in Höhe von ca. 170 Mio. Euro (Referenzjahr 2013), die wir den Landkreisen und den Kommunen zum Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung stellen.

Die Kommunale Selbstverwaltung ist für uns Grüne die Maxime unseres politischen Handelns. Kommunen erfüllen

nicht nur Pflichtaufgaben, sie brauchen Raum für eigene Entscheidungen und problemnahe Lösungen und Konzepte. Dazu benötigen sie finanzielle Unabhängigkeit und Gestaltungsspielraum. Wir haben in vielen Gesprächs- und Verhandlungsrunden mit den kommunalen Landesverbänden daran mitgewirkt, dass für dringende Anliegen der Landesregierung und der kommunalen Ebene gemeinsam Lösungen gefunden werden konnten. Auf diese Ergebnisse können wir stolz sein.

Viel erreicht und noch viel vor – Medizinische Versorgung im ganzen Land sicherstellen

Grün-Rot investiert mit 455 Mio. € im Jahr so viel in die Krankenhäuser im Land, wie keine Regierung zuvor. Wir haben die Mittel auf die ganze Legislaturperiode gerechnet bereits um 47,5 Prozent gesteigert. Neben der Investitionsförderung haben wir auch die Pauschalförderung erhöht. Alle bisher beantragten Projekte können zeitnah finanziert werden. Diesen Einsatz für die Krankenhäuser im Land werden wir fortsetzen und sicherstellen, dass das Land seiner Verantwortung zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nachkommt.

Zudem hat die grün-geführte Landesregierung Anfang 2012 neue Kriterien für die Krankenhausförderung beschlossen. Bei Förderentscheidungen wird nun darauf geachtet, dass die Vorhaben zur flächendeckenden, wohnortnahen Grundversorgung und zur Vernetzung von ambulanten und stationären Strukturen beitragen. Bauvorhaben, die die Betriebskosten nachhaltig reduzieren oder zu einer Verbesserung der Krankenhausstrukturen beitragen, werden prioritär unterstützt; die regionale Ausgewogenheit spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle.

Die Gesundheitslandschaft ist im Umbruch. Die kommunalen Einrichtungen sind bemüht, darin ihren Platz zu finden.

Besonders die Landkreise können eine wichtige Rolle bei der Entwicklung neuer medizinischer Versorgungsstrukturen einnehmen. Eine zukunftsfeste medizinische Versorgung braucht, nachdem viele kleinere Krankenhäuser geschlossen wurden, neben den Hausärzten wohnortnahe medizinische Versorgungsstrukturen. Wir setzen dabei auf den Aufbau ländlicher Gesundheitszentren mit angestellten Ärzten, die über Teamlösungen auch den Hausärzten bessere Arbeitsbedingungen ermöglichen könnten.

Investitionen in gute Verkehrsinfrastruktur

Noch nie wurden so viele Mittel in den Erhalt unserer Landesstraßen investiert wie heute. Wir haben mit dem grün-geführten Verkehrsministerium damit begonnen, den Sanierungsstau bei Landesstraßen und Brücken abzubauen: Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen dafür 240 Mio. Euro zur Verfügung, rund doppelt so viel wie zu CDU-Zeiten.

Für den Aus- und Neubau von Landesstraßen stellen wir pro Jahr 40 Mio. Euro zur Verfügung. Zusammen mit zusätzlichen Geldern aus dem Lückenschlussprogramm, das die Landtagsfraktionen von Grünen und SPD aufgelegt haben, ergibt das jährlich 50 Mio. Euro für Aus- und Neubauvorhaben.

Auch für den laufenden Betrieb und Unterhalt von Landesstraßen, für den seit der Verwaltungsreform die Stadt- und Landkreise zuständig sind, haben wir deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt: Verteilt über fünf Jahre investiert das Land ab 2014 280 Mio. Euro in die Qualitätssicherung des Straßenunterhalts und die Pflege von Naturschutzflächen. Die in den gemeinsamen Verhandlungen erzielte Einigung beendet den jahrelang schwelenden Konflikt zwischen der alten Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden.

Die vom Bund für kommunale Verkehrsinvestitionen bereitgestellten Mit-

tel haben wir mit einem Fördersatz von 50 Prozent gegenüber vorher 70 bzw. 75 Prozent auf mehr Projekte als früher verteilt, damit mehr Gemeinden davon profitieren können. Die Mittel fließen nun zu 60 Prozent in den Umweltverbund, also den ÖPNV sowie Fuß- und Radwege und zu 40 Prozent in den Straßenbau. Außerdem werden Projekte der Radverkehrsinfrastruktur oder des Lärmschutzes förderfähig.

Bis 2019 werden wir 450 Mio. Euro aus Landesmitteln für die Ko-Finanzierung von wichtigen Investitionsprojekten im ÖPNV nach dem GVFG-Bundesprogramm bereitstellen. Durch die Sicherstellung der Ko-Finanzierung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, jeweils etwa ein Drittel der ÖPNV-Fördermittel des Bundes nach Baden-Württemberg zu holen! Da die Regionalisierungsmittel des Bundes nicht ausreichen, schießt das Land eigene Mittel zu, damit keine Zugfahrt gestrichen werden muss. Eine gute Verkehrsanbindung im Regionalverkehr ist für die Bevölkerung und für die Attraktivität der Kommunen besonders im Ländlichen Raum wichtig. Für den Ausbau von Regiobussen wird das Land jährlich zehn Millionen Euro bereitstellen.

Meine Fraktion hat sich darüber hinaus eine grüne Mobilitätsgarantie zum Ziel für die nächsten Jahre gesetzt. Bis 2025 sollen alle Orte im Land ganztags von 5 bis 24 Uhr mindestens stündlich erreichbar sein: egal ob mit Zug, S-Bahn, Stadtbahn, Bus im festen Takt oder mit Rufbus und (Anruf-) Sammeltaxis. Dadurch sichern wir allen Menschen eine umweltfreundliche Mobilität und Teilhabe am Arbeits- und gesellschaftlichen Leben. Dies ist ein starkes Signal für eine nachhaltige Mobilität und ein klares Bekenntnis zur Stärkung des Ländlichen Raums.

Schnelles Internet für alle

Internetzugänge, die auch große Datenmengen schnell übertragen, gehören zu

einer modernen Infrastruktur und haben sich zu einem wichtigen Standortfaktor entwickelt. Wer richtig fix im Internet unterwegs sein will, muss mindestens 50 Megabit pro Sekunde durch die Leitung oder die Mobilfunkverbindung bewegen können. Damit der Ländliche Raum auch in Zukunft attraktiv und wirtschaftlich stark bleibt, hat die grün-geführte Landesregierung Schwerpunkte beim Ausbau des schnellen Internets gesetzt. Ziel ist eine bedarfsgerechte und erschwingliche Anbindung ans schnelle Netz in ganz Baden-Württemberg.

Deshalb hat die grün-geführte Landesregierung 2015 die jährliche Förderung des Breitbandausbaus versechsfacht: Bis 2018 stehen insgesamt rund 250 Mio. Euro zur Verfügung. Wir fördern den Breitbandausbau dort, wo sich der Ausbau für Telekommunikationsunternehmen nicht lohnt. Dabei setzen wir auf moderne und zukunftsweisende Glasfaserleitungen – Kupfer wie in Bayern war gestern.

Unsere Politik hat bereits deutlich Wirkung gezeigt: Unter Schwarz-Gelb gab es 700 weiße Flecken, also Gebiete mit einer Versorgung von weniger als 2 Megabit pro Sekunde. Grün-Rot hat diese seit 2011 auf 200 weiße Flecken reduziert. Das von uns eingerichtete Kompetenzzentrum Breitband soll dieser Entwicklung einen zusätzlichen Schub bringen.

Würdigung der Arbeit unserer Wahlbeamten

Während die Besoldung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Gemeinden mit bis zu 30 000 Einwohnern bereits von der Vorgängerregierung verbessert wurde, blieb sie für Landrätinnen und Landräte und für Beigeordnete seit dem Jahr 1979 unverändert. Die Aufgaben- und Personalverantwortung der Landrätinnen und Landräte ist in den vergangenen zehn Jahren durch die Auswirkungen der Verwaltungsreform erheblich gestiegen. Um dies zu würdigen, hat die grün-geführte Landesregierung

die Besoldung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte sowie die der kommunalen Wahlbeamten durchgehend um eine Stufe angehoben.

Betreuung, Erziehung und Bildung gut und solide ausbauen

Seit 2010 haben wir die Landesausgaben für Kleinkindbetreuung von 83 Mio. Euro auf 795 Mio. Euro im laufenden Jahr aufgestockt, also nahezu verzehnfacht. Seit dem Jahr 2014 erhalten die Kommunen vom Land verlässlich 68 Prozent der Betriebskosten erstattet. Damit erhalten die Kommunen Planungssicherheit. Für investive Maßnahmen zur Modernisierung, zum Aus- oder Neubau von Kitas hat das Land im Jahr 2015 50 Mio. Euro bereitgestellt.

Die Kommunen bekommen seit 2012 für die Sprachförderung in Kitas etwa 11 Mio. Euro im Jahr. Für das Kindergartenjahr 2015/16 belaufen sich die Mittel auf 23,5 Mio. Euro.

Im Zuge des Pakts mit den Kommunen beteiligt sich das Land auch an den Kosten der Schulsozialarbeit. Seit 2012 übernimmt das Land ein Drittel der Kosten. 2015 erhalten die Kommunen 20,5 Mio. Euro; 2016 sind 25 Mio. Euro vorgesehen.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Ganztagschule an Grundschulen und Förderschulen haben wir in enger Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden einen wichtigen bildungspolitischen Meilenstein gesetzt. Die Kommunen haben bei der Gestaltung größtmögliche Flexibilität und können selbst wählen, ob und wenn ja, in welchem Umfang sie Ganztagesunterricht und Betreuung an Schulen anbieten. Land und Kommunen haben sich zudem auf eine faire Kostenaufteilung bei der Ganztagschule verständigt: Das Land unterstützt den Ganztagsbetrieb mit zusätzlichen Lehrerstunden und finanziert bei der Betreuung während der Mittagspause die Aufsicht außerhalb der Mensa.

Im Gegenzug übernehmen dort die Kommunen die Bereitstellung und Ausgabe des Mittagessens und die Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schüler. Unser Ziel ist das flächendeckende Angebot von Ganztagsgrundschulen.

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden hat das Land eine Vereinbarung geschlossen, um die Inklusion voranzubringen. Die Schulträger erhalten 2016 30 Mio. Euro als Ausgleichsbeträge für Mehrkosten z.B. bei der Eingliederungshilfe oder der Schülerbeförderung. Dank Grün-Rot ist die Sonderschulpflicht abgeschafft und Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen ins Schulgesetz aufgenommen worden. Die Sonderschulen werden zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren weiterentwickelt, die sich auch für Kinder ohne Behinderungen öffnen. Für das Schuljahr 2015/2016 stehen erstmals 200 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung; im Endausbau bis zum Schuljahr 2022/2023 werden es nach aktueller Planung 1353 Deputate sein. Zudem sind umfassende Fortbildungsmaßnahmen vorgesehen, um Lehrerinnen und Lehrer an allgemein bildenden Schulen auf diese Aufgabe vorzubereiten.

Die duale Ausbildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor Baden-Württembergs. Wir brauchen ein gut ausgebautes Angebot an Beruflichen Gymnasien, Berufsschulen und Berufskollegs zur Sicherung unseres Fachkräftebedarfs. Die grüngeführte Landesregierung hat über 150 weitere Eingangsklassen an den Beruflichen Gymnasien geschaffen und die Berufskollegs gestärkt. Den beruflichen Schulen wurden über 20130 Deputate zur Verfügung gestellt. Damit ist es gelungen, den Unterrichtsausfall zu halbieren. Außerdem haben wir die Berufsorientierung an Schulen eingeführt und die Schulsozialarbeit wiederaufgenommen. Mit 25 Mio. Euro pro Jahr unterstützen wir die von der CDU vernachlässigte Schulsozialarbeit in den Kommunen: Damit hat bereits heute mehr als die Hälfte unserer Schulen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die unsere Lehrkräfte entlasten.

rinnen und Sozialarbeiter, die unsere Lehrkräfte entlasten.

Es ist unser Ziel, in allen Regierungsbezirken eine stabile und verlässliche Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Dazu werden wir ein faires Modell der Ressourcenverteilung schaffen. Um insbesondere im Ländlichen Raum ein flächendeckendes Berufsschulangebot sicherzustellen, haben wir zusammen mit dem Handwerk, der Industrie und den Gewerkschaften einen Prozess zur regionalen Schulentwicklung angestoßen. Um die zersplitterten Berufsbilder zu bündeln und damit Hindernisse eines flächendeckenden Berufsschulangebots zu beseitigen, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die überfällige Bündelung der Berufsausbildungen vorangetrieben und ähnliche Ausbildungsinhalte zusammengefasst werden.

Trotz vieler Maßnahmen zur Sicherung der Berufsschulangebote vor Ort werden auch in Zukunft vermehrt Landes- und Bezirksfachklassen angeboten werden müssen. Für die betroffenen Jugendlichen muss die Unterbringung in Jugendwohnheimen sichergestellt und bezahlbar gestaltet werden. Bereits jetzt hat das Land in einem ersten Schritt die Zuschüsse für Auszubildende für die Unterbringung in Jugendwohnheimen ab dem Schuljahr 2016/17 auf 12 Euro/Tag verdoppelt. Wir wollen in einem weiteren Schritt mit den Innungen und den Trägern der Unterkünfte zügig Eckpunkte einer nachhaltigen Konzeption und Finanzierung vereinbaren.

Den Ländlichen Raum stärken

Bereits heute und viel mehr noch in den vor uns liegenden Jahren ist es die gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen, den Ländlichen Raum weiter fit zu machen für die Zukunft. Die Bevölkerungsentwicklung mit rückgängiger Geburtenzahl und einer immer höheren Lebenserwartung erfordert zwischen den Kommunen abgestimmte über-

örtliche Konzepte und Formen der Zusammenarbeit. Infrastruktur kann nicht überall kleinräumig vorgehalten werden, sondern braucht innovative Ideen und Anreize zur interkommunalen Kooperation. Deshalb wollen wir über den kommunalen Finanzausgleich verstärkt Investitionen fördern, die darauf ausgerichtet sind, gemeinsame Projekte benachbarter Kommunen zu realisieren. Bei der regionalen Schulentwicklung haben wir bereits gute Ansätze entwickelt und Schulstandorte gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden gemeindeübergreifend auf den Weg gebracht. Genauso wollen wir auch bei der Verkehrsinfrastruktur, der Gesundheitsversorgung, der Planung von Schwimmbädern, bei Kultur- und Erholungseinrichtungen oder bei der Feuerwehr abgestimmte und überörtliche Lösungen fördern. Nicht zuletzt können auch im Bereich der Verwaltungsdienstleistungen Spielräume für Qualitätsverbesserung und Synergien genutzt werden, wenn die interkommunale Zusammenarbeit verstärkt wird.

Hand in Hand – Flüchtlinge mit Bleibeperspektive aufnehmen und integrieren

Die grün-rote Landesregierung hat durch kraftvolles und koordiniertes Handeln bereits viele Maßnahmen für eine menschenwürdige Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen auf den Weg gebracht: Eine Verzehnfachung der Aufnahmekapazitäten der Landeserstaufnahmeeinrichtungen, das bundesweit beispielhafte Registrierzentrum in Heidelberg mit schnellen und effektiven Verfahren, eine bedarfsangepasste Aufstockung der finanziellen Unterstützung für die Kreise und Kommunen, ein 60 Mio. schweres Landesförderprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ zur Finanzierung zusätzlichen Wohnraums zur Anschlussunterbringung und das Programm „Chancen gestalten“ mit einem Volumen von 5 Mio. Euro für

Sprach- und Integrationskurse sowie Stärkung der Netzwerke auf Kreisebene zur Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt – um nur einige zu nennen. Für die Vorbereitungsklassen für Flüchtlingskinder an den allgemeinbildenden Schulen und für die Vorbereitungsklassen an den Berufsschulen mit Schwerpunkt auf dem Erwerb der deutschen Sprache haben wir für das Schuljahr 2014/2015 bereits über 560 zusätzliche Lehrerdeputate zur Verfügung gestellt, weitere 600 Stellen wurden ab dem Schuljahr 15/16 geschaffen.

In einer großen Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen, den sozialen Trägern und den vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten sorgen wir dafür, dass Flüchtlingsfamilien, junge Männer und Frauen sowie unbegleitete minderjährige Asylbewerber gut bei uns aufgenommen werden.

Die hohe und weiter steigende Zahl der in Baden-Württemberg aufgenommenen Flüchtlinge und die Beschleunigung der Registrierung und Asylverfahren erfordert eine Anpassung der bisherigen Aufnahmestrukturen und Zuständigkeiten des Landes, der Kreise und in zunehmendem Maße der Kommunen. Während die Zuständigkeit für die Erstunterbringung der Flüchtlinge gesetzlich direkt beim Land liegt, ist die vorläufige Unterbringung Aufgabe der Stadt- und Landkreise und die Anschlussunterbringung Aufgabe der Kommunen. Die inzwischen greifende Beschleunigung der Antragstellungsverfahren durch Bereitstellung von Personal durch das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führt seit Jahresbeginn dazu, dass Flüchtlinge mit Aufenthaltsstatus und mit guter Bleibeperspektive schneller unmittelbar in die kommunale Anschlussunterbringung gelangen als bisher angenommen. Die Vereinbarung des Landes mit den Kommunalen Landesverbänden ist deshalb bereits nicht mehr in allen Punkten bedarfsgerecht und muss nachjustiert und bedarfsgenau angepasst werden.

Die im letzten Sommer vereinbarte stufenweise Erhöhung der Pauschale pro Flüchtling für die vorläufige Unterbringung in den Stadt- und Landkreisen (2015 13 260 Euro, ab 2016 knapp 14 000 Euro/Jahr) wie auch die vollumfängliche Übernahme der gestiegenen Liegenschaftsausgaben in den Jahren 2014 und 2015 wurde bereits im November an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Die Kommunalen Landesverbände und das Land verständigten sich auf eine nachlaufende Spitzabrechnung, die eine auskömmliche Ausstattung der Stadt- und Landkreise für die vorläufige Unterbringung sicherstellen soll. Denn das Land trägt die Finanzierungslast für die Erstaufnahme und die vorläufige Unterbringung alleine.

Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen ist eines der wichtigsten Handlungsfelder grüner Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg, auch im Hinblick auf die Sicherung von Fachkräften. So legte die Landesregierung im März 2015 beispielsweise das Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ auf und stellte hierfür rund 4,4 Mio. Euro in den Nachtragshaushalt ein.

Diese bei weitem nicht vollständige Bilanz zeigt: Das Land, die Landkreise und die Kommunen sind heute gut aufgestellt für die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit – die Bekämpfung des Klimawandels, die Folgen der demografischen Entwicklung, die Digitalisierung der Wirtschaft und des Alltags, die Globalisierung und die Aufnahme und Integration der vielen Flüchtlinge und Schutzsuchenden. Wir werden diese immensen Aufgaben nur gemeinsam meistern können. Dabei sehen wir die Kommunen als wichtigen und unverzichtbaren Partner.

Wir freuen uns darauf, die konstruktive Zusammenarbeit mit den Kommunalen Landesverbänden und dem Landkreistag auch in den kommenden Jahren vertiefen und begonnene und anstehende Reformen nachhaltig umsetzen zu können.

SPD für starke Kommunen in Baden-Württemberg

Von Claus Schmiedel MdL, Vorsitzender der Fraktion der SPD im Landtag von Baden-Württemberg



Wir brauchen starke Kommunen in Baden-Württemberg, denn sie sind das Fundament unseres Gemeinwesens und nehmen sehr viele wichtige Aufgaben wahr. Die Kommunen haben eine solide Basis und sind finanziell auch im Bundesvergleich gut aufgestellt. Gleichwohl wissen wir um die besonderen Herausforderungen, die die Kommunen zu meistern haben. Lebenswerte und leistungsfähige Kommunen sind für die SPD von besonderer Bedeutung, daher lässt das Land die Kommunen bei ihren vielfältigen Aufgaben nicht allein und wird sich auch den künftig anstehenden Herausforderungen im partnerschaftlichen Dialog mit den Kommunen stellen. Im Vordergrund unseres politischen Handelns für die Kommunen stehen seit der Regierungsübernahme unter Beteiligung der SPD folgende Schwerpunkte:

Bildungsgerechtigkeit

Im Bereich der frühkindlichen Bildung wurde die Neuaufstellung der Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Förderbedarf (SPATZ) durch zusätzliche Mittel ermöglicht.

Ab 2015 hat Landesfinanzminister Nils Schmid (SPD) 21 Millionen Euro für die frühkindliche Sprachförderung zur Verfügung gestellt.

In enger Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden hat das SPD-geführte Kultusministerium unter Minister Andreas Stoch nach Jahren des Stillstandes im Bildungsbereich wichtige Reformvorhaben auf den Weg gebracht. So ist es uns gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden gelungen, eine Verständigung über die gesetzliche Verankerung der Ganztagsgrundschule im Schulgesetz zu erzielen.

Mit der regionalen Schulentwicklung werden die erforderlichen Anpassungen der Schulstrukturen an die veränderten Realitäten umgesetzt. Zudem bieten wir mit der Gemeinschaftsschule eine Antwort auf den Wunsch vieler Eltern nach mehr Ganztagsangeboten, mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr individueller Förderung und einem wohnortnahen weiterführenden Schulangebot an. Zudem konnten Verbesserungen für die Realschulen und der Einstieg in die Inklusion realisiert werden.

Das Land beteiligte sich an den Kosten der Schulsozialarbeit in den Jahren 2012 und 2013 mit 15 Millionen Euro und ab dem Jahr 2014 mit 25 Millionen Euro. Durch den Wiedereinstieg und die Erhöhung des Fördervolumens soll soziale Benachteiligung abgebaut werden.

Wirtschaftsstandort

Landesfinanzminister Nils Schmid (SPD) hat den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gestärkt und steht ein für gute Arbeit.

Unter anderem haben wir in diesem Bereich bisher Folgendes erreicht:

Landtags-
Fraktion



Baden-
Württemberg

SPD

Wir haben für die Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen gesorgt und damit auch für Planungssicherheit. Im Zuge der Einigung zwischen Land und Kommunen über die Finanzverteilung bis 2016 wird die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs in zwei Stufen auf aktuelle 315 Millionen Euro zurückgeführt.

Wir haben ein Tariftreuegesetz eingeführt. Künftig erhalten nur solche Unternehmen einen öffentlichen Auftrag, die mindestens 8,50 Euro pro Stunde zahlen. Damit schieben wir Wettbewerbsverzerrungen und Lohndumping einen Riegel vor.

Die Investitionsförderung für Krankenhäuser wurde von 330 Millionen Euro im letzten Haushalt der CDU-FDP-/Landesregierung bis auf 455 Millionen Euro in 2016 erhöht.

Wir haben für eine moderne Verkehrsinfrastruktur gesorgt. Die Einigung mit dem Landkreistag umfasst Mittel in Höhe von 280 Millionen Euro bis ins Jahr 2018, die in die Landkreise fließen.

Starke Familien

Wir sorgen dafür, dass Kommunen lebenswerte Räume sind und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Eltern Familie und Beruf vereinbaren können. Mit dem „Pakt für Familien mit Kindern“, für das sich die beiden SPD-geführten Ministerien für Finanzen und Wirtschaft sowie Kultusministerium federführend verantwortlich zeichnen, übernimmt

das Land nun (inklusive Bundesmittel) 68 Prozent der Betriebsausgaben pro Kind. Damit erzielt Baden-Württemberg bundesweit bei der Mitfinanzierung der kommunalen Kleinkindbetreuung einen Spitzenwert. Die Landesbeteiligung (inkl. Bundesmittel) an der Kleinkindbetreuung beträgt im Jahr 2015 rund 660 Millionen Euro und 795 Millionen Euro im Jahr 2016.

Grün-Rot hat für investive Maßnahmen in der Kleinkindbetreuung im Jahr 2015 ein einmaliges Förderprogramm aus Landesmitteln in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt.

Familien brauchen Wohnungen, die bezahlbar sind. Deshalb haben wir die Fördermittel für preiswerte Wohnungen erhöht. Damit geben wir den Kommunen die Möglichkeit, zielgerichtet gegen Wohnungsmangel vorzugehen und Zweckentfremdungen von Wohnraum zu untersagen.

Weitere Initiativen für eine kommunalfreundliche Politik

Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat mit der Polizeistrukturereform leistungsfähige Strukturen geschaffen und die Sicherheit vor Ort erhöht. Jedes Revier hat zwei zusätzliche Stellen erhalten. So kann die Polizei ihren immer größeren Anforderungen gerecht werden und ihre vielfältigen Aufgaben auch zukünftig erfüllen. Bei der Bekämpfung neuer Formen der Kriminalität wird die Polizei gestärkt.

Die Städte und Gemeinden im Land sind die Orte, in denen die Stärken der Demokratie erlebt werden können. Hier erfahren die Bürgerinnen und Bürger, dass gesellschaftliches Engagement für eine Kommune von Vorteil ist und das Zusammenleben fördert. Deswegen will die grün-rote Landesregierung die Elemente der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene stärken und bürgerfreundlicher gestalten. Mit dem Absenken des Wahlalters konnten Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr erstmals bei der zurück-

liegenden Kommunalwahl ihre Stimme abgeben.

Wir haben außerdem ein Programm zur Förderung der Integrationsarbeit in den Kommunen aufgelegt. Das 2013 neu gestartete Programm unterstützt die Land- und Stadtkreise und die Kommunen dabei, ihre Integrationsarbeit nachhaltig auszurichten und vor Ort noch stärker zu verankern und zu vernetzen. Schwerpunkte des Förderprogramms sind der Auf- oder Ausbau kommunaler Strukturen, die Elternbeteiligung sowie Teilhabe und Antidiskriminierung. Die Kommunen können nachhaltige Strukturen wie zum Beispiel zentrale Ansprechstellen, Netzwerke, Integrationskonzepte oder Informationsangebote schaffen.

Wir unterstützen die Kommunen bei Fragen der Unterbringung von Flüchtlingen und haben uns mit den kommunalen Landesverbänden über das weitere Vorgehen bei der Erstattung der Flüchtlingsausgaben im Rahmen der vorläufigen Unterbringung verständigt. Die gesetzlich festgelegte Kostenpauschale bleibt als Abschlagszahlung für die Stadt- und Landkreise demnach zunächst bestehen, allerdings erfolgt für die Rechnungsjahre 2015 und 2016 für alle Bestandteile der Kostenpauschale, also für Unterbringung, Verpflegung und medizinische Versorgung, auf Grundlage des jeweiligen Rechnungsergebnisses der Stadt- und Landkreise eine nachlaufende Spitzabrechnung. Wir stellen damit sicher, dass die Stadt- und Landkreise eine auskömmliche Erstattung ihrer Ausgaben für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen erhalten. Neben Bayern gehört Baden-Württemberg damit zu den wenigen Bundesländern, die einen nahezu vollständigen Kostendeckungsgrad erreichen! Damit erkennen wir die besonderen Herausforderungen durch die steigenden Flüchtlingszahlen an. Auch möchten wir betonen, dass alle Entscheidungen hinsichtlich der Erstattung der Flüchtlingsausgaben im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden getroffen wurden.

Ausblick – das haben wir in Zukunft vor!

Gerechte Bildung

Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Nur mit einer guten Bildung kann Baden-Württemberg seinen Spitzenplatz halten. Gut ausgebildete Menschen sind die wichtigste Ressource, auf die Baden-Württemberg zurückgreifen kann. Aufstieg durch Bildung und Leistung – das ist unser sozialdemokratisches Versprechen. Hierfür setzen wir uns auch in Zukunft ein und zwar mit folgenden Zielen:

- 70 % der Grundschulen als Ganztagschulen bis 2023.
- Erhalt wohnortnaher Grundschulstandorte – „Kurze Beine – kurze Wege!“
- Zwei-Säulen-System fortentwickeln: Gymnasium und integrative Säule (Gemeinschaftsschulen und Realschulen).
- Realschulen: weitere deutliche Erhöhung der Poolstunden.
- Bedarfsorientierter Ausbau der Gemeinschaftsschulen.
- Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Ausbildung, z.B. Senkung der Gebühren der Meisterausbildung.
- Bedarfsorientierter Ausbau inklusiver Unterrichtsangebote.
- Weiterer Personalaufbau im Bereich der Sonderpädagogik.

Gute Arbeit

Wir wollen den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg weiterhin stärken und gute Arbeit ausbauen. Unser Ziel ist die Sicherung des Wohlstands für die Menschen in der Breite. So wollen wir es erreichen:

Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern

Die grün-rote Regierungskoalition muss sich bei ihren besoldungspolitischen Entscheidungen auch am Ziel der Haushaltskonsolidierung und der Einhaltung

der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse orientieren. Schmerzhaft eingeschnitten im Bereich der Besoldung, wie die zeitlich befristete Absenkung der Eingangsbesoldung, oder auch in der Beihilfe, waren daher leider nicht zu vermeiden.

Gleichwohl gilt für die SPD, dass auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung die finanziellen und sonstigen Rahmenbedingungen für die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen attraktiv ausgestaltet werden müssen. Vor diesem Hintergrund werden wir die Absenkung der Eingangsbesoldung in der kommenden Legislaturperiode zurücknehmen und streben an, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung zu schließen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat in der laufenden Legislaturperiode erste Überlegungen zu einem 5-Punkte-Programm zur Stärkung des öffentlichen Dienstes mit dem Ziel der Ausarbeitung eines positiven, zukunftsweisenden Leitbildes 2020 für den öffentlichen Dienst vorgelegt. Zu den Themenschwerpunkten gehören neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Gesundheitsförderung insbesondere die Nachwuchsförderung, die Wechselmöglichkeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft sowie die Personalentwicklung.

Es gilt für die SPD insbesondere sicherzustellen, dass der öffentliche Dienst befähigtem und motiviertem Nachwuchs eine Perspektive bietet und Führungspersönlichkeiten entsprechende Wege eröffnet. Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung muss der öffentliche Dienst seine Anziehungs- und Bindekraft gerade für junge Menschen behalten bzw. wiedergewinnen.

Moderne Infrastruktur schaffen

- Ausbau des Straßennetzes.
- Ausbau des ÖPNV sowohl bei der Infrastruktur, als auch beim Angebot
- Verbesserung der Barrierefreiheit im ÖPNV.

- Förderung von neuen Angeboten wie Bürgerbusse und Vernetzung verschiedener Verkehrsträger.
- Ausbau der Eisenbahnstrecken im Land: S21, Neubaustrecke Wendlingen – Ulm, Rheintalbahn Mannheim – Basel, Südbahn, Gäubahn.
- Breitbandausbau vorantreiben.

Starke Familien

Kommunen sollen lebenswerte Räume sein, damit Familien sich dort wohlfühlen.

Dafür setzen wir uns auch in Zukunft ein und verfolgen deshalb folgende Ziele:

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken

- Ganztagsgarantie vom 1. Geburtstag bis zum letzten Schultag.
- Einstieg in kostenlose Kinderbetreuung mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten.

Bezahlbarer Wohnraum

- Wir unterstützen bei der Wohnraumförderung genossenschaftliche und kommunale Wohnungsunternehmen.
- Verdoppelung der Zahl der neu geförderten Sozialwohnungen im Land bis Ende 2016.
- Stärkere Förderung des Wohnungsneubaus mit direkten Zuschüssen neben den bestehenden Zinsverbilligungen.
- Auf Bundesebene setzen wir uns für eine steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in den Wohnungsbau ein, um mehr privates Kapital für preiswerte Mietwohnungen zu mobilisieren.

Flüchtlingspolitik

Die Bewältigung der anhaltenden hohen Flüchtlingszahlen stellt die Kommunen weiterhin vor große Herausforderungen. Wir lassen die Kommunen bei der Flüchtlingsentwicklung nicht alleine. Im Nachtragshaushalt 2015/2016 sind hierfür die Weichen gestellt worden.

So sieht der 2. Nachtragshaushalt Mehrausgaben im Flüchtlingsbereich für das Jahr 2015 in Höhe von gut 220 Millionen Euro und für das Jahr 2016 in Höhe von rund 1,66 Milliarden Euro vor. Der weit überwiegende Teil fließt dabei an die Stadt- und Landkreise für die vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge. Besonders wichtig ist uns die weitere Stärkung der kommunalen Integrationsstrukturen durch Förderung von Integrationsbeauftragten in allen Stadt- und Landkreisen und die Einführung der Regelförderung für kommunale Integrationsarbeit. Wir machen uns stark für zusätzliche Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge, auch mit weiterentwickelten pädagogischen Konzepten.

Beispielhaft einige Maßnahmen, die im Jahr 2016 zum Tragen kommen werden.

- Das *Sonderwohnungsbauprogramm für Flüchtlinge* für die Anschlussunterbringung in den Städten und Gemeinden wird fortgeführt. Auch im Jahr 2016 stehen hierfür 30 Millionen Euro zur Verfügung. In den Jahren 2015 und 2016 stellt die grün-rote Landesregierung somit in Summe 60 Millionen Euro an Fördermitteln bereit.
- Im Jahr 2016 stehen zudem rund 40 Millionen Euro Bundesmittel zusätzlich für den *sozialen Wohnungsbau* und somit zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung.
- Bereits zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2015/16 hat die grün-rote Landesregierung 562 zusätzliche Lehrerstellen für den Unterricht von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. Im 2. Nachtragshaushalt 2015/16 sind weitere *600 zusätzliche Lehrerstellen* zur Beschulung von Flüchtlingskindern und Jugendlichen vorgesehen.
- Auch für den vorschulischen Bereich werden im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts 2015/16 zusätzliche Mittel bereitgestellt. Insgesamt sollen weitere 3 Millionen Euro für die *Sprachförderung im vorschulischen Bereich*, aber auch für Coaching-Maßnahmen

für Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung gestellt werden.

- Auch das Förderprogramm VwV-Integration, mit dem die Kommunen unter anderem bei der Einstellung von Flüchtlingsbeauftragten unterstützt werden, wird im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts 2015/16 gestärkt. Das Förderprogramm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ und das darin implementierte Sprachförderprogramm „Deutsch für Flüchtlinge“ sind sehr erfolgreich und werden fortgesetzt.
- Angesichts der anhaltend hohen Zugangszahlen von Flüchtlingen in Baden-Württemberg wird die grün-rote Landesregierung verstärkt dafür sorgen, dass Flüchtlinge mit keiner Bleiberspektive wieder zügig in ihre Heimat zurückkehren. Dabei räumen wir einer freiwilligen Ausreise in das Herkunftsland den Vorrang ein. Auch für das so genannte Rückkehrmanagement wurden im 2. Nachtragshaushalt 2015/16 die Voraussetzungen geschaffen.

- Wir wollen auch weiterhin das vielfältige und kreative bürgerschaftliche Engagement zur Integration der Flüchtlinge unterstützen. Die lokalen Bündnisse für Flüchtlingshilfe leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Daher führen wir das Förderprogramm „Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe – Gemeinsam in Vielfalt“ auch für das Jahr 2016 mit zwei Millionen Euro fort.
- 3,6 Millionen Euro Fördermittel für „Kümmerer“ bei den Industrie- und Handwerkskammern, die ausbildungsfähige Flüchtlinge identifizieren, betreuen und gezielt in Praktikums- und Ausbildungsbetriebe vermitteln sollen.

Politik für die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger

Darüber hinaus werden wir folgende Initiativen ergreifen, die die Arbeit und das gesellschaftliche Zusammenleben in den Kommunen verbessern sollen:

Beteiligung

- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen.
- Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige.

Sicheres Baden-Württemberg

- Wir werden in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 3900 neue Polizistinnen und Polizisten einstellen.
- Offensive gegen Wohnungseinbrüche: Wir investieren in operative und forensische Kriminaltechnik sowie Implementierung neuer Technologien.

Digitale Infrastruktur ausbauen

- Wir werden die Breitbandoffensive fortführen und die örtliche Breitbandversorgung in den Katalog der kommunalen Daseinsvorsorge aufnehmen.
- Wir werden die Kommunen durch Änderungen im Haftungsrecht dabei unterstützen, offenes W-LAN umzusetzen.

Landespolitik, die sich in den Kommunen bewähren muss – Die landespolitischen Themen im Fokus der Kommunalpolitik

Von Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der Fraktion der FDP/DVP im Landtag von Baden-Württemberg

Wirtschaftspolitik: Grundlagen erhalten, Stärken nutzen, Zukunft sichern

Baden-Württemberg ist geprägt von einer starken und gut strukturierten Wirtschaft. Die grün-rote Landesregierung fasst diese gute Ausgangslage als Einladung auf, die Wirtschaft zu reglementieren, die Unternehmen mit immer neuen Belastungen zu schröpfen und kleine, mittlere und große Betriebe

mit immer neuen Vorschriften zu trak-tieren. Wir haben ein anderes Verständnis von Wirtschaftspolitik. Gerade in Baden-Württemberg bekennen wir uns zu Mittelstand und Handwerk.

Wir sehen es als Aufgabe der Politik an, einen Ordnungsrahmen zu setzen, in dem sich die innovative Kraft der Wirtschaft entfalten kann. Eine konjunkturell gute Lage ist nicht immer gegeben. Es ist nach unserer Auffassung Zeichen verantwortungsbewusster Politik, in guten



Zeiten die richtigen Entscheidungen zu treffen und die Wirtschaft krisenfest zu machen. Land und Bund überbieten sich in den Zumutungen für die Wirtschaft. Sehr deutlich wurde dies beim Mindestlohn-gesetz, das mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen im Juli 2014



im Bundestag beschlossen wurde. Das Problem sind weniger die festgeschriebenen Mindestlohnkosten, sondern vielmehr die ausufernden und unflexiblen Dokumentationspflichten für alle Betriebe. Das Land ging 2013 mit einem eigenen „*Tariftreue- und Mindestlohngesetz*“ diesen Weg. Dies betrifft vor allem Unternehmen, die Leistungen für die öffentliche Hand erbringen und die nachweisen müssen, dass auch Zulieferer und Subunternehmen tarifgerecht bezahlen müssen. Dies ist vor allem für kleine und mittlere Betriebe kaum zu bewältigen. Unser Vorstoß, diese Regelung angesichts der Bundesgesetzlage zum Mindestlohn zurückzunehmen, wurde abgelehnt (Drs. 15/5817). Ein weiterer Beweis für die Politik der Zumutungen stellt das „*Bildungsfreistellungsgesetz*“ dar. Es handelt sich hierbei um eine glasklare Gewerkschaftsforderung, die von der Landesregierung umgesetzt und im Landtag beschlossen wurde. Bereits jetzt bilden über 86 Prozent der Unternehmen in Deutschland ihre Mitarbeiter fort; die Möglichkeit, dazu noch eine Freistellung für Fortbildungen zu bekommen, die mit der eigentlichen Berufstätigkeit gar nichts zu tun haben müssen, ist absolut unnötig und erhöht die Lohnkosten um bis zu 2,5 Prozent. Die derzeitige Diskussion über die Erhöhung der *Erb-schaftssteuer* für Unternehmen stellt insbesondere die Zukunft vieler verantwortungsvoll geführter Familienunter-

nehmen in Baden-Württemberg in Frage. Die Einstellung der Landesregierung wird dazu bewusst unklar gelassen. Hier müssen Grün und Rot ihre linken Parteiflügel berücksichtigen.

Ein weiterer wichtiger Bereich, der die Bevölkerung unmittelbar betrifft, ist die Wohnsituation. Der *Bedarf an Wohnraum* steigt. Wir beachten dabei, dass Bauen in erster Linie Privatsache ist. Nur rund sieben Prozent der Wohnungen in Deutschland sind staatliche Sozialmietwohnungen. Wer mehr Wohnraum schaffen will, muss Investitionen in den privaten Wohnungsbau attraktiver machen, denn es ist festzuhalten, dass allein mit mehr Mitteln für den staatlichen Wohnungsbau der Wohnungsmarkt insgesamt nicht flottgemacht wird. Wir brauchen vielmehr einen neuen Ansatz, der auf vier Säulen ruht:

- bürokratische Hürden, die das Bauen unnötig teuer machen, gehören weg; dazu gehören Regelungen aus der neuen LBO, das Zweckentfremdungsverbot und die Energieeinsparverordnung 2016, deren Inkrafttreten rückwirkend ausgesetzt gehört;
- wir müssen privates Kapital (auch für die Bereitstellung geförderter Wohnraums) mobilisieren; verbesserte steuerliche Abschreibungen sind unerlässlich (auch hier scheint mit den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom 20. Januar zumindest ein Anfang gemacht);
- wir müssen die Flächenfrage neu stellen – denn die demografische Entwicklung läuft in den hochattraktiven Regionen unseres Landes anders als früher geschätzt; und die Flüchtlinge kommen hinzu;
- und viertens: die Wohnungsbauförderung des Landes muss auf den Prüfstand des ökonomischen Sachverständigen gestellt werden, um mit knappen Mitteln möglichst viel bewirken zu können.

Unser Ansatz ist es, der leistungsfähigen Wirtschaft in Baden-Württemberg gute

Grundlagen zu schaffen. Dies beginnt bei einer guten *Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Verkehr und Breitbandversorgung* (Stichwort: „Wirtschaft/Industrie 4.0“). Heute sind diese Bereiche wichtige Entscheidungskriterien für die Standortwahl. Aus diesem Grund haben wir den Vorstoß gemacht, in den kommenden fünf Jahren jeweils 200 Millionen in diese Bereiche durch das Land zu investieren. Im Gegensatz zu den meisten anderen, die dies fordern, machen wir aber einen Vorschlag zur Finanzierung: Unabhängig von der Entwicklung der Steuereinnahmen stellen wir sicher, dass wir aus Mitteln der Landesstiftung und möglichen Privatisierungserlösen die erforderliche Deckung herstellen können.

Stark für Mittelstand und Handwerk in Baden-Württemberg!

Gerade auf Mittelstand und Handwerk kommt es an. Und gerade dort werden die Auswirkungen einer Politik, die die Wirtschaft zunehmend belastet und drangsaliert, besonders deutlich. Die FDP hatte im Jahr 2005 in schwierigen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner CDU den derzeit geltenden § 102 Absatz 1 Nr.3 Gemeindeordnung durchgesetzt. Die Gemeinde darf seitdem erst dann wirtschaftlich, z.B. mit ihrem Bauhof, tätig werden, wenn der verfolgte öffentliche Zweck durch den Einsatz der Privatwirtschaft schlechter erreicht werden kann. Pläne der grün-roten Landesregierung, diese Regelung aufzuheben, sind neben uns Wirtschaftsverbände und Handwerkskammern entschieden entgegengetreten. Dies hat dazu geführt, dass die Landesregierung davon abgelassen hat. Neues Unheil in dieser Angelegenheit droht nun von der Bundesebene. Dort wird geplant, interkommunale Unternehmen von der Mehrwertsteuerpflicht zu befreien, was eine erhebliche Auswirkung auf den Wettbewerb vor Ort hätte. Wir sind dieser Frage nachgegangen

gen (Drs. 15/6817). Bei den Beratungen in den Ausschüssen hat sich gezeigt, dass sich CDU, SPD und Grüne einig sind, sich nicht für eine Verhinderung dieser europarechtlich fragwürdigen und mittelstandsfeindlichen Regelung einzusetzen. Weitere Anliegen von uns sind die Beteiligung kleinerer und mittlerer Betriebe bei der Entwicklung von „Wirtschaft 4.0“, die Sicherstellung von Gründerkultur und der Betriebsnachfolgen sowie die Entlastung kleinerer und mittlerer Betriebe von überbordenden Dokumentations- und Statistikpflichten.

Finanzausstattung der Kommunen und die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden

Die Finanzlage der Kommunen in Baden-Württemberg ist im Ländervergleich überdurchschnittlich gut. Ihre Finanzkraft ist hoch, ihre Verschuldung liegt weit unter dem bundesweiten Durchschnitt. Gleichwohl ist die kommunale Ebene durch überdurchschnittlich steigende, bundesgesetzlich geregelte soziale Leistungen belastet, die sich einer eigenständigen Steuerung durch die Kommunen weitgehend entziehen. Es ist deshalb dringlich, die Kommunen durch den Bundesgesetzgeber weiter zu entlasten.

Erforderlich ist auch, die Kommunen vor der Übertragung neuer Aufgaben oder die kostenintensivere Ausgestaltung bestehender Aufgaben durch den Bund genauso wirksam zu schützen, wie es im Land durch die Verschärfung des in Artikel 71 Landesverfassung verankerten *Konnexitätsprinzips* seit 2007 der Fall ist. Vor einer bundesrechtlichen Übertragung von Aufgaben und Lasten sind die Kommunen nicht unmittelbar, sondern nur durch die Mitwirkungsrechte der Länder geschützt. Die FDP hat sich in der Föderalismuskommission II für einen unmittelbaren Schutz der Kommunen eingesetzt, sich damit aber nicht durchsetzen können.

Insbesondere die Grünen im Landtag versuchen fortlaufend die Grenzen wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden, die besonders für das örtliche Handwerk von wesentlicher Bedeutung sind, wieder rückgängig zu machen. Unter den kommunalen Steuern ist die Grundsteuer in besonderem Maße reformbedürftig. Erforderlich ist eine Reform, die zugleich eine nachhaltige Vereinfachung der Steuererhebung mit sich bringt: Auf eine komplizierte Ermittlung von Verkehrswerten ist zu verzichten; den Kommunen ist aber das Recht einzuräumen, Zonen unterschiedlichen Bodenwerts auszuweisen. Die dringend erforderliche Reform der Grundsteuer, die in ihrer heutigen Form mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig ist, scheidet bisher an der Uneinigkeit der Länder.

Die Finanzausstattung der Kommunen darf nicht so knapp bemessen sein, dass sie gerade für die Erfüllung der Pflichtaufgaben der Kommunen ausreicht; sie muss vielmehr Spielräume lassen, sich auch in Bereichen zu betätigen, die traditionell als Bereiche von Freiwilligenleistungen beschrieben werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich kommunaler Kulturpolitik. Umgekehrt aber kann auch eine Kommune keine Finanzausstattung einfordern, die sie von dem Zwang befreit, eigenständig Schwerpunkte zu setzen und über Vorrangiges und Nachrangiges gleichermaßen zu entscheiden; auch dies ist elementarer Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung.

Dasselbe gilt auch für die Frage, wie Leistungen der Kommune im Bereich der Daseinsvorsorge erbracht werden: Es ist Aufgabe der Kommune, selbst zu entscheiden, ob sie bestimmte Leistungen selbst oder durch private Dritte erbringen lassen will; ob sie Modelle öffentlich-privater Partnerschaft nutzt; und in welchem Umfang sie bestimmte Leistungen über Gebühren und Beiträge oder aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert.

Für Verlässlichkeit und Eigenverantwortung statt Chaos und Bevormundung in der Bildungspolitik – Baden-Württemberg braucht einen stabilen Schulfrieden

Als erste und bislang einzige im Landtag vertretene Fraktion hat die FDP/DVP-Fraktion ein Schulkonzept als Diskussionsgrundlage für einen stabilen *Schulfrieden* vorgelegt. In zahlreichen Gesprächen mit am Schulleben Beteiligten und Verantwortlichen vor Ort war immer wieder deutlich geworden, dass diese den Regierungswechsel in Baden-Württemberg im Jahr 2011 als einen heftigen Umschwung in der Bildungspolitik erlebt haben, der ihre Arbeit häufig erheblich beeinträchtigt. Schüler, Eltern, Lehrer, Schulleitungen und Schulträger sowie Kooperationspartner der Schulen wünschen sich demnach verlässliche Rahmenbedingungen für das Bildungswesen, die unabhängig von der jeweiligen politischen Großwetterlage Bestand haben.

Wesentliche Elemente eines Schulfriedens in Baden-Württemberg sollten nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion unter anderem sein:

- Bestandschutz für alle bestehenden weiterführenden Schularten. Über die konkrete Ausgestaltung des Schulangebots wird vor Ort entschieden, das heißt insbesondere, ob bestehende Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen oder Gemeinschaftsschulen fortgeführt werden oder Verbundschulen aus Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen unter einem Dach gebildet werden.
- Faire Wettbewerbsbedingungen bei der Personal- und Finanzmittelausstattung der unterschiedlichen Schularten. Privilegierungen einzelner Schularten, wie derzeit der Gemeinschaftsschule, müssen beendet werden.
- Pädagogische Freiheit für die Realschulen. Wenn sie neben dem Real-

schulabschluss auch den Hauptschulabschluss anbieten sollen, müssen sie auch mit Kursen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus darauf vorbereiten können. Eine Einführung der Gemeinschaftsschule durch die Hintertür, beispielsweise durch ein Abschaffen von Noten und Sitzenbleiben, darf es nicht geben.

- Keine Absenkung des Abiturniveaus, wie in einem Arbeitspapier des Kultusministeriums für das allgemeinbildende Gymnasium geplant.
- Eine Ausstattung der dualen Fachklassen auf dem bisherigen Niveau. Dadurch bleibt auch bei sinkenden Schülerzahlen ein wohnortnahes Angebot an Berufsschulplätzen möglich, und es entstehen Spielräume für innovative Angebote wie z.B. eine integrierte Gesellen- und Meisterausbildung oder Zusatzqualifikationen.
- Pädagogische Freiheit für die Gemeinschaftsschulen. Beispielsweise sollen sie Kurse auf unterschiedlichen Leistungsniveaus einrichten können.
- Keine Festlegung, dass auf eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulpflicht dauerhaft zu verzichten ist.
- Echte Wahlfreiheit bei den Ganztagschulen. Neben der von Grün-Rot favorisierten verbindlich-rhythmisier-ten muss auch die offene Form der Ganztagschule mit Vormittagsunterricht und freiwilligen Angeboten am Nachmittag ins Schulgesetz aufgenommen werden.
- Wahlfreiheit durch Sonder-/Förderschulen UND Inklusionsangebote. Die Sonder-/Förderschulen sollen zu zentralen Beratungs- und Kompetenzzentren ausgebaut werden, von denen aus die Inklusion an den allgemeinen Schulen koordiniert wird, damit die hohe Qualität der sonderpädagogischen Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg gewahrt bleibt und nicht einer möglicherweise gut gemeinten, aber organisatorisch schlecht

gemachten und pädagogisch wenig fundierten Inklusion zum Opfer fällt.

- Einen Zuschuss an die Schulen in freier Trägerschaft, der tatsächlich 80 Prozent der Kosten auch für Ganztagsbetreuung und Inklusion deckt. Der Staat muss die freien Schulen in die Lage versetzen, ihrer sozialen Verantwortung auch gerecht werden zu können.

Zwar griff der SPD-Vorsitzende Schmid unseren Vorstoß auf und lud zu einem ersten *Schulfriedensgespräch* im Dezember 2014 ein. Grüne, SPD und FDP verständigten sich hierbei unter anderem auf einen Bestandsschutz für alle bestehenden Schularten einschließlich der Sonder-/Förderschulen. Trotz dieses ersten Ergebnisses und einer entsprechenden Zusage des SPD-Vorsitzenden, erneut einzuladen, blieb es bislang bei diesem einen Schulfriedensgespräch. Vor allem aber hat die grün-rote Koalition unseren Schulfriedensvorstoß in keiner Weise in ihr Regierungshandeln übernommen. Stattdessen wurde zwischenzeitlich das Arbeitspapier „Gymnasium 2020“ des Kultusministeriums bekannt, in dem eine Niveauabsenkung beim Abitur geplant ist. Insbesondere durch eine Senkung des Niveaus bei der zweiten Fremdsprache und den Verzicht auf ein viertes schriftliches Prüfungsfach im Abitur soll den Gemeinschaftsschülern nach der Mittleren Reife der reguläre Übergang auf das Gymnasium ermöglicht werden. Damit die Gemeinschaftsschule ihr Abiturversprechen dennoch halten kann, ordnet Grün-Rot nun auch das Gymnasium dem Takt der Gemeinschaftsschule unter. Dabei gibt es mit den Beruflichen Gymnasien bereits ein gut ausgebautes Oberstufenangebot, das mit seiner dreijährigen Oberstufe an die sechsjährigen Bildungsgänge von Realschulen, Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen anschließt und mit beachtlichem Erfolg junge Menschen mit Mittlerer Reife zur Allgemeinen Hochschulreife führt. Den „gymnasialen Notausgang“ von „Gymnasium 2020“

aus der von Grün-Rot selbst verursachten Abiturfalle der Gemeinschaftsschule lehnen wir dagegen entschieden ab.

Schließlich feiert sich die Landesregierung für ihre vermeintlichen Leistungen im Bereich der *Kinderbetreuung*. Bemühungen in diesem Bereich sind zweifelsohne begrüßenswert, allerdings bereitet die einseitige Schwerpunktsetzung von Grün-Rot Sorgen. Denn bisher ging es den Koalitionären in allererster Linie um den quantitativen Ausbau der Kleinkindbetreuung, während das Bemühen um die Qualität der Kleinkindbetreuung auf der Strecke blieb. Trotz vollmundiger Ankündigungen, zuletzt im grün-roten Koalitionsvertrag, hat die Koalition nichts zum Zweck der Verbindlichmachung des Orientierungsplans für eine frühkindliche Pädagogik im Kindergarten unternommen.

Der grün-roten Innenpolitik auf die Finger geschaut und eigene Akzente gesetzt

Das grün-rote Prestigeprojekt in dieser Legislaturperiode im Innenbereich ist die *Polizeireform*. Schnell zeigte sich, dass die Reform erhebliche Probleme hervorrufen würde und Einzelentscheidungen nicht frei von sachfremden Erwägungen getroffen wurden. Ausschreibungen für Stellen der Polizeipräsidenten und deren Stellvertreter wurden passgenau auf einzelne Bewerber zugeschnitten. In der Umsetzung musste die Reduzierung der Polizeidirektionen auf ein Drittel zu überlangen Kommunikationswegen und einem Verlust an Ortskenntnis führen. Bis heute sind die Folgen der Vernachlässigung der ländlichen Räume nicht behoben. Immer wieder müssen Bürger stundenlang warten, bis die Polizei an Tat- oder Unfallorten eintrifft. Als konstruktive Opposition stellten wir dieser von uns abgelehnten Polizeireform eigene Vorschläge entgegen. Sie reichten von einer deutlich geringeren Reduzierung der Polizeidirektionen über die Schaffung weiterer Polizeipräsiden bis

hin zur Stärkung der Polizeireviere und des Streifendienstes durch zusätzliche 1000 Stellen. Angesichts der massiv angestiegenen Zahl von Wohnungseinbrüchen und der Aufklärungsquote von derzeit 14 Prozent ist eine größere Präsenz der Polizei zwingend. Mittlerweile kommt Kritik an der Reform auch aus den Reihen der Polizei; Nachbesserungen werden für unabdingbar gehalten. Der bereits entstandene ganz erhebliche Flurschaden der letzten Jahre lässt sich jedoch nicht einfach beheben: Seit mehr als einem Jahr leidet das Kerngeschäft der Polizei – die Bekämpfung und Aufklärung von Straftaten. Über 373 Millionen Euro werden für reformbedingte Neubauten ausgegeben, während die Polizei in diesem und im nächsten Jahr zehn Prozent ihrer Ausgaben zum Beispiel für Kraftstoff einsparen soll.

Klare Position bezogen wir auch, wenn es um die Einschränkung der Freiheit der Bürger ging. Die von SPD, CDU und Teilen der Grünen geforderten generellen Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen fanden ebenso wenig unsere Zustimmung wie die ständigen Überlegungen, die Sperrzeiten von Gaststätten zu verlängern. Das Problem am Alkoholmissbrauch ist nicht, dass er in der Öffentlichkeit stattfindet, sondern dass Menschen überhaupt Alkohol missbrauchen. Hier muss man zum Beispiel mit Präventionsveranstaltungen vorbeugen, die selbst nach Aussage des Innenministers zum deutlichen Rückgang der Gewalt führten, nicht aber mit einer Beschränkung der Freiheit unbescholtener Gaststättenbetreiber.

Flüchtlingsströme als Zerreißprobe für die Europäische Union und immense Herausforderung für Kreise und Kommunen im Land – Quo vadis Flüchtlingsaufnahme Baden-Württemberg?

Wir haben uns in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode intensiv darum bemüht, den Stadt- und Land-

kreisen einen fairen finanziellen Ausgleich für die *Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen* nach dem FlÜAG zu gewährleisten. Mehrfach haben wir bei den Haushaltsberatungen beantragt, „den Stadt- und Landkreisen im Sinne des Konnexitätsprinzips eine vollständige Deckung der ihnen entstehenden Kosten (zu garantieren); das System der derzeit gewährten einheitlichen Einmalpauschalen durch differenzierte Lösungen insbesondere bei den Kosten der Unterkunft (abzulösen); den Stadt- und Landkreisen für die durch die Pauschalen seither nicht gedeckten Kosten rückwirkend ab dem 1.1.2014 einen fairen Ausgleich (zu zahlen).“ Mit diesem Antrag sind wir mehrfach an der grün-roten Landtagsmehrheit gescheitert.

Eine vernünftige Lösung in Gestalt von Pauschalen als Abschlagzahlungen mit der Garantie nachträglicher voller Kostenerstattung aufgrund einer Spitzabrechnung konnte erst gefunden werden, als die im Laufe des Jahres 2015 über alle Erwartungen hinaus steigenden Flüchtlingszahlen eine Einigung im Sinne einer vollständigen Kostenerstattung quasi erzwungen haben, und die Zusage des Bundes, den Ländern (ebenfalls mit nachträglicher Spitzabrechnung) für jeden Flüchtling im Verfahren monatlich 670 € zu zahlen, diesen auch einen zusätzlichen finanziellen Spielraum geschaffen hatte. Für die Unterbringung der Flüchtlinge durch die Stadt- und Landkreise ist damit eine zufriedenstellende Regelung gefunden.

Ärgerlich ist, dass die zwischen Bund und Ländern gefundene Verständigung, Flüchtlinge ohne reale Bleibeperspektive nicht mehr den Stadt- und Landkreisen zuzuweisen, sondern in den Landeserstaufnahmestellen und deren Außenstellen zu belassen, noch immer nicht (gänzlich) umgesetzt ist. Diese Arbeitsteilung, die ja auch vor dem Hintergrund der Bemühungen um Sprachförderung und Integration in den Arbeitsmarkt mehr als sinnvoll ist, muss schnellstmöglich funktionieren – ist sie doch auch eine

Voraussetzung dafür, den Aufenthalt von Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik keine Bleibeperspektive haben, zügig wieder zu beenden.

Ebenso sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die öffentlich laut gepriesenen musterhaften Lösungen für ein integriertes Zentrum zur Aufnahme, Registrierung, Sicherheits- und Gesundheitsprüfung sowie zur Entgegennahme der Asylanträge tatsächlich auch für das gesamte Land zur Realität werden. Wenn Patrick-Henry-Village in Heidelberg dies allein (entgegen ersten Annahmen) nicht leisten kann, sind weitere solcher Einrichtungen im Land zu errichten. Das einheitliche Auftreten einer solchen Verwaltungseinheit muss – trotz des Fortbestehens mehrerer Dienstherren – zwingend gewährleistet werden.

Wenn die auf Bundesebene beschlossenen Verfahrensbeschleunigungen endlich stärker greifen, steigt zwangsläufig die Zahl der Flüchtlinge, die aus dem Verantwortungsbereich der Kreise in den Bereich der Anschlussunterbringung übergehen, der in der Zuständigkeit der Gemeinden liegt. Das allein aus Mitteln des Bundes finanzierte Programm zur Förderung des Wohnungsbaus für Flüchtlinge war von seinen Konditionen her (25%iger Zuschuss) durchaus geeignet, mit 30 Mio. € pro Jahr aber dramatisch unterfinanziert. Der Absicht der Bundesregierung, die den Ländern für Zwecke des Wohnungsbaus zur Verfügung zu stellenden Mittel noch einmal um 1 Milliarde € aufzustocken, könnte zu einer Verdreifachung dieses Programmvolumens führen.

Die Kommunen haben sicher auch ein gemeinsames Interesse an vernünftigen Regelungen bezüglich der Einführung einer sogenannten Residenzpflicht. Uns scheint es vernünftig, dass während des Anerkennungsverfahrens und darüber hinaus solange, wie eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts noch nicht möglich ist, eine verbindliche Verteilung der Flüchtlinge erfolgt, um eine Überlastung einzelner großstädtischer

Räume zu vermeiden. Sobald jemand in der Lage ist, seine Existenz ohne staatliche Unterstützung zu sichern, ist aber zur vollen Freizügigkeit zurückzukehren. Die Programme zur Sprachförderung und zur Integration in den Arbeitsmarkt sind – speziell in der Zuständigkeit der Agentur für Arbeit – weiter zu verstär-

ken. Gleichzeitig muss der Bund alles tun, um bürokratisches Regelwerk abzuschaffen, das heute in Teilen der Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen entgegensteht, genannt sei als ein Beispiel nur die Festsetzung von höheren, regional und branchenspezifisch festgesetzten Mindestlöhnen für Flüchtlinge durch die

Arbeitsagenturen, die im Ergebnis zu dem widersinnigen Resultat führen, dass tarifungebundene Unternehmen deutsche Arbeitnehmer zum Mindestlohn beschäftigen können, Flüchtlinge aber nur zu Mindestlöhnen, die um 1 bis 5 € höher liegen als der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 €.

Selbstverwalten – Mitgestalten!

Von Friedrich Scheerer und Artur Lindbergs, Nürnberg

Am 1. Juli 2016 beginnt in den Verwaltungsausschüssen der 156 Arbeitsagenturen in Deutschland eine neue Amtsdauer von sechs Jahren. Bundesweit werden rund 2800 Mitglieder und stellvertretende Mitglieder neu berufen, die in den Selbstverwaltungsorganen ehrenamtlich die Geschäftsführungen der Agenturen für Arbeit überwachen und beraten. Angesichts der aktuellen Herausforderungen, die mit der Integration von Flüchtlingen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt verbunden sind, kommt den Verwaltungsausschüssen eine wichtige Rolle zu. Zudem stehen die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die Fachkräftesicherung und die Bewältigung struktureller Veränderungen, die durch die Arbeitswelt 4.0 zu erwarten sind, neben weiteren Themen auf der Agenda der Selbstverwaltungsgremien der BA.

Berufungsverfahren für die neue Amtsdauer

Derzeit laufen die Verfahren zur Neuberufung der Mitglieder in den Verwaltungsausschüssen der Agenturen für Arbeit. Die vorschlagsberechtigten Stellen sind aufgefordert, den Agenturen Vorschläge einzureichen. Bis Ende Juni 2016 müssen die neuen Mitglieder durch den Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) berufen sein. Die stellvertretenden Mitglieder werden danach von den in den Verwaltungsausschüssen vertretenen drei Gruppen vorgeschlagen und anschließend vom Verwaltungsrat berufen.

In den Prozess sind die Agenturen für Arbeit, die Regionaldirektionen und die Zentrale der Bundesagentur für Arbeit einbezogen.

Öffentliche Körperschaften aktive Mitgestalter in der Arbeitslosenversicherung

Alleinstellungsmerkmale der Arbeitslosenversicherung im gesamten Bereich der deutschen Sozialversicherung sind die Berufung in das Ehrenamt (im Gegensatz zu den sonst üblichen Sozialwahlen) und die Drittelparität. Die öffentlichen Körperschaften stellen neben den Vertretern der Beitragszahler, den Arbeitnehmern (Gewerkschaften) und Arbeitgebern (Arbeitgeberverbänden), ein Drittel der Mitglieder in den Selbstverwaltungsgremien der Bundesagentur für Arbeit auf zentraler und lokaler Ebene (siehe Schaubild auf Seite 22).

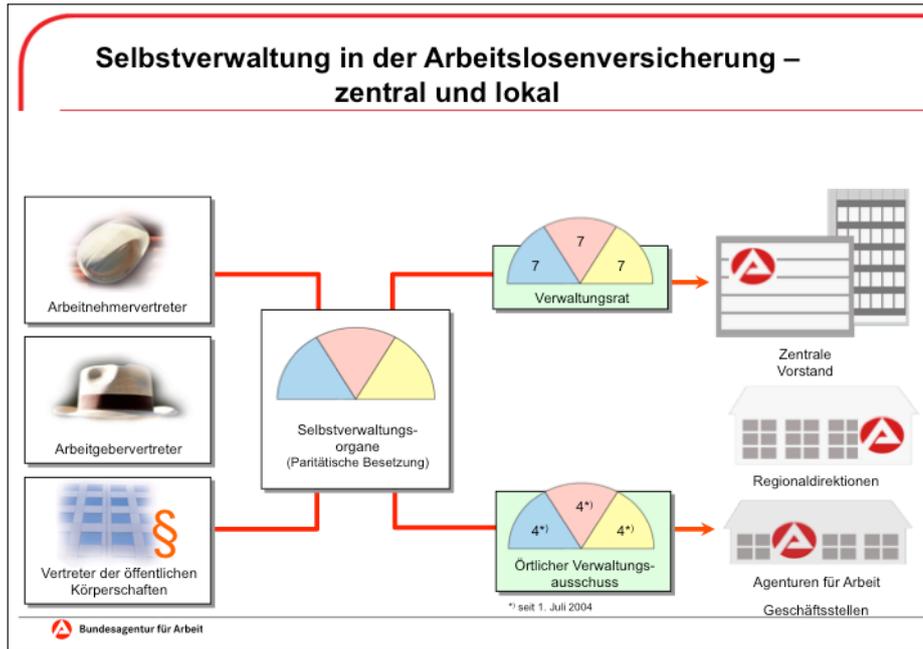
Dieses Prinzip erlaubt den konstruktiv-kritischen Diskurs zu allen Fragen des Arbeitsmarkts und eröffnet eine Vielzahl

von Chancen und Möglichkeiten zu gemeinsamen Initiativen und abgestimmten Handlungsstrategien für die jeweilige Region.

Verwaltungsausschüsse – Arbeitsmarktforen für die Gestaltung der Region

Aktuell gibt es eine Vielzahl von arbeitsmarktbezogenen Herausforderungen, die nur gemeinsam gelöst werden können:

- Die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Arbeitsmarkt und Gesellschaft
- Die Sicherung des Fachkräftebedarfs
- Die Gestaltung des demografischen Wandels
- Die Schaffung von Perspektiven für junge Menschen und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Ausbildung
- Die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit
- Die Konsequenzen einer Arbeitswelt 4.0
- Qualifizierung und Weiterbildung
- Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf



- Folgerungen aus der Internationalisierung der Arbeitsmärkte für die Regionen

Diese Aufzählung ließe sich noch erweitern und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Verwaltungsausschüsse sind wichtige Foren, in denen diese Fragen aus lokaler Sicht behandelt und diskutiert werden können. Von besonderer Bedeutung ist die Einbeziehung der Verwaltungsausschüsse in die Planungsprozesse der Agenturen und die Aufstellung der Arbeitsmarktprogramme für die Folgejahre. Basis hierfür ist u. a. der Arbeitsmarktmonitor in den Arbeitsagenturen, der auch die Netzwerkarbeit der Arbeitsmarktakteure unterstützen kann und so mit dazu beiträgt, die Probleme durch die Schnittstellen zwischen dem selbstverwalteten Rechtskreis SGB III und dem steuerfinanzierten Rechtskreis SGB II ohne Selbstverwaltung zu verringern.

Anregungen für die Arbeit in den Verwaltungsausschüssen

2014 wurden alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Verwaltungsausschüsse und der Geschäftsführungen der Agenturen für Arbeit vom Zentrum für Kunden- und Mitarbeiterbe-

fragungen der BA befragt. Aus den zahlreichen Rückmeldungen konnten wertvolle Hinweise und Anregungen für eine Weiterentwicklung und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsausschussmitgliedern und Agenturleitungen abgeleitet werden. Für eine effiziente und effektive Aufgabenerledigung der Arbeit in den Verwaltungsausschüssen haben sich zudem in der langjährigen Praxis weitere positive Ansatzpunkte ergeben, die hier mit einigen Beispielen genannt werden:

- Teilnahme an den für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder

- der Verwaltungsausschüsse angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen in Bildungszentren der BA (Basisseminare, Vertiefungsseminare und Controllingseminare)
 - Hospitation neuer Verwaltungsausschussmitglieder in der Agentur
 - Stellvertretende Mitglieder grundsätzlich in Sitzungen einbeziehen
 - Empfehlung, Vorbesprechungen der Gruppen vor den Sitzungen des Verwaltungsausschusses durchzuführen
 - Durchführung von Sitzungen außerhalb der Agentur (z. B. zusammen mit einem Nachbar-Verwaltungsausschuss, in einem Betrieb mit anschließender Besichtigung oder im Rahmen von Veranstaltungen wie Messen)
 - Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von Verwaltungsausschuss und Agenturleitung
 - Workshops zur Vertiefung bestimmter Themen (z.B. Entwicklung gemeinsamer regionaler Strategien, Aufstellung der Arbeitsmarktprogramme und Vorbereitung des Planungsprozesses)
 - Einladung externer Experten zu Sitzungen (z.B. Wissenschaftler aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)
 - Erprobung innovativer Ansätze nach § 135 SGB III
- Daneben geben die „Empfehlungen des Verwaltungsrats zu den Aufgaben und



Der Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Aalen mit den beiden Landräten Thomas Reinhardt (Landkreis Heidenheim) und Klaus Pavel (Ostalbkreis) und dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur Elmar Zillert bei seinem Besuch in der BA-Zentrale in Nürnberg

der Aufgabenerledigung der Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit“ gute und wichtige Impulse für eine Aufgabenerledigung im Sinne des Gedankens der Selbstverwaltung.

BA-Vorstand und Verwaltungsrat im Austausch mit Verwaltungsausschüssen

Dem Vorstand der Bundesagentur für Arbeit ist auch der Dialog mit den Mitgliedern der Verwaltungsausschüsse ein wichtiges Anliegen. So haben in der Vergangenheit die Selbstverwaltungsgremien der beiden Agenturen für Arbeit Aalen und Konstanz-Ravensburg die Zentrale der Bundesagentur in Nürnberg

besucht und mit Mitgliedern des Vorstands aktuelle Themen diskutiert. Die Verwaltungsausschüsse genießen beim Verwaltungsrat und beim Vorstand der BA eine sehr hohe Wertschätzung. In diesem Kontext ist den Mitgliedern des Verwaltungsrats und des Vorstands auch daran gelegen, hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise mit ihren Qualifikationen in den ehrenamtlich zu besetzenden Verwaltungsausschüssen zu wissen. Mitglieder des Verwaltungsrats und des Vorstands nehmen auch immer wieder selbst an Verwaltungsausschusssitzungen vor Ort teil und suchen den Austausch mit den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern.

Seit vielen Jahren ist der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Herr Prof. Eberhard Trumpp, im Verwaltungsrat der BA, dem zentralen Selbstverwaltungsgremium, engagiert. Er bringt die kommunale Perspektive in die Debatten und Beratungen ein und trägt in der Gruppe der öffentlichen Körperschaften erfolgreich mit dazu bei, Arbeitsmarktpolitik und Bundesagentur für Arbeit weiter zu entwickeln und für die Zukunft und die anstehenden Herausforderungen gut aufzustellen.

Friedrich Scheerer ist Leiter des Büros der Selbstverwaltung bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg, Artur Lindenberg ist dort Betreuer

Flüchtlinge sind Fachkräfte von übermorgen – Herausforderungen bei der Integration in den Arbeitsmarkt

Von Uta Heinemann, Stuttgart

Im Jahr 2015 sind rund 100 000 Menschen in Baden-Württemberg als Asylsuchende registriert worden. Gemeldet bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern sind bisher rund 11 500 Flüchtlinge, wobei dies auch Flüchtlinge aus den Vorjahren inkludiert.

Wie können wir es nun möglichst schnell und effektiv bewerkstelligen, diese Menschen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu bringen? Dies ist eine der großen Herausforderungen, der sich die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit stellt – mit viel Elan und einer großen Portion Zuversicht.

Arbeitsmarktintegration braucht (zu) viel Zeit

Bisherige Erfahrungen (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

(IAB): Aktuelle Berichte: Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt. Der Stand im September 2015. 14/2015) zeigen, dass die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen Zeit braucht: Im Zuzugsjahr sind durchschnittlich acht Prozent der erwerbstätigen Flüchtlinge in Beschäftigung integriert. Nach fünf Jahren steigt der Anteil auf knapp 50 Prozent, nach zehn Jahren auf 60 Prozent und nach 15 Jahren auf knapp 70 Prozent. Für die große Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge wollen und können wir diese Zeitspanne deutlich verkürzen – das kann jedoch nur funktionieren, wenn alle Beteiligten an einem Strang in dieselbe Richtung ziehen. Momentan arbeiten wir deswegen überall im Land an gemeinsamen Plattformen aus Arbeitsagenturen, Jobcentern und Kommunen, damit Wege verkürzt, Zusammenarbeit erleichtert und alle Informationen gebündelt werden.

Der erste Schritt auf dem Weg in eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Deshalb hatte die Bundesagentur für Arbeit als einmalige Notfallhilfe im Oktober 2015 bis zu 400 Millionen Euro für Sprachförderung bereitgestellt. Die Erwartungen wurden übertroffen: Mittlerweile profitieren alleine in Baden-Württemberg rund 23 000 Menschen von diesen Sprachkursen!

Gut 80 Prozent der Flüchtlinge besitzen keine formale Ausbildung

Schaut man sich die mitgebrachten Qualifikationen an, wird deutlich, dass die Schulbildung insgesamt recht gut ist (20 Prozent mit Hochschulreife, 15 Prozent mit mittlerer Reife und 23 Prozent mit Hauptschulabschluss). Für die Berufsabschlüsse gilt dies jedoch nicht: Unter den bei Agenturen oder Jobcen-

tern gemeldeten Flüchtlingen befinden sich etwa acht Prozent Akademikerinnen und Akademiker, elf Prozent haben eine Ausbildung, die dem Facharbeiterniveau entspricht, und 81 Prozent besitzen keine formale Ausbildung.

Da rund 80 Prozent der in Baden-Württemberg ankommenden Flüchtlinge unter 35 Jahre alt ist, müssen wir uns verstärkt darauf konzentrieren, diese jungen Menschen in Ausbildung zu bringen. Wenn das gelingt, ist dies nicht nur ein entscheidender Beitrag zur erfolgreichen und stabilen Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft. Wir haben auch die Chance, mithilfe der Neuankömmlinge mögliche Fachkräftengpässe zu schließen und Deutschland wirtschaftlich zu stärken. Rechnet man das Erlernen der Sprache, die Ausbildung und eine gewisse Einarbeitungszeit zusammen, können wir jedoch erst in frühestens fünf Jahren mit ausgebildeten Fachkräften rechnen.

Wir brauchen neue Verfahren der Kompetenzfeststellung und Rekrutierung

Um diese Herausforderung leichter bewältigen zu können, müssen alle umdenken: Flüchtlinge besitzen meist keine Zertifikate, die ihre Kompetenzen oder Berufsabschlüsse belegen. Deshalb müssen wir Wege finden, diese zu eruieren – und zwar unabhängig von unseren tradierten Berufsbildern und Rekrutierungsmechanismen. Und wir müssen es schaffen, Flüchtlinge zu überzeugen, dass es sich langfristig auszahlt, jetzt in Ausbildung und Qualifizierung zu investieren.

Sprachförderung/Kompetenzfeststellung – Praktika/Einstiegsqualifizierung – Ausbildung

Unser Ziel ist es, in den nächsten Jahren 20 Prozent der Flüchtlinge unter 35 Jahren mit Bleibeperspektive in eine duale Ausbildung zu vermitteln. Dafür stehen

uns alle Mittel der Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration zur Verfügung. Unser erster Schritt ist, nach der Kompetenzfeststellung und der Sprachförderung direkt am Ball zu bleiben. So unterstützen wir mit dem Programm „Perspektive für Flüchtlinge“ (PerF) arbeitslose Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Geduldete mit Arbeitsmarktzugang und Asylberechtigte für zwölf Wochen auf ihrem möglichen Weg in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Dazu gehört neben fundierten Informationen und Beratung zur Anerkennung von Abschlüssen und den deutschen Arbeitsmarkt die Vermittlung von Praktika. Hier sollen Kompetenzen im „Echtbetrieb“ festgestellt werden. Ebenso unterstützen wir bei der Bewerbung. Im Programm „Perspektive für junge Flüchtlinge“ (PerjuF) führen wir über einen Zeitraum von vier bis sechs Monaten junge Menschen an das deutsche Ausbildungs- und Beschäftigungssystem heran. Ziel ist, dass diese jungen Menschen im Anschluss in eine Ausbildung münden können. Innerhalb des Programmzeitraums werden berufsbezogene Sprachkenntnisse vermittelt. Teilnehmende sollen betriebliche Erfahrungen über mögliche berufliche Tätigkeiten sowie betriebliche Lern- und Arbeitsbedingungen sammeln können. Außerdem sollen sie Kontakt zu Kunden und Kundinnen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern knüpfen und Technologien und Arbeitsfelder kennenlernen.

Wie es funktionieren kann

Erfahrungen mit der Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen konnten wir im Projekt „Stella“ – Willkommen in Baden-Württemberg: Schnelle Integration von Flüchtlingen und Asylbewerber(inne)n in gemeinsamer Verantwortung sammeln.

Seit Januar 2015 gibt es das Projekt „Stella“ in Baden-Württemberg. Es wird in drei Agenturbezirken (Ludwigsburg, Offenburg, Reutlingen/Tübingen) ge-

meinsam mit den vier Landkreisen Ludwigsburg, Ortenaukreis, Reutlingen und Tübingen durchgeführt. Die Arbeitsagenturen stellen zusätzliches Personal für die Betreuung und Vermittlung, die Landkreise zusätzliche Deutschsprachkurse zur Verfügung.

Zielgruppe sind qualifizierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Geduldete mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit sowie anerkannte Flüchtlinge/Asylberechtigte.

Einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren von Stella ist die Netzwerkbildung und Zusammenarbeit mit den entsprechenden Landkreisen. Sie trägt wesentlich zur frühzeitigen Identifizierung von Potenzialen bei. Die enge Kooperation mit weiteren Netzwerkpartnern (Anerkennungsberatung, Bleiberechtsnetzwerke in Baden-Württemberg, Flüchtlingsberatungsstellen vor Ort, Regionalstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)) ermöglicht die frühzeitige Nutzung von notwendigen bzw. ergänzenden Unterstützungsangeboten.

Vermittlung einer Iranerin als Architektin

Im Zuge dieses Projekts konnte beispielsweise eine 28-jährige Iranerin, die in ihrem Heimatland ein Architekturstudium absolviert hatte, vermittelt werden. Die junge Frau hatte das Ziel, in ihrem gelernten Beruf zu arbeiten, hatte jedoch keine Berufserfahrung und keine Deutschkenntnisse. Nachdem sie im Februar Teilnehmerin des Projekts „Stella“ wurde, war der erste Schritt der Mitarbeiterin der Agentur für Arbeit Ludwigsburg, dafür zu sorgen, dass ihre Aufenthaltsgestattung nach Prüfung der Bleibewahrscheinlichkeit verlängert wurde. Im März vermittelte die Agentur Ludwigsburg eine Qualifizierungsmaßnahme für Ingenieure und Architekten, meldete sie zu einem Sprachkurs an und begleitete sie zu dem erforderlichen Test. Die Agentur unterstützte auch beim

Erstellen der Bewerbungsunterlagen und finanzierte eine sogenannte Maßnahme beim Arbeitgeber (MAG) in Form eines Praktikums. Nach erfolgreichem Praktikum erfolgte dann im September die Vollzeit-Einstellung der Iranerin. Aufgrund der zu Beginn der Beschäftigung noch bestehender Sprachhemmnisse und fehlender Berufserfahrung genehmigte die Arbeitsagentur ein weiteres halbes Jahr der Beschäftigung einen Eingliederungszuschuss in Höhe von 40 Prozent des Lohns.

Vermittlung eines Gambiers in Ausbildung zum Maler und Lackierer

Seit Sommer 2014 befindet sich der heute 36-jährige Mann aus Gambia in Deutschland. Er hat sechs Jahre Berufserfahrung im Verkauf, Berufserfahrung in Holzarbeiten und Malerei, jedoch keine Nachweise über eine Ausbildung. Das

Asylzentrum Tübingen finanzierte dem jungen Mann Sprachkurse, so dass er das Sprachniveau B2 erreichen konnte.

Nachdem der Gambier bei „Stella“ aufgenommen wurde, konnte ihm die Arbeitsagentur Reutlingen eine MAG bei einem Schreiner vermitteln – sein erster Berufswunsch. Da, laut Arbeitgeber, der junge Mann wenig Affinität zu Mathematik besaß, entschied sich der Ausbildungssuchende für eine Ausbildung zum Maler und Lackierer. „Stella“-Mitarbeiter/innen unterstützen ihn bei der Erstellung des Lebenslaufs und begleiteten ihn bei seinem Vorstellungsgespräch. Nach einer einwöchigen MAG übernahm der Maler- und Lackierbetrieb den Gambier in Ausbildung. Nach einer entsprechenden Rückmeldung des Arbeitgebers nahm die Agentur Reutlingen den Kontakt zum Berufsschullehrer des Gambiers auf und organisierte in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt einen ehrenamtlichen Nachhilfelehrer. Ziel ist der

Abschluss der Ausbildung zum Maler und Lackierer 2018. Auszubildender und Arbeitgeber sind bis heute sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit.

Unser Fazit: Vermittlung in Arbeit und Ausbildung braucht Zeit, Personal und Geld – oft auch das Ehrenamt. Mit Blick auf die gelingende Integration der Neuankömmlinge in Arbeitsmarkt und Gesellschaft ist dies aber eine Investition, die sich auszahlen wird. Die heute ankommenden Flüchtlinge können dann auch einen Beitrag dazu leisten, Fachkräfteengpässe und damit die Folgen der demografischen Entwicklung in Deutschland abzumildern, damit wir auch in 30 Jahren noch ein Land mit einer starken Wirtschaft sind.

Uta Heinemann ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit zuständig

Die Brücke zur Schweiz – Chancen und Schwierigkeiten eines Grenzlandkreises

Von Landrat Dr. Martin Kistler, Waldshut

Der Landkreis Waldshut erstreckt sich als „Terrasse zum Süden“ von den Gipfeln des Schwarzwalds bis zur Schweizer Grenze am Hochrhein und bildet damit nicht nur im übertragenen Sinn, sondern tatsächlich die Brücke zur Schweiz. Das Kreisgebiet ist ländlich geprägt und abseits der Rheinschiene dünn besiedelt. Es gilt daher, sich mit aller Kraft für die ländlichen Räume einzusetzen, damit sie nicht von der Entwicklung der Großstädte und der sogenannten Verdichtungsräume abgekoppelt werden. Für einen Kreis im ländlichen Raum an einer EU-Außengrenze gilt das in besonderem Ausmaß.

Der Landkreis Waldshut hat eine 148,7 km lange Grenze zur Schweiz. Von der Kreisstadt Waldshut-Tiengen nach Zürich sind es nicht einmal 50 km, nach Stuttgart dagegen über 200 km. Es liegt daher auf der Hand, dass die Probleme und Chancen einer solchen Grenzregion aufs Engste mit dem Wohl und Wehe des unmittelbaren Nachbarn verknüpft sind. Und das bedeutet zugleich, dass sich die politische Positionierung und Steuerung eines Grenzlandkreises, wie es der Landkreis Waldshut ist, deutlich von den Gegebenheiten eines Binnenkreises mitten in Baden-Württemberg unterscheidet.

Wirtschaftliche Verflechtungen

So lässt sich die enge Verflechtung mit der Schweiz beispielsweise an der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative demonstrieren. In einer Volkabstimmung hat das Schweizer Volk im Jahr 2014 beschlossen, die jährliche Zuwanderung von Ausländern durch Kontingente zu begrenzen, die sich nach den gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz richten. Je nach deren Umsetzung wird sich die Bevölkerungsstruktur in unserer Grenzregion stark ändern: in einem Szenario könnten noch mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Landkreis Waldshut in das



Kraftwerk Laufenburg

Nachbarland einpendeln. Bereits heute sind dies über 14 000 Personen täglich. Unter diesen Gesichtspunkten wird eine großräumig geplante und die Veränderungen in der Schweiz berücksichtigende Regionalentwicklung und Raumplanung umso wichtiger. Anzusprechen ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Einzelhandels in unserer Region, der derzeit sehr stark vom Schweizer Nachbarn profitiert. Ein wichtiger weiterer Aspekt ist nach meiner Einschätzung der „Sogeffekt“, den das Hochlohnland Schweiz auf gut ausgebildete Fachkräfte ausübt. Arbeitgeber diesseits des Rheins haben zunehmend Schwierigkeiten, Mitarbeiter zu finden; die Bedingungen in der Schweiz sind einfach zu verlockend. Zweifelsohne haben wir auf der deutschen Seite keinen direkten Einfluss auf diese Anreize. Wo das Land als Arbeitgeber auftritt, muss dieser Sondersituation aber aus meiner Sicht durch besondere Regelungen Rechnung getragen werden. Hierbei ist etwa an die Einstellungstermine für den Schuldienst zu denken. Auch die Frage der Gewinnung junger Menschen für den Öffentlichen Dienst im Grenzraum bedarf besonderer Betrachtung.

Aufgrund dieser Sondersituation bei der Gewinnung von qualifizierten und hoch-

qualifizierten Fachkräften benötigen wir in unserer Grenzregion innovative und clevere Förderungsmöglichkeiten von Seiten des Landes. Eine „Lernfabrik 4.0“ mit Unterstützung durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft wäre sicherlich ein gutes Zeichen der Landesregierung gewesen. Umso enttäuschter mussten wir die Entscheidung zur Kenntnis nehmen, dass, trotz eines eindeutigen Votums von Seiten der IHK Hochrhein-Bodensee für den Landkreis Waldshut als Standort, unsere gewerblichen Schulen nicht gefördert werden konnten. Ich sehe es daher als erforder-

lich an, dass man künftig bei der Vergabe von Fördermitteln die Sonderprobleme der Grenzregionen verstärkt in den Blick nimmt.

Auch in der Landwirtschaft zeigen sich Wettbewerbsverzerrungen: Plakativ wird gerne von der Schweizer „Landnahme“ gesprochen. Hinter diesem Begriff stehen der Kauf und die Pacht von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch finanzkräftige Landwirte aus unserem Nachbarland. Durch das deutsch-schweizerische Grenzabkommen aus dem Jahr 1958 können Erzeugnisse von solchen Flächen, die nicht weiter als zehn Kilometer von der Grenze entfernt liegen, zollfrei in die Schweiz eingeführt werden. Diese Möglichkeit haben unsere Landwirte nicht. Mir ist selbstverständlich klar, dass eine Änderung dieses Zollabkommens in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Wünschenswert wären jedoch aus Waldshuter Sicht weitere Vorstöße der Landesregierung, um eine Gleichstellung unserer Landwirte mit ihren Standeskollegen jenseits des Rheins zu erreichen.

Flugverkehr und Endlager

Die Auseinandersetzung um die vom Flughafen Zürich ausgehende Flugverkehrsbelastung in unserer Region sowie die Schweizer Suche nach einem ato-



Flughafen Zürich



Diesellok auf der Hochrheinstrecke bei Laufenburg

maren Endlagerstandort in Grenznähe belasten das nachbarschaftliche Verhältnis zur Schweiz. Ich danke dem Land Baden-Württemberg ausdrücklich für die Unterstützung meines Landkreises in den letzten Jahren bei diesen Themen. Gerade die unterschiedliche Interpretation, die der politisch gescheiterte Fluglärmstaatsvertrag zuließ, zeigt eindeutig die Notwendigkeit, mit der Schweiz nur solche Vereinbarungen zu treffen, die keine interpretatorischen Schlupflöcher zulassen.

Verkehr auf Schiene und Straße

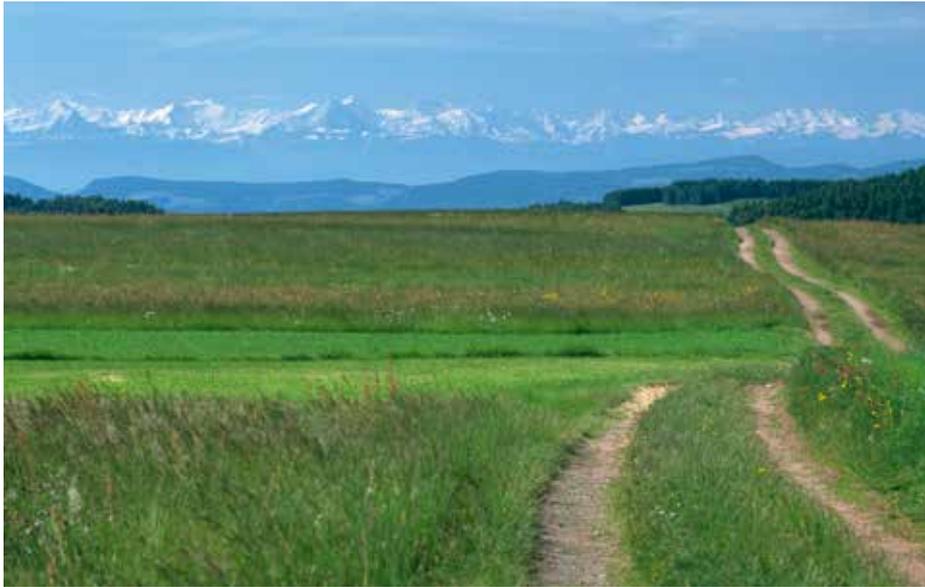
Ein weiteres wichtiges Beispiel für unsere Beziehungen zur Schweiz ist ohne jeden Zweifel die Elektrifizierung der Hochrhein-Eisenbahnstrecke zwischen Basel und Schaffhausen. Wie wir alle wissen, ist dieses Thema noch immer nicht in trockenen Tüchern. Von dem Ende letzten Jahres verkündeten Durchbruch zur realen Umsetzung sind wir immer noch ein gutes Stück weit entfernt. Aus dem Grenzraum heraus haben wir einen für unser Verhältnis erheblichen Anteil an der Gesamtfinanzierung gesichert. Eine entsprechende Zusage der Schweizer Seite, aber auch des

Landes Baden-Württemberg steht nach wie vor aus. Dies ist aber entscheidend, um die wirkliche Realisierung dieses von allen Beteiligten gewollten grenzüberschreitenden Leuchtturmvorhabens anzupacken. Es ist sehr zu hoffen, dass das

Land die nun dringend notwendige Umsetzung der zahlreichen Willenserklärungen konsequent vorantreibt. Hierfür ist der enge Schulterschluss mit unseren Schweizer Partnern unerlässlich. Die erfolgreiche Realisierung dieses herausragenden Projektes kann uns als hervorragende Blaupause für andere Vorhaben dienen. Minister Peter Friedrich hat mit Blick auf die deutsch-schweizerischen Beziehungen am Hochrhein vor kurzem gesagt: „Die Akteure vor Ort kennen die Potentiale und auch die Probleme der Zusammenarbeit am besten. Deswegen muss die erarbeitete Strategie am Ende mit ihnen umgesetzt werden. Ihre Impulse sind ausschlaggebend.“ Diesem Statement kann ich nur zustimmen. Ich erhoffe mir deshalb zukünftig auch bei Straßenbauprojekten wie der durchgängigen Autobahn A 98 Verbesserungen. Durch den Grenzraum wurden wir bisher oftmals in einer Randlage wahrgenommen. Von Stuttgart aus gesehen sind wir hier natürlich am Rande der Republik.



Kulturzentrum Schloss Bonndorf



Herrischried mit Alpensicht



V.l.n.r.: Stephan Attiger, Regierungsrat Kanton Aargau, Marion Dammann, Landrätin des Landkreises Lörrach, Dr. Martin Kistler, Landrat des Landkreises Waldshut, Regierungsrat Dr. Reto Dubach, Kanton Schaffhausen

Dass wir uns aber in einem wichtigen und zentral in Europa gelegenen Wirtschaftsraum befinden, sozusagen im Herzen Europas, wird nicht immer wahrgenommen.

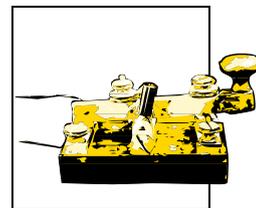
Kunst und Kultur

„Kunst“ meint selbstverständlich in erster Linie nicht die Kunst der Diplomatie und der Politik. Daher betreibt der Land-

kreis Waldshut in seinem Kulturzentrum Schloss Bonndorf sehr bewusst auch eine grenzüberschreitende Kulturarbeit mit vielfältigen Bezügen hinüber in die Schweiz und nach Frankreich – auch im Jahr 2016.

Grenzräume sind Chancenräume

Nicht nur die Menschen am Hochrhein, Baden-Württemberg insgesamt muss ein besonderes Interesse an einem stabilen Verhältnis der Schweiz zur EU haben. Wir leben mit der Schweiz in einem gemeinsamen, eng verflochtenen Wirtschafts-, Bildungs- und Lebensraum, in dem Zehntausende von Arbeitnehmern täglich zur Arbeit pendeln. Durch diesen Raum verläuft eine Grenze – eine Grenze, die nicht Barriere ist, sondern Verbindung. Dass dem so ist, daran hat auch die „kleine Außenpolitik“ des Landkreises Waldshut Anteil. Auf Basis des Karlsruher Übereinkommens arbeiten wir seit vielen Jahren in der „Hochrheinkommission“ gemeinsam mit dem Landkreis Lörrach grenzüberschreitend mit den Schweizer Kantonen Aargau und Schaffhausen in den Themen Bildung, Verkehr, Kultur und Tourismus zusammen. Fruchtbar ist auch der Austausch in der „Randenkommision“, in der die Kreise Konstanz, Schwarzwald-Baar und Waldshut gemeinsame Themen mit dem Kanton Schaffhausen besprechen. Zusammen sind wir der Meinung, dass Grenzräume Chancenräume sind. Diese Chancen für unsere gemeinsame Region auf beiden Seiten des Rheines wollen wir wahrnehmen! Hierfür benötigen wir die Unterstützung von Land und Bund – unser Beitrag als „Brücke zur Schweiz“ ist dabei gewiss!



NACHRICHTEN

Landratsamt Ostalbkreis erhält Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“ mit Auszeichnung

Für ihre systematische familienbewusste Personalpolitik wurden Ende 2015 33 Unternehmen aus Baden-Württemberg im Rahmen des landesweiten Projekts familyNET ausgezeichnet. Unter den Preisträgern ist auch das Landratsamt Ostalbkreis in der Kategorie ab 250 Mitarbeitern. Das Landratsamt konnte durch seine vielfältigen Angebote in den zehn Handlungsfeldern Führungskompetenz und Personalentwicklung, Arbeitsort, -zeit und -organisation, Kommunikation, geldwerte Leistungen, Service für Familien, Gesundheit sowie bürgerschaftliches Engagement überzeugen. Es erhielt dafür sogar das Prädikat „Familienbewusstes Unternehmen“ mit Auszeichnung vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V. und dem Landesfamilienrat verliehen. In der Laudatio bei der Preisverleihung am 25. November 2015 im Stuttgarter Literaturhaus wurde betont, dass sich die familienbewusste Unternehmenskultur im Landratsamt in vielfältigen Initiativen widerspiegelt. Angefangen mit einer familienbewussten Führungskultur, die durch eine gezielte Schulung von Führungskräften zu Vereinbarkeitsthemen und Gesprächsführung gefördert wird, werden über 1200 verschiedene Arbeitszeitmodelle, angepasst an individuelle Situationen, umgesetzt. Heimarbeit, Ferienbetreuung für Schul-



V. l. n. r.: Stefan Küpper, Geschäftsführer der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e. V., sowie Doris Neher und Martin Brandt vom Geschäftsbereich Personal und Organisation des Landratsamts

kinder und Kinderbesuchstage ergänzen das Angebot. Krönung der Serviceangebote für Familien ist die seit 2014 installierte, hauseigene betriebliche Kleinkindbetreuung „OSTALB-Tiger“.

Martin Brandt und Doris Neher vom Geschäftsbereich Personal und Organisation der Kreisverwaltung nahmen die Auszeichnung bei der Prädikatsverleihung von Stefan Küpper, Geschäftsführer der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V., entgegen.

familyNET wird gefördert durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg sowie die Arbeitgeberverbände Südwestmetall und Chemie Baden-Württemberg. Kooperationspartner ist der Landesfamilienrat Baden-Württemberg. Die BBQ Berufliche Bildung gGmbH setzt das Projekt familyNET landesweit um.

Landkreistag und Beratung der regionalen ESF-Arbeitskreise – das passt und gehört zusammen

Seit dem 1. Februar 2016 ist die Beratung der regionalen ESF-Arbeitskreise der Stadt- und Landkreise beim Landkreistag Baden-Württemberg angesiedelt. In der aktuellen Förderperiode des ESF stehen für die Jahre 2014 bis 2020 in Baden-Württemberg im Bereich der regionalen Förderung insgesamt 92,5 Mio. Euro zur Verfügung. Das entspricht einem Jahresvolumen von rund 13,2 Mio. Euro. Davon entfallen ca. 10 Mio. Euro unmittelbar auf die Landkreise.

Die Förderung konzentriert sich dabei auf die Ziele soziale Inklusion, auf die Vermeidung von Schulabbruch sowie die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit. Die Mindestausstattung pro Stadt- oder

Landkreis beträgt 180 000 Euro pro Jahr. Die hohe Komplexität der ESF-Förder-systematik sorgt dafür, dass ein kontinuierlicher Beratungsbedarf der insgesamt 42 regionalen Arbeitskreise besteht. Das Sozialministerium als ESF-Verwaltungs-behörde in Baden-Württemberg und der Landkreistag Baden-Württemberg haben gemeinsam entschieden, in der aktuellen Förderperiode die Beratung der regionalen Arbeitskreise auf die kom-munale Ebene zu verlagern. Da der über-wiegende Anteil des Fördervolumens in der regionalen Förderung die Landkreise betrifft, bietet sich der Landkreistag als geeigneter Partner an. Damit ist gewähr-leistet, dass die Beratungsleistungen dabei mit einer hohen Affinität zu den örtlichen und strukturellen Gegeben-heiten der Stadt- und Landkreise er-bracht werden können.

Zur Beratung der regionalen Arbeitskreise wurde bei der Geschäftsstelle des Landkreistags eine Beratungsstelle an-gesiedelt. Als Ansprechpartner stehen Frau Zabukovec und Herr Kreuz zur Verfügung. Frau Zabukovec arbeitet nach langjähriger Praxis im Landratsamt Esslingen seit 2012 als Referentin im Dezernat V und hat sich bereits bisher mit Themen des ESF beschäftigt. Herr Kreuz war von 2005 bis 2009 Vorsit-zender und Geschäftsführer des regio-nalen Arbeitskreises Stuttgart. In den Jahren 2010 bis 2013 arbeite er im Referat Soziale Grundsicherung des So-zialministeriums, um anschließend als Mitglied der Geschäftsführung des Job-centers das Arbeitsbündnis Jugend und Beruf der Landeshauptstadt Stuttgart mit aufzubauen.

Zu den Aufgaben der Beratungsstelle für die regionalen Arbeitskreise gehört unter anderem:

- Die Hilfestellung zur Identifikation und Beschreibung der regionalen Be-darfslagen
- Die Unterstützung der ESF-Arbeitskreise bei der Erstellung der regio-nalen Arbeitsmarktstrategie
- Die Unterstützung der ESF-Arbeits-

kreise bei der Planung und Steuerung der Arbeitskreissitzungen

- Die Verbesserung der Abstimmung zwischen den verschiedenen Hilfe-systemen
- Die Hilfestellung und Beratung zur Umsetzung der verschiedenen Quer-schnittsziele
- Die Organisation von Workshops zu aktuellen Themen und Fragestel-lungen

Die Jahrestagung der ESF-Arbeitskreise findet am 17. März 2016 statt. Dort wird die Möglichkeit geboten, die Wün-sche und Erwartungen der regionalen Arbeitskreise zu erfahren. Zudem wird die Beratungsstelle sich und ihre Vorstel-lungen und Planungen den Arbeitskrei-sen präsentieren.

Die Anbindung der rationalisierten ESF-Beratung an den Landkreistag stellt sicher, dass die unterschiedlichen Gege-benheiten der Stadt- und Landkreise bei der Beratung passgenau und individuell berücksichtigt werden.

Kontakt:

ESF Beratungsstelle

Landkreistag Baden-Württemberg

Panoramastr. 37

70174 Stuttgart

Frau Zabukovec, zabukovec@landkreis-tag-bw.de, Tel.: 0711/2 24 62-36

Herr Kreuz, kreuz@landkreistag-bw.de, Tel. 0711/2 24 62-37

Gesundheitslandkreis Göppingen

**Der Landkreis Göppingen
möchte sich noch stärker
als Gesundheitsstandort profilieren.
Besuch der Arab Health in Dubai
als wichtiger Meilenstein**

Der Landkreis Göppingen sticht in der wirtschaftsstarke Metropolregion Stuttgart im Herzen Baden-Württem-bergs mit einem starken Profil im Ge-sundheitswesen hervor. Weltbekannte Markenträger und Hersteller von Naturkosmetik und Heilmitteln haben ihren Hauptsitz im Landkreis Göppingen und schätzen wie viele andere Unternehmen, die Einwohner sowie nicht zuletzt die Besucher die intakte Naturlandschaft am Rande der Schwäbischen Alb. Drei prädikatisierte Heilbäder in Bad Boll, Bad Ditzenbach und Bad Überkingen sowie renommierte Kliniken und Rehabilita-tionseinrichtungen finden sich auf dem Kreisgebiet. Die kreiseigenen ALB FILS KLINIKEN verfügen als größter Arbeit-geber im Kreis über ein überzeugendes medizinisches Portfolio an den beiden Standorten in Geislingen und Göppin-gen. So gibt es mit dem RadioChirurgi-cum CyberKnife® Südwest in Göppingen ein Behandlungszentrum, das direkt an die Strahlentherapie der ALB FILS KLI-



V. r. n. l.: Wirtschaftsförderer Alexander Fromm, Sheik Mahmud Al Azzony, Jeuness Merzuki von Deltamed und der Sohn von Sheik Mahmud Al Azzony

NIKEN angegliedert ist und dort eine innovative Form der Tumorthherapie anbietet. Diese ist in dieser Art nicht nur in Südwestdeutschland einmalig, sondern auch auffallend mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik. Auch im Bereich der Medizintechnik ist der Landkreis Göppingen Vorreiter: Die Studierenden der Hochschule Esslingen am Campus Göppingen forschen und entwickeln technische Neuerungen für die Medizin. Am Campus Geislingen bietet die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen den Studiengang „Gesundheits- und Tourismusmanagement“ an.

Mit diesem Portfolio vertrat der Landkreis Göppingen letzte Woche auf der Arab Health in Dubai die Region Stuttgart. Für den Wirtschaftsförderer Alexander Fromm war dieser Messebesuch ein erster Schritt, das Medizin- und Gesundheitsangebot des Landkreises erstmals in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit zu rücken.

„Auf Einladung der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH konnten wir die Region Stuttgart und damit auch unseren Landkreis in Dubai vertreten. Es ist die zweitgrößte Gesundheitsmesse der Welt und die größte im afro-arabischen Raum“, freut sich Landrat Edgar Wolff.

„Das Publikum in Dubai war von den Angeboten im Landkreis Göppingen sehr angetan“, ergänzt Alexander Fromm und erinnert sich beispielsweise an die Gespräche mit Sheik Mahmud Al Azzony, Chef einer der führenden Handelsgesellschaften für Medizinprodukte in Saudi-Arabien, der nicht nur großes Interesse an der neu entwickelten Diamantstaub-Zahncreme von Weckerle Cosmetics Eislingen zeigte. Für den Messeauftritt wurde der Wirtschaftsförderer von vielen Partnern aus dem Kreis unterstützt. Dank der guten Zusammenarbeit mit weiteren Partnern wie den Bädereingemeinden, den Kliniken, Rehaeinrichtungen, Firmen und Hochschulen konnten wir eine sehr ansprechende

zweisprachige „Gesundheitsbroschüre“ für unseren Landkreis gestalten und auf der Messe verteilen,“ so der Wirtschaftsförderer Alexander Fromm.

Kreisporträt in neuem Format

Buchpräsentation: „Landkreis Heidenheim – ganz persönlich“ im Lokschuppen vorgestellt

Beschreibungen des Landkreises Heidenheim gibt es bereits viele – eine Sammlung von persönlichen Eindrücken bekannter Persönlichkeiten und von Unternehmensporträts, wie Landrat Thomas Reinhardt sie am 25. Januar 2016 vorstellte, ist dagegen gänzlich neu. In rund einjähriger Arbeit hat die Landkreisverwaltung gemeinsam mit dem Neomedia Verlag ein ganz persönliches Porträt des Landkreises Heidenheim geschaffen, in dem 44 Autoren zu Wort kommen und 41 Betriebe und Unternehmen vorgestellt werden.

Im neuen Kreisporträt des Landkreises Heidenheim geht es um die persönlichen Eindrücke von Menschen, die im Kreis Heidenheim leben oder lebten, um ganz individuelle Erinnerungen und Anekdoten – um einen mit jedem Beitrag ganz neuen, spezifischen Blickwinkel auf diesen Landkreis. „Wir wollten keine abwaschbare Broschüre, gespickt von 08/15-Texten, sondern ein hochwertiges Buch, das die Besonderheiten unseres Landkreises, von Land und Leuten, widerspiegelt“, so Landrat Thomas Reinhardt. Zu der Buchpräsentation, bei welcher Rainer Wendorff vom Neomedia Verlag dem Landrat offiziell das erste Exemplar des Werkes überreichte, war auch ein Großteil der Autoren und Unternehmensvertreter, die an dem Werk mitgewirkt haben, gekommen.

Das Buch enthält auf 172 Seiten Beiträge von Persönlichkeiten aus der Politik, der Wirtschaft, dem sozialen Bereich, von Vertretern der Kirchen, der Medien, des Gesundheitsbereichs, Künstlern und

Kulturschaffenden, Historikern, Sportlern und vielen anderen mehr, die aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln die Vielfalt des Kreises aufzeigen. Die Autorenliste reicht dabei von U-21-Bürgerpreisträgerin Nina Schlenga über den künstlerischen Direktor der Opernfestspiele Marcus Bosch, Professor Nicholas Conard, wissenschaftlicher Direktor des Archäoparks, und Freunde-schaffen-Freude-Initiatorin Inge Grein-Feil bis zu FCH-Trainer Frank Schmidt und Verleger Hans-Jörg Wilhelm. „Damit ist unser neues Landkreisbuch gespickt mit originellen Geschichten, persönlichen Eindrücken und auch Hinweisen auf die Stärken ebenso wie auf manche Schwächen unserer Region – zusammen ergeben sie nun ein ganz individuelles Bild unseres Kreises“, so Landrat Reinhardt. Ebenso beeindruckend sei die Vorstellung der Unternehmen und Institutionen, die in dem Buch vertreten sind und deutlich machen, wofür die Betriebe am Wirtschaftsstandort Landkreis Heidenheim stehen: Heimatverbundenheit und beeindruckende Innovationsstärke. Hinzu kommen zahlreiche originelle und emotionale Bilder, die nicht nur die Landschaft, die Städte und Gemeinden mit ihren Sehenswürdigkeiten im Kreis, sondern auch die Bereiche Wirtschaft, Kultur, Brauchtum, Sport und soziales Leben in den Blick rücken.

Der erste Autor, der für dieses Projekt gewonnen werden konnte, war Dr. Michael Rogowski, der bei der Buchpräsentation seine Begeisterung für den Landkreis Heidenheim deutlich zum Ausdruck brachte: „Die Ostalb und der Kreis Heidenheim sind ein gigantisches Ferien- und Freizeitdorado.“ Besonders hob er etwa die Opernfestspiele, durch die sich „Heidenheim und der Kreis immer mehr zu einem auch überregional beachteten Zentrum der Musik- und Opernwelt“ entwickeln, das Bildhauersymposium, „ein bundesweit außergewöhnliches Projekt“, den Archäopark und die „weltweit ältesten Kunstwerke der Menschheit“, die in „unserer Heimat“



Blick ins neue Landkreisbuch: Landrat Thomas Reinhardt (rechts) und Dr. Michael Rogowski bei der Buchvorstellung

gefunden wurden, hervor. Nicht zu vergessen die Unternehmerlandschaft mit Kleinen, Mittleren und Großen des Handwerks, der Industrie und der Dienstleistungen: „Ideen, Fleiß und Beharrlichkeit haben sie zu dem gemacht, was sie sind: Champions, die uns alle stolz machen.“ Auch im Buch berichtet Dr. Rogowski von ganz persönlichen Erfahrungen ebenso wie von seinen individuellen Eindrücken vom Kreis Heidenheim, in dem er als ehemals Auswärtiger längst Wurzeln geschlagen hat. Und auch wenn er in seinem Beitrag auf manche Herausforderung für den Kreis hinweist, macht er doch deutlich, dass hier mehr als eine „wundervolle Landschaft“ geboten wird – insbesondere „wenn jemand eine Familie gründen möchte und sich die Frage stellt, was er seinen Kindern zum Beispiel bildungsmäßig auf engstem Raum bieten kann“. Ebenfalls in zweifacher Funktion kam der Gitarrist und Musikproduzent Sigg Schwarz zu dem Empfang: Als Autor, von Heidenheim aus „Rockin’ all over the world“, der aufgrund seines großen Erfolges mehr als einmal den Anlass gehabt hätte seine Heimat zu verlassen – ihr aber die Treue hält: „Musik für und in

Heidenheim zu machen ist mir wichtig. Diese Bilanz allein zählt mehr als 90 Konzerte mit 150 000 Besuchern. Damit versuche ich mit meinen Möglichkeiten die Kulturpalette in Heidenheim mitzugestalten.“ Gleichzeitig kam Sigg Schwarz als musikalischer Mitgestalter des Abends, der gemeinsam mit Sänger Andre Carswell die rund 100 geladenen Gäste begeisterte.

Info: Weitere Infos zum Buch sowie eine Leseprobe gibt es im Internet unter www.landkreisportraet-heidenheim.de. Ein Film von der Buchpräsentation ist im YouTube Channel des Landratsamtes Heidenheim eingestellt.

Anreiz für die Karriere mit Lehre

Landkreis Heidenheim vergibt erstmals Förderpreis Duale Ausbildung

Vertreter des Landkreises Heidenheim, der IHK Ostwürttemberg und der Handwerkskammer Ulm setzten am 19. Januar 2016 im Landratsamt Heidenheim ein klares Zeichen für die duale Berufsausbildung: An vier Auszubildende und drei Betriebe aus dem Landkreis Heidenheim

wurde der Förderpreis Duale Ausbildung vergeben, den der Landkreis im vergangenen Jahr erstmals ausgeschrieben hatte.

„Das duale System der beruflichen Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, um das wir weltweit beneidet werden – ein System aber auch, das aufgrund des demografischen Wandels und des wachsenden Trends zum Studium zunehmend unter Druck gerät“, so Landrat Thomas Reinhardt. Deshalb sei es unverzichtbar, dass alle Akteure – sprich Politik, Kammern und der Landkreis als Träger der beruflichen Schulen in Heidenheim – an einem Strang ziehen, um die berufliche Ausbildung „in hoher Qualität und in ausreichendem Umfang zu sichern“. Mit dem Förderpreis Duale Ausbildung, eine Empfehlung aus dem 2014 vom Kreistag verabschiedeten Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen, wolle der Landkreis einen weiteren Anreiz für Jugendliche bieten, sich für eine duale Berufsausbildung zu entscheiden, und noch mehr Unternehmen und Betriebe motivieren, Ausbildungsplätze mit einer attraktiven Ausgestaltung anzubieten. Bei der Auswahl der Preisträger standen nicht wie bei vielen anderen Preisen allein die bestmöglichen Noten und Abschlüsse im Vordergrund. „Wir wollen fördern, wenn sich jemand in besonderer Art beweist“, so Landrat Reinhardt.

Die Jury wählte vier Auszubildende, die sich das Preisgeld in Höhe von 2000 Euro teilen, und drei Betriebe als Preisträger aus: Marina Wachter (Ausbildung zur Friseurin, Cut & Style Sontheim), Natascha Hankl (Ausbildung zur Kauffrau Einzelhandel, Roller GmbH & Co. KG Heidenheim), Michael Meck (Ausbildung zum Fachlagerist, derzeit weitere Ausbildung zur Fachkraft für Lagerlogistik, Christian Maier GmbH & Co. KG Heidenheim), Franziska Kretz (Ausbildung zur Drechslerin, Drechslerei Weiss Sontheim), Karl Joas GmbH & Co. KG in Heidenheim, Extra Computer GmbH in Giengen, Hotel-Restaurant Linde in Heidenheim.



Der Landkreis Heidenheim hat erstmals einen Förderpreis Duale Ausbildung vergeben. Landrat Thomas Reinhardt (links), Klaus Moser (vierter von links), Hauptgeschäftsführer der IHK Ostwürttemberg, und Dr. Tobias Mehlich (rechts), Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, überreichten die Auszeichnungen an, Björn Kapfer (von links), stellvertretender Ausbildungsleiter der Extra Computer GmbH, Marina Wachter, Natascha Hankl, Roland Kretz (übernahm die Auszeichnung stellvertretend für seine Tochter Franziska Kretz), Michael Meck, Bernhard Herbst, Vorstand Karl Joas GmbH & Co. KG, und Benjamin Bosch (stellvertretend für Martin Bosch), Hotel-Restaurant Linde.

Der Förderpreis Duale Ausbildung wurde 2015 das erste Mal ausgelobt und wird vom Landkreis Heidenheim gestiftet. Kreisrat Ulrich Knöllner hat den Förderpreis 2015 um 500 Euro auf 2000 Euro aufgestockt. Preisträger können Auszubildende und Ausbildungsbetriebe im Landkreis Heidenheim aus den Branchen Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistung sein. Kriterien bei den Auszubildenden sind unter anderem rollenuntypische Berufswahl oder individuelle persönliche Leistungsvoraussetzungen. Kriterien bei Ausbildungsbetrieben sind unter anderem besonderes Engagement für die Ausbildung oder besondere Projekte mit Auszubildenden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern des Landkreises, der Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg, der Handwerkskammer Ulm / Kreishandwerkerschaft Heidenheim und der beruflichen Schulen in Heidenheim. Der Förderpreis Duale Ausbildung wird auch im Jahr 2016 wieder ausgelobt. Ein Film von der Preisverleihung ist im YouTube Channel des Landratsamtes Heidenheim eingestellt.

Intensiver Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern mit Politikern des Kreistags – Erfolgreiche Fortsetzung der landesweiten Initiative „Was uns bewegt“

Welche politischen Fragen bewegen derzeit junge Menschen? Was erwarten sie von der Politik und konkret von der Kreispolitik? Um dies herauszufinden und in einem offenen Dialog zu diskutieren hat Landrat Dr. Christoph Schnaudigel die Fraktionsvorsitzenden des Kreistags in die Handelslehranstalt (HLA) in Bruchsal eingeladen. Im Vorfeld hatten sich die über 100 Schülerinnen und Schüler der 12. Klassen der HLA mit dem Landkreis Karlsruhe, dem Kreistag und seinen Aufgaben auseinandergesetzt und Themenschwerpunkte festgelegt. Beherrschendes Thema war die Asyl- und Integrationspolitik, daneben stand auch die Thematik Mobilität / Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) auf der Agenda.

Aufgeteilt in kleinere Gruppen hatten die Schülerinnen und Schüler ausreichend Zeit, sich bei den Vertretern des Kreistags über das aktuelle Geschehen und deren

Einschätzung zu erkundigen. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, die Fraktionsvorsitzenden des Kreistags Ulli Hockenberger (CDU), Markus Rupp (SPD) und Christine Geiger (Bündnis 90/Die Grünen), Martin Büchner für die Freien Wähler, Prof. Dr. Jürgen Wacker für die FDP sowie die Bruchsaler Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick berichteten zunächst über die Situation im Landkreis und erläuterten Hintergründe. Ergänzend dazu stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes Karlsruhe und der HLA, die jeden Tag mit Asylbewerbern oder ehrenamtlich Engagierten in Kontakt sind, ihre Aufgaben und ihren Arbeitsalltag vor. Die jungen Menschen bekamen damit einen direkten Blick hinter die Kulissen und die Themen wurden so viel greifbarer.

Insbesondere im Bereich Asyl- und Integrationspolitik stellte sich heraus, dass sich die Schülerinnen und Schüler sehr dafür interessieren, jedoch kaum Kontakt zu Asylbewerbern haben. Aus den Gesprächen mit den Politikern entstanden Ideen, wie dies verbessert werden könnte, z.B. durch Besuche in den GU vor Ort, organisieren von gemeinsamen Aktivitäten, Patenschaften oder auch Begrüßungsveranstaltungen, wenn die Asylbewerber ankommen.

In den lebhaften Diskussionen ging es unter anderem auch darum, warum es nur an den Beruflichen Schulen und nicht an den weiterführenden allgemeinen Schulen Deutschkurse für Asylbewerber gibt, da sie immens wichtig für die Integration seien und daher am besten verpflichtend sein sollten. Auch das Thema Sicherheit nahm angesichts der Ereignisse in Köln und Hamburg breiten Raum ein und zeigte, dass eine zeitnahe und sachliche Berichterstattung über die Medien für die jungen Menschen wichtig ist. Die Schülerschaft erwartet außerdem von der Politik, mehr in die innere Sicherheit zu investieren, um das Zusammenleben friedlich zu gestalten. Darüber hinaus war die einhellige Meinung, dass eine umfassende Aufklä-



Die Handelslehranstalt in Bruchsal war Schauplatz intensiver Diskussionen zwischen Schülerinnen, Schülern und Politikern im Rahmen der zweiten Veranstaltung des Landkreises Karlsruhe unter dem Motto „Was uns bewegt – Jugendliche und Politiker im Gespräch“.

rung der Bevölkerung wichtig sei, um Gerüchte und falsche Eindrücke zu unterbinden und damit insbesondere der rechten Szene keinen Raum für Stimmungsmache zu bieten. Im Bereich Mobilität/ÖPNV forderten die Schülerinnen und Schüler eine verbesserte Kundentreue sowie Mindeststandards an Komfort.

Die Veranstaltung an der HLA war die Fortsetzung der im Sommer 2014 an den Beruflichen Schulen Ettlingen begonnenen Veranstaltungsreihe „Was uns bewegt“, mit der junge Menschen an die Politik herangeführt werden sollen. Die Politiker zeigten sich beeindruckt vom Engagement der Schülerinnen und Schüler und haben durch die konkreten Ergebnisse und Forderungen Ansatzpunkte bekommen, die sie in die Kreispolitik einfließen lassen können.

Landkreistag begrüßt Landesgesundheitsgesetz – Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp: „Rolle der Kommunen wird erkennbar gestärkt!“

„Das am 16. Dezember 2015 vom Landtag beschlossene Landesgesundheitsgesetz wird dazu beitragen, dass die verschie-

denen Initiativen und Aktivitäten zur Stärkung der medizinischen Versorgung im Land zukünftig noch stärker aufeinander abgestimmt und vernetzt werden als bislang“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Prof. Eberhard Trumpp am 16. Dezember 2015 in Stuttgart. „Das Gesetz schafft Möglichkeiten, die Gesundheitsversorgung regional mitzugestalten“, erläuterte Trumpp. „Dies ist uns wichtig, denn die wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung ist gerade auch in Zeiten des demografischen Wandels ein zentrales Anliegen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge.“

Hauptgeschäftsführer Prof. Trumpp zeigte sich auch erleichtert, dass es im Hinblick auf die kommunalen Gesundheitskonferenzen zu einem Kompromiss mit dem Land gekommen ist. „Die kommunalen Gesundheitskonferenzen sind der Dreh- und Angelpunkt, wenn es darum geht, Prävention und Gesundheitsförderung vor Ort umzusetzen und die medizinische Versorgung intelligent sicherzustellen“, betonte Trumpp. „Ich bin daher den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfaktionen, Frau Sitzmann und in besonderer Weise Herrn Schmiedel, dafür dankbar, dass sie auf der Schlussgeraden noch einen Änderungs-

antrag auf den Weg gebracht haben, wonach für die Durchführung von kommunalen Gesundheitskonferenzen ein finanzieller Ausgleich fließen wird.“

Entsorgungssicherheit garantieren, Bauschuttverwertung fördern – Landkreistag und Städtetag positionieren sich zur Entsorgung von Bauabfällen

„Entsorgungssicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor. Die kommunale Abfallwirtschaft hierzulande steht daher zu ihrer Verantwortung, die Beseitigung von mineralischen Abfällen und insbesondere von Bauschutt sowie Bodenaushub auf Deponien dauerhaft zu gewährleisten“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Prof. Eberhard Trumpp, am 14. Januar 2015 in Stuttgart. „Stadt- und Landkreis werden daher in Zukunft noch enger zusammenarbeiten, um überall im Land die reibungslose Entsorgung von mineralischen Abfällen sicherzustellen. Jeder, der zu deponierenden Abfall beseitigen möchte, wird von den entsorgungspflichtigen Kommunen verlässlich darüber informiert, wo eine Ablagerung in Betracht kommt“, erläuterte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, OB'in a. D. Gudrun Heute-Blum. „Wichtig ist uns allerdings auch, dass der Vorrang der Verwertung eingehalten wird. Dies gilt umso mehr, als mineralische Baumassenabfälle die mengenmäßig bei weitem größte Abfallfraktion sind“, betonte Heute-Blum. „Die kommunalen Deponiebetreiber werden daher in Zukunft genauer nachfragen, ob bei Baumaßnahmen anfallender Bodenaushub oder Bauschutt nicht doch noch verwertbar ist. So können beispielsweise gute Böden zur Bodenverbesserung eingesetzt, abgebrochene Gebäudeteile in Bauschuttrecyclinganlagen aufbereitet werden“, hob Trumpp hervor.

„Die Recyclingwirtschaft muss konsequent gestärkt und kostbarer Deponieraum geschont werden. Dazu gehört auch, dass man sich bei Bauprojekten bereits in der Planungsphase intensiv mit der Frage der Abfallverwertung beschäftigt“, unterstrichen die Hauptgeschäftsführer von Landkreistag und Städtetag, Eberhard Trumpp und Gudrun Heute-Bluhm.

Energiepolitik des Landkreises Lörrach ausgezeichnet

Umweltminister Untersteller überreicht European Energy Award

Aus den Händen von Umweltminister Franz Untersteller erhielt Frau Landrätin Marion Dammann für den Landkreis Lörrach am 2. Februar im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung in Maulbronn den European Energy Award (eea) in Silber. Nach einem zweijährigen, arbeitsintensiven Zertifizierungsprozess wird der Kreis damit für sein Engagement in Sachen Energiewende und Klimaschutz ausgezeichnet. Marion Dammann: „Ich freue mich sehr über die gelungene Teilnahme an der eea-Zertifizierung. Denn sie bestätigt, dass sich unser Landkreis mit seinen energiepolitischen Maßnahmen erfolgreich positioniert hat. Wir wollen damit einen aktiven Beitrag zur Energiewende leisten und auch mit gutem Beispiel vorangehen.“

Der eea ist ein international anerkanntes Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren, das Kommunen und Landkreise bei der Umsetzung einer zukunftsfähigen Energie- und Klimaschutzpolitik unterstützt. Nach einer ersten „Ist-Analyse“, erreichte der Landkreis im Oktober 2014 mit seinen bisherigen Maßnahmen und Konzepten in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien nach der eea-Systematik einen Punktwert von 43 %. Bis zum Abschluss



der Zertifizierung im Dezember 2015 konnte der Kreis sein Ergebnis auf 56 Prozent steigern und überschritt damit den erforderlichen Mindestwert für eine Zertifizierung um sechs Prozentpunkte.

Um den hohen Anforderungen der Auszeichnung gerecht zu werden, wurden in den vergangenen zwei Jahren alle Aktivitäten in Sachen Energie und Klimaschutz gebündelt und nachhaltig weiterentwickelt. „Der Kreistag hat sich in diesem Zusammenhang einer ganz neuen Zielsetzung geöffnet, die Energiewende zum strategischen Schwerpunktthema gemacht und sich damit langfristig politisch verpflichtet“, lobt Ulrich Hoehler, Erster Landesbeamter und Dezernent für Mobilität, Umwelt und Strukturpolitik. Maßgeblich unterstützt wurde das Landratsamt bei der eea-Zertifizierung von der Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH. Ein wichtiges Ergebnis der intensiven Arbeitsphase ist ein dreijähriges energiepolitisches Arbeitsprogramm (EPAP), das etwa 60 Einzelprojekte beinhaltet, die nun nach und nach umgesetzt werden.

Die Aktivitäten der Kommune rund um das Thema Energie und Klimaschutz sind vielfältig: Grundsätzlich möchte der Landkreis laut Strategie-Beschluss des Kreistages die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 2012 bis 2025

kreisweit um 25 % und bis 2050 sogar um mindestens 56 % senken. Die Abfallwirtschaft erreichte mit der energetischen Verwertung von Abfällen im eea-Prozess das beste Punkteergebnis.

Neue Stabsstelle – Landrat Frank Scherer erklärt Breitband-Ausbau zur Chefsache

Fachbüro übernimmt fachliche und technische Unterstützung bei der Umsetzung des Breitband-Masterplans

Der Ortenaukreis setzt den vom Kreistag vergangenen Dezember verabschiedeten straffen Handlungsplan für ein kreisweites Hochgeschwindigkeitsnetz in die Tat um. Am 12. Januar 2016 wurde der Masterplan für das glasfaserbasierte Backbone-Netz präsentiert, der neben technischen Planungen für das gesamte Kreisgebiet auch Möglichkeiten interkommunaler und kreisübergreifender Kooperationsmöglichkeiten beinhaltet. Am 20. Januar 2016 wählten Vertreter der Kommunen und des Landratsamts in der „Lenkungsgruppe Breitband“ das externe Planungsbüro Geo Data GmbH aus, das die fachlich-technische Umsetzung koordinieren soll.

Gleichzeitig informierte Landrat Frank Scherer, dass er für die weitere Begleitung des Prozesses die „Stabsstelle Breitband“ gegründet hat, die ihm direkt zugeordnet ist. Elemente dieser Stabsstelle sind das Fachbüro sowie die Lenkungsgruppe. Geleitet wird sie von Dr. Diana Kohlmann, stellvertretende Dezernentin für den ländlichen Raum beim Landratsamt und bisherige Projektleiterin der Breitband-Initiative. „Ich möchte, dass der Ausbau unserer Medieninfrastruktur zügig vorangeht“, sagt Scherer. „Bis Ende 2020 soll die Ortenau im Wesentlichen mit einer Breitband-Internet-Versorgung ausgerüstet sein.“

Kleinere Gemeinden sind im Ortenaukreis noch immer von einem schnellen Internet abgeschnitten. „Dabei ist eine High-Speed-Internetanbindung heute ein Grundbedürfnis unserer Bevölkerung und zählt zur notwendigen Grundversorgung. High-Speed-Internet ist ein ent-

scheidender Standortfaktor im digitalen Zeitalter. Für unsere Wirtschaftsunternehmen und Kommunen ist ein Breitbandanschluss längst genauso wichtig wie eine angemessene Verkehrsanbindung. Deswegen darf gerade der ländliche Raum beim Hochgeschwindigkeits-Internetzugang nicht abgehängt werden“, betont Scherer.

Der Ortenaukreis strebt Breitband für alle bis Ende 2020 an. Die Vergabe der ersten Bauarbeiten und der Baubeginn der Backbone-Segmente sollen bis September 2017 erfolgen. „Bis dahin haben wir eine Menge zu tun“, erklärt Diana Kohlmann, „dabei werden uns die Profis von Geo Data fachlich unterstützen. Sie sind zudem Moderator und Ansprechpartner für alle Belange der Ortenauer Kommunen und unterstützen beispielsweise bei Förderanträgen, bereiten planerische Grundlagen auf, erstellen eine Marktanalyse, prüfen die

Wirtschaftlichkeit und führen Gespräche mit potenziellen Netzbetreibern“, so Kohlmann.

Als nächster Schritt stehen Beratungen und Entscheidungen im Rahmen der Finanzierungsplanung in Bezug auf die verschiedenen Fördermodelle des Landes Baden-Württembergs und des Bundes an. „Der Zeitpunkt für den Breitbandausbau im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten war noch nie günstiger als jetzt, im besten Fall können wir mit einer Förderung von über 90 Prozent rechnen“, sagt Kohlmann.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik, der vergangenen September als Sofortmaßnahme bereits Gelder in Höhe von insgesamt 250 000 Euro für die Verlegung von Leerrohren bei Straßenbaumaßnahmen und für das Fachbüro bereitstellte, wird sich in seiner nächsten Sitzung mit den weiteren Schritten befassen.



SPEKTRUM

Soziales

Bundesprogramm für ältere Langzeitarbeitslose im Ortenaukreis endet nach zehn Jahren – Mehr als 3000 Arbeitsmarkt- integrationen durch „Perspektive 50plus“

Das Projekt „Perspektive 50plus“ zur Integration von Langzeitarbeitslosen über 50 Jahre in den Arbeitsmarkt endete nach zehnjähriger Laufzeit zum 31. Dezember 2015. Das in der Kommunalen Arbeitsförderung (KOA), dem Jobcenter des Ortenaukreises, umgesetzte Programm des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) kann eine durchweg positive Bilanz vorweisen: Seitdem die KOA, die zunächst von einem Trägerverein umgesetzte Projektarbeit ab 2008 in Eigenregie übernommen hat, wurden 3118 Ortenauer, die Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) bezogen, wieder in Lohn und Brot gebracht. Durch die Beteiligung am Bundesprogramm sind seit 2008 insgesamt 17,67 Millionen Euro in den Ortenaukreis geflossen. Mit dem Ende des bundesweiten Programms und der Förderung durch das BMAS endet auch die Zielgruppenarbeit für Ältere bei der KOA.

„Die hervorragenden Integrationszahlen konnten durch eine intensive Betreuung der Projektteilnehmer sowie viele innovative Maßnahmen und Aktionen mit und für die Zielgruppe erreicht werden“, resümiert Armin Mittelstädt, Amtsleiter der KOA. So hat ein Persönlicher Ansprechpartner ca. 100 Arbeitsuchende betreut, was im Vergleich zum Regel-



Die „Perspektive 50plus“ im Landratsamt Ortenaukreis endet nach zehnjähriger Projektarbeit. Gemeinsam mit acht weiteren Jobcentern in Baden-Württemberg, die sich im Oktober 2015 letztmalig zu einer Tagung in Freiburg trafen, wurden rund 10 300 Arbeitslosengeld II-Empfänger über 50 Jahre wieder in den Arbeitsmarkt integriert.

geschäft eines Jobcenters eine wesentlich individuellere Beratung ermöglichte. Darüber hinaus konnten Projektteilnehmer passgenau für eine freie Stelle qualifiziert, Unternehmen bei der Einstellung eines Langzeitarbeitslosen finanziell gefördert und das zielgruppenspezifische Know-how des Projektteams durch Schulungen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Um die Gesellschaft und insbesondere Arbeitgeber dafür zu sensibilisieren, dass Arbeitnehmer über 50 Jahre Vorzüge wie Erfahrung, Gelassenheit und Weitsicht mitbringen, betrieb die „Perspektive 50plus“ zudem eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehörten neben Vortragsveranstaltungen für Unternehmen etwa auch eine Online-Jobbörse sowie Publikationen wie Bewerberbroschüren.

„Auch die Bereitschaft vieler Unternehmen in der Region, sich auch entgegen verbreiteter Vorurteile langzeitarbeitsloser Menschen mit sogenannten multiplen Vermittlungshemmnissen zu öffnen, hat wesentlich zum Erfolg des Projekts beigetragen. Dafür sagen wir herzlichen Dank“, so Projektleiter Christian Klemp.

Das Bundesprogramm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ basierte auf einem regionalen Ansatz und wurde von 78 regionalen Beschäftigungspakten unterstützt. Um die Beschäftigungsfähigkeiten und -chancen älterer Langzeitarbeitsloser im gemeinsamen Verbund und Austausch zu verbessern, hatte sich die Kommunale Arbeitsförderung mit den Jobcentern in den Kreisen Biberach,

Bodenseekreis, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Freiburg, Lörrach, Tuttlingen und Waldshut zum „Beschäftigungspakt Südwest“ abgeschlossen. Dieser konnte bis Projektende rund 10 300 Menschen in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln. Wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse der Projektarbeit werden in den neun Jobcentern auch zukünftig Anwendung finden.

Landes-Behindertenbeauftragter Gerd Weimer besucht MH Mobil Hohenlohe – Integration von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt bedeutende Aufgabe

Der Landes-Behindertenbeauftragte Gerd Weimer hat Mitte Dezember 2015 die MH Mobil Hohenlohe GmbH in der Hofratsmühle in Künzelsau besucht. Begrüßt wurde er von Landrat Dr. Matthias Neth und der Geschäftsführerin Annette Wolf. Weimer wollte die MH nicht nur kennen lernen, sondern im Gespräch die Kernpunkte des Erfolgs des Integrationsbetriebes in kommunaler Trägerschaft erörtern. Neben dem Ersten Landesbeamten nahmen der Sozialdezernent, seine Nachfolgerin sowie die Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprecher des

Kreistags und Mitarbeitende von AIH und MH beim gemeinsamen Gespräch und Erfahrungsaustausch teil.

Weimer sieht die MH Mobil Hohenlohe als einzigartiges Erfolgsmodell, da Landkreis und Kommunen des Landkreises das Unternehmen aktiv durch Inanspruchnahme von Dienstleistungen unterstützen. Dadurch werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen und die Sozialhaushalte entlastet. „Wir haben eine gute Verbindung zu den Kommunalverwaltungen. Die MH ist nicht gemeinnützig, sondern stellt sich bewusst dem Markt, um den Mitarbeitenden eine Basis für selbstverständlich gelebte Inklusion im ‚ganz normalen‘, freiwirtschaftlichen Arbeitsalltag zu ermöglichen“, ergänzt Landrat Dr. Matthias Neth.

Weimer zeigte sich überzeugt vom Konzept und stellte Überlegungen an, ob und wie ein solches Modell auf andere Landkreise übertragbar sein könnte. Er bedauerte, dass noch immer ein Stillstand bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Schwerbehinderung festzustellen sei.

Die MH Mobil Hohenlohe GmbH wurde im November 2011 als 100 %-ige Tochter

der AIH gGmbH gegründet. In Integrationsbetrieben arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung zusammen. Im MH wird dies ganz selbstverständlich gelebt und so ist hier Inklusion eine Selbstverständlichkeit. Die MH bietet vielfältige Dienstleistungen rund um Haus und Garten an. Sie wird zu ca. 70 % von Landkreis und Kommunen und zu ca. 30 % von Unternehmen und Privathaushalten beauftragt.

Neuer Seniorenwegweiser für den Landkreis Emmendingen – Broschüre für alle Lebenslagen von Senioren

Jeder fünfte Einwohner im Landkreis Emmendingen ist 65 Jahre oder älter. An diese Personengruppe, die rund 30 000 der 160 000 Einwohner umfasst, richtet sich der neue Seniorenwegweiser des Landratsamtes Emmendingen.

Die Broschüre, die alle zwei Jahre aktualisiert und ergänzt wird, wurde in diesem Jahr bereits in der 7. Auflage veröffentlicht. Seit 2003 ist der Seniorenwegweiser für ältere Menschen, aber auch für deren Angehörige eine wichtige Informationsquelle bei der Suche nach ambulanten oder stationären Angeboten für Seniorinnen und Senioren. Auf 116 Seiten enthält das neue Heft viele Informationen zu Freizeiteinrichtungen, Beratung, medizinische, ambulante und stationäre Angebote für Betreuung und Pflege im Landkreis Emmendingen. Das Heft ist eine wichtige Informationsquelle mit vielen Adressen und Tipps. Aufgrund des gestiegenen Beratungsbedarfes und der aktuellen Entwicklung wurden in die neue Ausgabe erstmals auch Informationen zu Haushalts- und Pflegehilfen aus dem europäischen Ausland aufgenommen.

Die Redaktion des Seniorenwegweisers hat das Seniorenbüro des Landratsamtes übernommen, die grafische Gestaltung und Druckabwicklung erfolgte durch eine auf Seniorenbroschüren spezialisierte Agentur in Pforzheim.



Landrat Dr. Matthias Neth (4. v. r.) freute sich über den Besuch von Landes-Behindertenbeauftragten Gerd Weimer (5. v. l.), gemeinsam mit dem Ersten Landesbeamten, dem Sozialdezernent, seiner Nachfolgerin sowie den Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprechern des Kreistags und Mitarbeitenden von AIH und MH.



Fachbereichsleiter Sonderdienste und Sozialplaner Gerhard Hornung, die Seniorenbeauftragte Barbara Reek und Sozialdezernentin Dr. Ulrike Kleinknecht-Strähle präsentieren den neuen Seniorenwegweiser für den Landkreis Emmendingen (von links nach rechts).

Das neue Heft wurde in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckt und wird kostenlos über das Landratsamt und die Rathäuser an die ältere Generation ausgegeben. Der Seniorenwegweiser ist auch im Internet unter www.landkreis-emmendingen.de veröffentlicht.

„gipfelstürmer-zukunft.de“ – die Orientierungshilfe für junge Menschen – Informations- plattform für die berufliche Zukunft

Seit 25. Januar ist die Website www.gipfelstürmer-zukunft.de der Koordinierungsstelle „Übergang Schule – Beruf“ des Landratsamtes Karlsruhe online. Sie bietet jungen Menschen, die sich an der Schwelle zum Eintritt ins Berufsleben befinden, einen umfassenden Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten und Angebote und unterstützt bei der Entwicklung der eigenen Perspektive für die berufliche Zukunft. Dazu bündelt sie alle regionalen Angebote im Bereich „Übergang Schule – Beruf“ im Landkreis Karlsruhe und zeigt weitere Unterstützungsmöglichkeiten auf.

Junge Menschen können sich auf diesem Weg über die verschiedenen Bildungswege in Baden-Württemberg, weiterführende Schulen, konkrete Unterstützungsangebote für unterschiedliche Anforderungen und Zielgruppen sowie über aktuelle Veranstaltungstermine informieren. Mit diesen Hinweisen und Tipps können junge Menschen einen passgenauen Weg für sich entwickeln und direkt Kontakt zu den entsprechenden Ansprechpartnern aufnehmen. Weiterhin bietet sich die Website als Wissensquelle und Nachschlagewerk für Eltern, Lehrkräfte und weitere Fachkräfte an, die junge Menschen in diesem Lebensabschnitt beraten und begleiten. Damit leistet die Website einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Ziele des Aktionsbündnisses „Übergang Schule – Beruf“ im Landkreis Karlsruhe und trägt dazu bei, die Ausbildungskompetenz junger Menschen zu stärken und die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern. Weitere Informationen erteilt die Koordinierungsstelle Übergang Schule – Beruf des Landratsamtes Karlsruhe unter Telefon: 07 21/9 36-6 84 80.

Schulen

Hohenlohekreis: Einweihung der Eberhard-Gienger-Halle und der neuen Kletterwand

„Schön ist sie geworden!“ Mit diesen Worten begrüßte Landrat Dr. Matthias Neth die geladenen Gäste zur Einweihung der grundlegend sanierten Eberhard-Gienger-Halle.

Mit den Osterferien 2015 begannen die Arbeiten an der 1975 erbauten Sporthalle. Die Liste der Arbeiten, die durchgeführt wurden, ist lang. So wurden zum Beispiel die Trinkwasserleitungen komplett ausgetauscht und die Dusch- und Umkleibereiche neu und barrierefrei gestaltet. Ein speziell auf die Nutzung der Sporthalle abgestimmter Hallenboden wurde eingebaut, welcher zudem Schutz vor Verletzungen bietet. Rund 20 Firmen waren an der Sanierung und Umgestaltung der Halle beteiligt. Rund 1,4 Mio. Euro beträgt die Investitionssumme für den Hohenlohekreis. Das Land Baden-Württemberg gewährte einen Zuschuss in Höhe von 404 000 Euro.

„Ich freue mich, dass die Arbeiten erfolgreich abgeschlossen und ein Raum geschaffen wurde, der einen zeitgerechten Sportunterricht ermöglicht, aber auch Anreize bietet, für weitere sportliche Aktivitäten in Vereinen mit unterschiedlichen Angeboten“, so Neth.

Schulleiter Volker Stephan dankte im Namen der drei beruflichen Schulen für die Sanierung und Neugestaltung der Sporthalle und freut sich darüber, die Halle zusammen mit den Schülern wieder in Betrieb nehmen zu können.

Eine Besonderheit stellt die neu eingebaute Kletterwand dar. Im Standardprogramm für Sporthallen ist diese nicht vorgesehen. Finanziert wurde die Kletterwand durch Spenden von der Organisation „Round Table“, die in einer Wasserlottoaktion im Sommer dafür 7000 Euro einnahmen. Die Fördervereine der Kaufmännischen Schule Künzelsau, der Ge-



Landrat Dr. Matthias Neth (Mitte) weihte die sanierte Eberhard-Gienger-Halle gemeinsam mit Volker Stephan, Schulleiter der Karoline-Breitinger-Schule Künzelsau (links), Hermann Walter (2. v.l.), Ruth Henn, Schulleiterin Gewerbliche Schule Künzelsau (3. v.l.), Ursula Berner (4. v.l.), Florian Amler (3. v.r.), Gerald Bollgönn, Schulleiter der Kaufmännischen Schule Künzelsau (2. v.r.) und Matthias Uebele (rechts) ein.

werblichen Schule Künzelsau und die Albert Berner-Stiftung spendeten jeweils 2000 Euro.

Landrat Dr. Matthias Neth dankte herzlich für diese großzügigen Spenden. Der Vorsitzenden von „Round Table“, Florian Amler, sieht die Spende in dieser Kletterwand als sehr gute Investition für die Nutzer der Sporthalle. Die Kletterwand wurde im Rahmen der Einweihungsfeier mit einer Klettervorführung in Betrieb genommen.

**Hohenlohekreis:
Übergabe Schulbauförderbescheid
für die Gewerbliche Schule Öhringen**

Landrat Dr. Matthias Neth hat am 1. Dezember 2015 von Regierungspräsident Johannes Schmalzl einen Schulbauförderbescheid in Höhe von 3,195 Millionen Euro für die Gewerbliche Schule Öhringen überreicht bekommen. Im Jahr 2014 erhielt die Schule bereits einen Förderbescheid über die Summe von 1,6 Millionen Euro vom Land Baden-Württemberg. Landrat Dr. Matthias Neth bedankte sich für die Förderung des Großprojektes

und die gute Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium. „Ich freue mich sehr über diese Förderung durch das Land Baden-Württemberg. Die Sanierung der Gewerblichen Schule Öhringen schreitet planmäßig voran.“



Landrat Dr. Matthias Neth (Mitte) zusammen mit Regierungspräsident Johannes Schmalzl (rechts) und Schulleiter Wolfgang Roll (links) bei der Übergabe des Förderbescheids in der Gewerblichen Schule Öhringen.

Gemeinsam mit Regierungspräsident Schmalzl und Schulleiter Roll machte sich Neth im Anschluss ein Bild von den aktuellen Sanierungsarbeiten in der Gewerblichen Schule in Öhringen. Schmalzl betonte: „Die gemeinsamen Investitionen von Kreis und Land in unsere Schullandschaft sind gut angelegtes Geld und Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen.“

Anlass für den Besuch in Öhringen war die jährliche Arbeitsbesprechung von Regierungspräsident und Landrat zu den zentralen Themen Schule und Bildung, Flüchtlinge, Haushalt und Verkehrsinfrastruktur.

**Landkreis Rastatt: Exzellente Noten
für Astrid-Lindgren-Schule Iffezheim
bei Fremdevaluation**

Ein glänzendes Zeugnis wurde der Astrid-Lindgren-Schule Iffezheim im Rahmen der Fremdevaluation ausgestellt. Die vom Landesinstitut für Schulentwicklung durchgeführte Bewertung gibt Aufschluss über viele Bereiche des schulischen Lebens und zeigt Entwicklungsfelder auf.



In 13 von 22 bewerteten Merkmalen erhielt das sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentrum mit Förderschwerpunkt Sprache die Exzellenzstufe, die Bestnote im vierstufigen Bewertungsschema. In weiteren neun Merkmalen wurde der Landkreisschule die Zielstufe, den von jeder pädagogischen Einrichtung anzustrebenden Standard, bescheinigt.

Bei der datengestützten Rückmeldung des Landesinstituts für Schulentwicklung werden Interviews mit Schülern, Eltern, Lehrern und Schulleitung geführt sowie Unterrichtssituationen beobachtet. Darüber hinaus erfolgt ein Schulhausrundgang.

Schulleiterin Ulrike Jasse: „Wir freuen uns ungemein, dass wir bei der mit dem professionellen Blick von außen erfolgten Bewertung so überragend abgeschnitten haben. Das ist eine schöne Bestätigung unserer Arbeit“. Im jetzt vorgestellten Evaluationsbericht wird darauf verwiesen, dass die Astrid-Lindgren-Schule alle Qualitätsstandards erfüllt hat und durch ihre kontinuierliche Arbeit keine Entwicklungsfelder aufweist. Auch Anja Bauer, die Leitende Schulamtsdirektorin des Staatlichen Schulamtes Rastatt, zeigte sich hocherfreut über das Ergebnis: „Ich bin sehr stolz auf meine Sprachheilschule“.

Zudem wird der Schule bescheinigt, dass sich Lehrkräfte und Schulleitung mit hohem Engagement und Herzlich-

keit um jedes einzelne Kind und seine individuelle Förderung kümmern. Besonders hervorgehoben wird die Erziehungspartnerschaft mit den Eltern, die in der Astrid-Lindgren-Schule in vielfältiger Weise gelebt werde und einen herausragenden Stellenwert genieße.

Großes Lob erfahren die pädagogischen Konzepte, die in sich schlüssig seien und regelmäßig an neue Anforderungen angepasst würden. Besondere Pluspunkte gab es für die Lesekonzeption der Schule, so für die regelmäßig durchgeführten „Leseabenteuer“ und insbesondere das seit diesem Schuljahr laufende Projekt „Leseförderung durch Vorlesen“. Dabei wird dreimal wöchentlich allen Kindern von Klassenstufe 1 bis 4 und den Vorschulkindern des Schulkindergartens etwa fünfzehn Minuten lang vorgelesen, um die Lesekompetenz zu stärken.

Auch hinsichtlich der räumlichen Unterbringung liest sich der Abschlussbericht aus Sicht des Schulträgers Landkreis Rastatt äußerst positiv: „Die Schule ist in einem architektonisch ansprechenden Gebäude untergebracht, das im Inneren funktional, ästhetisch und sorgfältig gestaltet ist. Im ganzen Schulhaus befinden sich künstlerische Arbeiten, vor allem mit Bezug zur Namensgeberin der Schule. Die Gestaltung der Klassenräume, die Nutzung der Flure als Arbeitsraum sowie eine besonders reichhaltige Ausstattung mit Arbeits-, Spiel- und

Lesematerial sorgen für eine lernförderliche, anregende Atmosphäre“.

Rund 170 Kinder aus dem Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden besuchen derzeit die Astrid-Lindgren-Schule und den angeschlossenen Schulkindergarten.

Lernfabrik 4.0 – Zentren beruflicher Schulen des Rhein-Neckar-Kreises haben den Wettbewerb des Finanz- und Wirtschaftsministeriums gewonnen

Große Freude bei Landrat Stefan Dalling, der Kreisverwaltung und den Leitern der beruflichen Schulen in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises. Der einwohnerstärkste Landkreis ist einer von 15 baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen, der den Landeswettbewerb Lernfabrik 4.0 gewonnen hat. Unter Federführung der Hubert-Sternberg-Schule am Zentrum beruflicher Schulen in Wiesloch und unter Beteiligung aller weiteren beruflichen Schulen in seiner Trägerschaft sowie dem Amt für Nahverkehr und Wirtschaftsförderung im Landratsamt hat sich der Rhein-Neckar-Kreis um diesen Wettbewerb des baden-württembergischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums beworben.

Das Besondere im Rhein-Neckar-Kreis ist, dass sich alle fünf Zentren beruflicher Schulen mit einem gemeinsamen Konzept um die Lernfabrik 4.0 beworben haben. Jede Schule hat dabei ihre standortspezifischen Stärken und Schwerpunkte eingebracht. „Alle beruflichen Schulen und die Kreiswirtschaftsförderung haben an einem Strang gezogen“, lobt Klaus Heeger, Fachleiter an der Hubert-Sternberg-Schule und verantwortlich für die Bewerbung die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Und sagte weiter: „Mit der Lernfabrik 4.0 gewinnen unsere beruflichen Schulen ein weiteres Alleinstellungsmerkmal im internationalen Wettbewerb und werden fit für die Zukunft gemacht.“ Industrie 4.0 werde vor allem die Arbeitsbedingungen



nachhaltig verändern. Auf diese Entwicklungen müssen die Verantwortlichen Lehrer und Schulträger die Fachkräfte von morgen und die Beschäftigten vorbereiten. Wegen der komplexen Abläufe bei Industrie-4.0-Prozessen sei es wichtig, die Fachkräfte in möglichst praxisnahen Lernumgebungen aus- und weiterzubilden. „Die Lernfabrik ist hierfür ein ideales Instrument“, freut sich auch der Leiter der Hubert-Sternberg-Schule, Jürgen Becker. In den Lernfabriken werden die Schülerinnen und Schüler an die Bedienung von Anlagen auf der Basis realer Industriestandards herangeführt. Die Lernfabrik soll auch kleineren und mittleren Unternehmen im Landkreis Anregungen zur Umsetzung für typische Prozesse von Industrie 4.0 bieten. Sie soll so das Thema und seine Bedeutung noch bekannter machen und vor allem dem Mittelstand die damit verbundenen Chancen näherbringen. „Die Lernfabrik 4.0 ist für die Schulen hier in der Region zum ersten Mal die Chance bei einer neuen Technologie vorne mit dabei zu sein“, ergänzte Klaus Heeger. Sie werde im Rhein-Neckar-Kreis als Konzern oIL4.0 – offene integrierte Lernfabrik 4.0 – abgebildet. Die Zentrale stellt die Hubert-Sternberg-Schule Wiesloch, und die gewerblichen Schulen Eberbach, Schwetzingen, Sinsheim und Weinheim zeichnen sich als einzelne Produk-

tionsstandorte aus. Die Johann-Philipp-Bronner-Schule Wiesloch übernimmt die kaufmännischen Aufgaben.

Auch das Amt für Nahverkehr und Wirtschaftsförderung war in den Prozess intensiv eingebunden. „Wir haben die Bewerbung um eine Lernfabrik 4.0 der fünf beruflichen Schulen seitens der Wirtschaftsförderung intensiv im Rahmen unseres smart county Projekts unterstützt. Durch den Gewinn der Förderung besteht nun die Möglichkeit für unsere Unternehmen, modernste Technologie 4.0 an den Schulen auch für unternehmenseigene Präsentationen und Weiterbildungen nutzen zu können“, sagte der Leiter der Wirtschaftsförderung, Nils Drescher.

Das Ministerium fördert dieses Projekt mit 500 000 Euro – davon 400 000 Euro für Sachleistungen und 100 000 Euro Weiterbildungsmittel für die Lehrkräfte. „Uns ist es gelungen, auch die regionale Wirtschaft für dieses Projekt zu gewinnen“, so Nils Drescher. Die Verantwortlichen aus den Firmen und Unternehmen im Rhein-Neckar-Kreis verdeutlichen durch eine sehr großzügige finanzielle Unterstützung, dass sie hinter dem Konzept der beruflichen Schulen stehen. Und auch der Schulträger Rhein-Neckar-Kreis steuert 770 000 Euro bei. Mit einem pädagogischen Konzept werden die beruflichen Schulen die Lernfabrik 4.0 in

ihrem Unterricht umsetzen. Sie haben nun die Möglichkeit, junge Menschen auf komplexe Prozesse von Industrie 4.0 in einer praxisnahen Lernortumgebung vorzubereiten, damit sie den Anforderungen in ihrem zukünftigen Berufsleben oder Studium gewachsen sind.

Neben dem Rhein-Neckar-Kreis erhalten der Bodenseekreis, der Landkreis Konstanz, der Landkreis Biberach, der Neckar-Odenwald-Kreis, der Landkreis Rastatt, der Landkreis Reutlingen, der Landkreis Schwäbisch Hall, der Ortenaukreis, der Ostalbkreis, der Schwarzwald-Baar-Kreis, der Landkreis Ludwigsburg und der Zollernalbkreis eine Förderung.

Neue Beleuchtungstechnik an zwei Berufsschulen im Landkreis Esslingen hilft CO₂-Emissionen sparen

Zwei berufliche Schulen des Landkreises Esslingen tragen dank modernisierter Beleuchtungstechnik zu einer deutlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen bei. In der Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule und der Max-Eyth-Schule, beide in Kirchheim u.T., wurden insgesamt 16 Klassenzimmer mit neuer LED-Technologie ausgestattet. Allein durch die Umrüstung auf die neue, energiesparende Technik können beide beruflichen Schulen zusammen jährlich den Ausstoß von rund 20 Tonnen des schädlichen Treibhausgases Kohlendioxid einsparen. Der Einsatz der LED-Technologie erlaubt eine Reduktion des Stromverbrauchs bei der Beleuchtung um 82 Prozent. Die Maßnahme stellt einen Baustein auf dem Weg zur Erreichung der Klimaschutzziele des Landkreises dar. Dessen CO₂-Minderungsstrategie sieht vor, bis zum Jahr 2020 den CO₂-Ausstoß in seinen Schul- und Verwaltungsgebäuden um 35 Prozent zu senken.

Mit der Umrüstung der sanierungsbedürftigen, deutlich veralteten Beleuchtungsanlagen in beiden beruflichen Schulen wurde bereits im letzten Sommer begonnen. Hierbei wurden jeweils sechs Klassenzimmer mit zu-

sammen 144 LED-Anbauleuchten und 24 LED-Wandflutern ausgestattet, die dimmbar sind, eine Präsenzsteuerung aufweisen und tageslichtabhängig eingestellt sind. Die Investition belief sich auf insgesamt rund 57 000 Euro. Über die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH erhielt der Landkreis Fördermittel in Höhe von rund 13 500 Euro.

In einem weiteren Schritt konnten noch einmal vier weitere Klassenzimmer der Max-Eyth-Schule ebenfalls auf die neue LED-Technologie umgerüstet werden. Die Investition belief sich hierfür auf rund 23 000 Euro inklusive Fördergelder des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Höhe von 6 800 Euro.

Die Einführung der LED-Beleuchtung leistet nicht nur einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz, sie ist auch durch den niedrigeren Energieverbrauch, die lange Lebensdauer und die größeren Wartungsintervalle kostengünstiger. Des Weiteren profitieren Schüler und Lehrer im Schulalltag. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung untersuchte nicht nur technische, sondern auch sozialwissenschaftliche Aspekte bei der Einführung der LED-Beleuchtung an 33 ausgewählten Schulen in ganz Deutschland. Demnach wird die neue Beleuchtung durchweg positiv wahrgenommen und kann zu einer Verbesserung des Lernklimas beitragen.

Ortenaukreis: Einweihung der Sprachheilschule Brüder Grimm in Lahr

Landrat Frank Scherer weihte am 21. Januar 2016 den Neubau der Brüder Grimm Schule in Lahr feierlich ein. Mit dabei waren Lahrs Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller, Gabriele Weinrich, Leiterin des Staatlichen Schulamts Offenburg, Schulleiterin Dr. Monika Hartig-Gönnheimer, Dagmar Abt, Architektin der Werkgruppe Lahr, sowie Mitglieder des Kreistags, Elternvertreterinnen und Mit-

glieder des Förderkreises. Schülerinnen und Schüler umrahmten die Feier mit Liedbeiträgen und Vorführungen. Im August war die Schule vom bisherigen Standort im alten Scheffelgymnasium in der Lotzbeckstraße in das neue Schulgebäude im Mauerweg umgezogen.

„Der Ortenaukreis hat als Schulträger 3,5 Millionen Euro investiert, um für Kinder mit Sprachstörungen in der südlichen Ortenau zeitgemäße und ihren besonderen Anforderungen entsprechende Lernbedingungen zu schaffen“, sagte der Landrat. „Selten ist eine Investition so offensichtlich richtig und wichtig gewesen, denn über 90 Prozent unserer Schülerinnen und Schüler überwinden ihre Sprachbehinderung spätestens bis zum Ende der Grundschulzeit. Sie können dann ohne weiteren Unterstützungsbedarf eine allgemeine Schule besuchen. Damit ist diese Schule – wie auch die anderen beiden Sprachheilschulen im Ortenaukreis – ein erstklassiges Inklusionsinstrument und in der Ortenauer Bildungslandschaft unverzichtbar!“

Mit dem Neubau habe der Kreis die Raumnot gelindert und die Lehrer

Sprachheilschule als erste im Kreis zur Ganztagschule umgestaltet. Die Räume seien flexibel nutz- und kombinierbar. Es sei ein gemeinsamer Campus der drei Kreisschulen im Mauerfeld entstanden (Brüder Grimm Schule, Georg-Wimmer-Schule und Berufliche Schulen im Mauerfeld), der vielfache Synergien und gute Kontakte ermögliche.

„Dabei ist das Gebäude etwas ganz Besonderes“, lobte Scherer die Planungsleistung der Werkgruppe Lahr. „Die Räume sind asymmetrisch gebaut, es gibt keine rechten Winkel. Das verbessert die Akustik für die sprachbehinderten Kinder, gibt der Schule aber auch – passend zum Namen – etwas Märchenhaftes, genau wie der Märchenturm im Innern als Zentrum der Schule.“ Daneben sei das neue Gebäude ökologisch vorbildhaft.

Das zweigeschossige Haus hat eine gesamte Grundfläche von 1750 Quadratmetern. Es bietet Platz für neun Klassenzimmer, vier Therapiezimmer, Rhythmik-, Musik- und Werkraum, Räume für Lehrkräfte und Elternsprechzimmer sowie einen Informationsbereich mit Räumen für die sonderpädagogische Beratungs-



Bei der Einweihung des Neubaus der Brüder Grimm Schule in Lahr betonte Landrat Frank Scherer vor der Schulgemeinschaft sowie Gästen aus Kommunalpolitik und Bildungswesen, wie wichtig und sinnvoll die Investition in die kreiseigene Sprachheilschule ist.

stelle. Für den Ganztagesbetrieb gibt es zusätzlich eine Mensa, Kreativräume und einen Ruheraum.

Der Neubau erfüllt auch hohe ökologische Ansprüche. Er hat ein begrüntes Flachdach und Holz/Aluminiumfenster. Seine Fernwärmeversorgung kommt zu rund 40 Prozent aus erneuerbaren Energien.

Die Brüder Grimm Schule ist eine von insgesamt drei Sprachheilschulen im Ortenaukreis. Eine sonderpädagogische Beratungsstelle ist der Schule angegliedert. In den Klassenstufen eins bis vier fördern aktuell am Standort Lahr 14 Sonderpädagogen insgesamt 89 Schüler in neun Klassen. In der Außenstelle Steinach werden weitere 29 Schüler aus dem Kinzigtal unterrichtet.

Der Einzugsbereich der Lahrer Schule erstreckt sich über die gesamte südliche Ortenau. 31 Prozent der Schüler kommen direkt aus der Stadt Lahr, die übrigen Schüler kommen aus den Umlandgemeinden und werden täglich mit Kleinbussen zur Schule und wieder nach Hause gefahren.

Kultur

Kulturstiftung des Bundes startet das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“ – „Lernende Kulturregion Schwäbische Alb“ wird mit 3 Mio. Euro gefördert

Der Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes unter Vorsitz von Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters verabschiedete auf seiner Sitzung am 10.12.2015 neue Vorhaben der Stiftung für insgesamt knapp 37 Mio. Euro, darunter das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“. Die „Lernende Kulturregion Schwäbische Alb“, an der sieben baden-württembergische Landkreise – darunter der Ostalbkreis – sowie vier LEADER-Regionen beteiligt sind, erhält 3 Mio. Euro. Mit den Fördergeldern sol-

len Konzepte für eine Transformation der kulturellen Infrastruktur in ländlichen Gebieten entwickelt werden.

13,5 Mio. Euro für „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“

Anhand von vier Modellregionen in Südniedersachsen, dem Oderbruch, der Saarpfalz und der Schwäbischen Alb sollen Konzepte für eine Transformation der kulturellen Infrastruktur in ländlichen Gebieten entwickelt und umgesetzt werden, die auf den dortigen demografischen Wandel reagieren. Dabei geht es nicht allein darum, möglichst viele Einrichtungen zu bewahren, sondern sie vor allem unter den aktuellen Bedingungen zukunftsfähig zu machen: Wie soll ein attraktives Kulturangebot für die Region in Zukunft aussehen und auf wen muss es zugeschnitten werden? Wie kann es anders organisiert werden? Gefördert werden Projekte und künstlerische Ansätze mit Pionierfunktion, die neue Wege kultureller Produktion aufzeigen können.

Neben der Umsetzung von konkreten Projekten in den Modellregionen will das TRAFO-Programm exemplarische Erfahrungen sammeln und auf ihre Übertragbarkeit hin prüfen, um so eine weitreichende Debatte um die kulturellen Ressourcen in strukturell marginalisierten Gebieten anzustoßen: Wie können sich Institutionen neu erfinden? Wie gelingt die Bürgerorientierung? Wie können sich kommunale Angebote ergänzen und welche Allianzen zwischen Kultur, Politik und Verwaltung können gebildet werden? TRAFO ist zunächst auf fünf Jahre hin angelegt.

Die Geschäftsstelle der „Lernenden Kulturregion Schwäbische Alb“ soll im Ostalbkreis eingerichtet werden, der die Trägerschaft des Projektes übernommen hat. Die Modellregion deckt ein rund 4100 km² großes Gebiet mit rund 420.000 Einwohnern in Baden-Württemberg ab. Neben dem Ostalbkreis sind die Landkreise Alb-Donau, Biberach, Heidenheim, Reutlingen, Schwäbisch

Hall und Sigmaringen beteiligt, außerdem die LEADER-Regionen Brenzregion, Jagstregion, Mittlere Alb und Oberschwaben. Die Kofinanzierung des Projektes übernimmt das Land, vertreten durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Im Zeitraum von 2016 bis 2020 sollen größere, bedeutende Kultureinrichtungen mit kleinen Einrichtungen, ehrenamtlich Tätigen und einzelnen Kulturschaffenden kooperieren. Für den Start des Projektes wurden insgesamt zehn Kultureinrichtungen ausgewählt, die gemeinsam neue Arbeitsformen erproben werden. Von deren Erfahrungen sollen im zweiten Schritt auch weitere interessierte Kultureinrichtungen profitieren. Auf diese Weise soll ein gemeinsamer Lernprozess initiiert werden, mit dem das kulturelle Leben in der gesamten Modellregion weiterentwickelt werden soll. Im dritten Teil des Projektes können neue Ideen gefördert und umgesetzt werden. In diesen Prozess sollen auch die vier beteiligten LEADER-Regionen eingebunden werden.

Bodenseekreis schreibt Förderpreis für junge Künstler aus

Zum vierten Mal schreibt das Kreiskulturamt des Bodenseekreises den Förderpreis für junge und gegenständliche Kunst aus. Bewerben können sich junge Künstler unter 35 Jahre, die eine künstlerische Ausbildung durchlaufen oder bereits abgeschlossen haben. Die drei einzureichenden Werke müssen gegenständlich und in Malerei oder Zeichnung ausgeführt worden sein. Das Thema ist frei. Nähere Informationen und Bewerbungsunterlagen gibt es auf www.galerie-bodenseekreis.de oder beim Kreiskulturamt, Tel. 07541/204-6412. Einsendeschluss ist der 7. April 2016.

Aus den eingegangenen Bewerbungen wählt eine Fachjury die Künstlerinnen



„Ohne Titel (Jil)“, 2013, Öl auf Leinwand,
Marion Fink, Publikumspreis

und Künstler aus, die an einer Ausstellung in der Galerie des Bodenseekreises vom 28. Juli bis 26. Oktober 2016 teilnehmen dürfen. Gewählt wird auch der Jury-Preisträger, für den ein Preisgeld in Höhe von 4000 Euro vorgesehen ist. Auch das Ausstellungspublikum selbst kann zur Jury werden und während der Ausstellungslaufzeit seinen eigenen Favoriten küren, der ein Preisgeld von 1000 Euro bekommt. Zur Ausstellung erscheint ein Katalog, in dem alle Teilnehmer dargestellt sind.

Jugend

20. Kinder- und Jugendhilfetag im Kreishaus Ludwigsburg beschäftigt sich mit „Migrationsland Deutschland“

Den 20. Kinder- und Jugendhilfetag mit dem Titel „Migrationsland Deutschland – Transkulturelles Arbeiten als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe“ hat Karl Thumberger, Leiter des Landratsamt-Fachbereichs „Jugendhilfe – Planung, Verwaltung, Prävention –“, am 27. November 2015 im Kreishaus eröffnet. Er gratulierte zum Jubiläum und sagte: „Die Veranstaltung bietet seinen

Fachbesuchern immer aktuelle, vielfältige und für die Praxis relevante Themen. Angesichts der zahlreichen Flüchtlinge, die zurzeit zu uns kommen, ist das auch dieses Mal der Fall. Entsprechend groß ist erneut die Besucherresonanz.“ Als Referent sprach Dr. Dr. Andreas Bell, Referent für den Dialog mit den Wissenschaften beim Erzbischöflichen Generalvikariat Köln. Nachmittags hatten die rund 360 Teilnehmer Gelegenheit, das Thema in insgesamt zwölf Workshops zu vertiefen.

Fachbereichsleiter Thumberger erinnerte daran, dass der Kinder- und Jugendhilfetag hauptamtlichen Fachkräften die Gelegenheit bietet, sich fachgebiets- und berufsfeldübergreifend mit aktuellen Themen der Jugendhilfe zu beschäftigen, sich über aktuelle Entwicklungen auszutauschen, neue Kontakte zu knüpfen und Netzwerke zu pflegen. Zu den Besuchern der Veranstaltung gehören Fachkräfte aus Kindertagesstätten, der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Mobilen Jugendarbeit, des Jobcenters, der Erziehungshilfeeinrichtungen, den Beratungsdiensten, dem Allgemeinen Sozialen Dienst und allen Schularten im Landkreis Ludwigsburg.

Nach der Eröffnung trat die Theatergruppe des CJD Kaltenstein feat. Youthtube Vaihingen auf unter dem Motto „Komm, wir bringen die Welt zum Leuchten!“ Anschließend hielt Dr. Dr. Andreas Bell seinen Vortrag „Fremd, aber näher als man denkt – die Nutzung eigener Ressourcen für die transkulturelle Arbeit“. Der Vortrag diente dazu, die Besucher auf das Thema der Veranstaltung einzustimmen und für die Vielfalt der Zusammenhänge zu sensibilisieren, in denen die Themen Migration, Integration, Inklusion, Kultur und Religion stehen.

In der Mittagspause konnten sich die Teilnehmer an Ständen im Foyer mit Informationsmaterial eindecken. Nachmittags fanden dann die zwölf Workshops statt, für die es insgesamt 575 Anmeldungen gab. In den Workshops ging

es um Themen, wie „Kultursensible Beratung – Herausforderungen an Beratung in einer Einwanderungsgesellschaft“, „Am Ziel? – Flüchtlinge im Asylverfahren im Landkreis Ludwigsburg“ oder „Kulturelle Aspekte der Prävention von Glücksspielsucht“.

Arbeitsbündnis der Agentur für Arbeit Reutlingen, dem Landratsamt Tübingen, des Jobcenters Landkreis Tübingen und dem Staatlichen Schulamt Tübingen

Die Agentur für Arbeit Reutlingen, das Landratsamt Tübingen, das Jobcenter Landkreis Tübingen sowie das Staatliche Schulamt Tübingen haben sich zu einem „Bündnis Jugend und Beruf“ zusammengeschlossen. Die Förderung der beruflichen und sozialen Integration ist die gemeinsame Aufgabe der Institutionen, mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung wird eine vertiefte und effektive Zusammenarbeit beim Übergang Schule-Beruf geregelt.

Schulabschluss und eine Ausbildung sind die Grundlagen für eine dauerhafte Erwerbsbiografie. Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf erhalten je nach Bedarf Förderungen von der Jugendhilfe, der Berufsberatung der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter, damit der Übergang in die Berufswelt gut gelingt. Dies ist in verschiedenen Sozialgesetzbüchern geregelt. Auf den Einzelfall bezogen sind somit unterschiedliche Institutionen für einzelne Unterstützungsleistungen verantwortlich.

In einer schriftlichen Vereinbarung wurde jetzt besiegelt, dass die Akteure beim Übergang Schule-Beruf enger zusammenarbeiten, indem sie ihre Förderangebote für Jugendliche noch intensiver abstimmen und wirksam verzahnen. Ziel ist die Erreichung eines Schulabschlusses, ein erfolgreicher Einstieg in Ausbildung und damit die Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit.

Die Vereinbarung sieht einen gegenseitigen Informationsaustausch der Akteure, die Regelung des Datenschutzes zwischen den Institutionen und die Erarbeitung harmonisierter Abläufe und Maßnahmen vor. Doppelbetreuung oder Betreuungslücken auf Grund unterschiedlicher Gesetze werden so vermieden. Bestehende Strukturen und weitere Akteure der Jugendhilfe und Schulen werden ergänzend eingebunden. Mit dem Bündnis wird zugleich auch den neuen Herausforderungen der Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen begegnet.

Für Landrat Joachim Walter ist der unkomplizierte und schnelle Zugang zu bedarfsgerechten Bildungsangeboten „die zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration. Dies gilt gerade auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in besonderem Maße auf eine zielgerichtete Gruppenzugehörigkeit und damit verbundene Erfolgserlebnisse angewiesen sind.“

„Die Kooperationsvereinbarung optimiert den Einsatz der unterschiedlichen Leistungen und unterstützt die Absprache zwischen den einzelnen Akteuren“, sagt Wilhelm Schreyeck, Leiter der Agentur für Arbeit Reutlingen. „Die bereits erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Schulamt bzw. Schulen und Agentur für Arbeit und Jobcenter wird im Interesse der Jugendlichen gestärkt und die verschiedenen Hilfsangebote noch besser abgestimmt. Somit können wir schneller und effektiver dem einzelnen Jugendlichen helfen, jeweils angepasst an die individuelle Situation.“

Ortenaukreis: Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule wird gelebt! – Kinder und Jugendliche gemeinsam unterstützen

Über 160 Vertreter aus Gemeinden, Leitungs- und Fachkräfte der Jugendhilfe und Schule trafen sich kürzlich im Landratsamt Ortenaukreis zum Forum „Kooperation Jugendhilfe und Schule“. Ein-



Jugendhilfeplaner Hans-Jürgen Lutz vom Landratsamt Ortenaukreis (z. v. l.) diskutiert mit Karina Langeneckert (links), Abteilungsleiterin des Fachbereichs Bürgerservice und Soziales der Stadt Offenburg, im Forum „Schülerbetreuung und Ganztagschule“, wie ganzheitliche Bildung durch Kooperation gelingen kann.

geladen hatte das Ortenauer Bündnis für Familien. In sieben moderierten Austauschforen zu unterschiedlichen Handlungsfeldern, wie die Kooperation Kita-Schule, der Schülerbetreuung und Ganztagschule, der sozialen Gruppenarbeit, offene Jugendarbeit oder zum Thema Kinderschutz tauschten sich die Teilnehmer mit Beiträgen aus der Praxis aus.

„Durch diese Vernetzung der Akteure soll eine bessere Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule geschaffen werden“, sagte Sozialdezernent Georg Benz. „Grundlage gelingender Kooperation ist immer die gegenseitige Wertschätzung und Akzeptanz und ich freue mich, dass bei uns die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule gelebt wird“, so Benz.

Bereits seit 2008 findet im Ortenaukreis die Kooperation Kommunaler Sozialer Dienst und Schule statt. Bisher richten sich die Vereinbarungen an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen. 2015 folgte im Rahmen eines Begleitprojekts des Kommunalverbandes Baden-Württemberg zur schulbezogenen Jugendhilfeplanung eine Onlineumfrage, um die Zusammenarbeit des Kommunalen Sozialen Dienstes und der Schulen zu evaluieren. Jugendhilfeplaner Hans-Jürgen Lutz vom Landratsamt Ortenaukreis informierte über die Ergebnisse. „Die Zu-

sammenarbeit hat sich durch die Kooperationsvereinbarung spürbar verbessert, insbesondere die Themen Schulverweigerung und Kindeswohlgefährdung stehen im Zentrum der fallbezogenen Kooperationen zwischen dem Kommunalen Sozialen Dienst und den Schulen. Schulsozialarbeit wird von allen Teilnehmern als sehr wichtig erachtet“, so Lutz. Schulsozialarbeit ist ein präventives Angebot der Jugendhilfe, das Schulen in ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag unterstützt. Ein Zielkatalog für die Rahmenkonzeption „Schulsozialarbeit und Standortkonzepte“ ist 2015 von Trägern, Fachkräften, Staatlichem Schulamt und Schulvertretern unter der Federführung des Jugendamtes Ortenaukreis entwickelt worden. An 58 Schulen im Ortenaukreis werden derzeit rund 42 Stellen gefördert.

Aktuell stelle das Land Baden-Württemberg für die Kooperation Kindergarten und Schule nur 1,5 Zeitstunden für jeweils eine Schule zur Verfügung, teilte Lutz mit. Bei mehrklassigen Schulen reiche das nicht aus, betonten die Teilnehmer übereinstimmend und forderten bessere Rahmenbedingungen.

Schulamtsdirektorin Gabriele Weinrich vom Staatlichen Schulamt Offenburg empfahl, die Potenziale und das Engagement der pädagogischen Fachkräfte für die Wahrnehmung gemeinsamer

Aufgaben zu nutzen und eine Kultur der Anerkennung der unterschiedlichen Professionen zu etablieren. Es gehe darum, so Weinrich, für die eigene Zuständigkeit in klar geregelten Kooperationsbeziehungen umfänglich Verantwortung zu übernehmen, und zum Nutzen der Kinder und Jugendlichen Leistungen aus einer Hand anzubieten. „Neben der grundlegenden Verantwortung der Eltern tragen Jugendhilfe und Schule gemeinsam die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen der jungen Generation“, so Weinrich. Deswegen sei ein partnerschaftliches Verhältnis von Schule und Jugendhilfe wichtig und zielführend. Kooperation gehe nicht nebenher, sondern brauche Zeit, resümierte Jugendamtsleiter Heiko Faller, der sich bei allen Akteuren bedankte, die die Foren mitgestalteten. „Wir haben eine große Vielfalt von Kooperation erlebt, wie Schule und Jugendhilfe sich auf den Weg gemacht haben“, so Faller.

**Landkreis Böblingen:
„Medien-Finzen-Werte“ im
Mittelpunkt des Präventionstages der
Schuldnerberatung – Präventionstag
zeigt Fallstricke bei Smartphones,
Apps, Downloads und Co auf**

Sowohl für die eigenen Finanzen wie auch für die privaten Daten gilt: Es ist immer besser, sie gut im Griff zu haben. Wie das gelingen kann, wie man mit seinem Einkommen auskommen kann, welche Risiken in der digitalen Welt drohen und wie man diese minimieren kann – all das waren Themen beim ersten Präventionstag der Schuldnerberatung im Landkreis Böblingen. Mehr als 50 Schüler der Klassen BFW 1/1 und BFW 1/2 des Kaufmännischen Schulzentrums Böblingen waren der Einladung gefolgt, kamen ins Landratsamt in der Böblinger Parkstraße und beschäftigten sich einen ganzen Tag lang mit den Themenfeldern „Medien-Finzen-Werte“. Welche Spuren hinterlassen wir im Netz? Welche persönlichen Daten geben wir

preis? Ganz bewusst, in den meisten Fällen aber auch gänzlich ungewollt. Und wer kann diese Daten für welche Zwecke nutzen? Das waren Fragen, auf die der Workshop „Medienkompetenz“ Antworten gab. „Zu Beginn waren die meisten Schüler noch der Meinungen, dass sie sich bei der Nutzung ihres Smartphones und dem Internet gut auskennen“, fassen Viola Peterlik und Manuela Lott, Präventionsbeauftragte der Schuldnerberatung im Kreis, die ersten Reaktionen der Teilnehmer zusammen. „Doch am Ende des Workshops konnte man aus fast allen Gesichtern die Überraschung ablesen.“ Medienreferent Ulrich Sailer zeigte den Jugendlichen durch eine Live-Schaltung, wie schnell man im Internet vom sicheren Weg abkommen kann und mit welchen Hilfestellungen sie das künftig vermeiden können.

Dem zweiten Themenkomplex „Finzen“ näherten sich die Jugendlichen auf spielerische Art und Weise. Beim „Geldtypentest“ wurde anhand verschiedener Fragen eruiert, ob man eher zu den „Sparkommissaren“ oder aber zu den Genießern und Leichtfüßigen gehört. Darüber hinaus hatten die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter des Präventionsteams der Schuldnerberatung das Haushaltsspiel „Clever auf eigenen Füßen!“ vorbereitet. Aufgabe der Schüler war es dabei, einen Haushaltsplan für einen Monat aufzustellen. Das Einkommen und die Ausgaben für Essen und Trinken, Kosmetik, Kleidung, Telefon und Internet und für die Freizeitgestaltung sollten sich dabei die Waage halten. Zusätzliche Herausforderung: Die Kosten für Miete, Auto und Versicherungen waren als feste Größe vorgegeben. „Einige hatten ihr Budget überzogen, andere hatten sogar noch etwas Geld übrig“, gibt Manuela Lott die Erfahrungen aus den ganz besonderen Spielrunden wieder. „Es waren sich aber alle einig, dass es gar nicht so einfach ist, mit dem Einkommen den ganzen Monat auszukommen und für Sonderausgaben, wie den nächsten Urlaub oder die anste-

hende Autoreparatur, noch Rücklagen anzusparen.“

Für den dritten und letzten Workshop des Tages wechselte man vom Landratsamt ins nahe gelegene Filmzentrum „Bären“. Jörg Litzenburger, Präventionsbeauftragter des Landkreises Böblingen zeigte dort den Kinofilm „Am Ende eines viel zu kurzen Tages“, der auf dem Jugendbuch „Superhero“ des Autors Anthony McCarten basiert und die Geschichte eines schwerkranken Teenagers erzählt. Dieser schafft sich durch Zeichnungen eine ganz eigene Welt. Eine Welt, in der er als „Superheld“ gegen seine Feinde und für seine Werte kämpft. Moderiert von Jörg Litzenburger, entspannt sich zum Abschluss des ersten Präventionstages der Schuldnerberatung eine intensive Diskussion unter den Jugendlichen zum Thema Werte.

Im Rahmen ihrer Präventionsarbeit bietet die Schuldnerberatung Unterrichtseinheiten und Projekttag für verschiedene Klassenstufen in allen Schularten an. Das Angebot ist abrufbar unter: www.frag-nach.landkreis-boeblingen.de.

**Präventionsbausteine
im Landkreis Schwäbisch Hall –
Präventionsangebote für Schulen und
Kindergärten jetzt auch online finden**

Nach Präventionsangeboten für Schulen und Kindergärten im Landkreis Schwäbisch Hall kann ab sofort auch im Internet gesucht werden.

Auf der Homepage „Präventionsbausteine im Landkreis Schwäbisch Hall“ unter www.praeventionsbausteine.de sind fast 90 Präventionsangebote für Schulen und 150 für Kindertagesstätten zu finden. Die umfangreiche Homepage soll dem Nutzer dabei helfen, schnell das richtige Präventionsangebot für seine Klasse oder Kitagruppe zu finden. Schwerpunkt, Form und Zielgruppe werden ganz einfach per Mausclick ausgewählt. Über die Funktion „Suche starten“ filtert die Homepage aus über 200 Angeboten alle relevanten Programme.



V.l.n.r.: Hartmut Werny (Leiter des Jugendamtes), Thomas Haag (Leiter des Dezernats Jugend und Soziales), Gerhard Bauer (Landrat), Dietmar Winter (Kreisjugendreferent), Herbert Obermann (Leiter des Fachbereichs Prävention)

„Der Internetauftritt ‚Präventionsbausteine im Landkreis Schwäbisch Hall‘ ist eine gelungene Neuauflage des gleichnamigen Ordners, der im April 2010 entstanden ist“, so Herbert Obermann, Fachbereichsleiter für Prävention und Förderung im Landratsamt.

Der Schritt von der Printversion hin zur Onlineversion hat einfache Gründe. „Die Angebote unserer Kooperationspartner im Landkreis nehmen stetig zu, weil sie sich an den veränderten Problemlagen der Kinder und Jugendlichen orientieren“, so Herbert Obermann. „Ergänzende Nachlieferungen zu erstellen und zu versenden kostete viel Zeit, so dass die neuen Angebote den Einrichtungen nur mit Verzögerung zur Verfügung standen. Zudem erschweren immer umfangreicher werdende Printmedien die schnelle und vor allem gezielte Suche nach geeigneten Angeboten für den Nutzer, vor allem wenn nur ein Ordner pro Einrichtung zur Verfügung steht“, erklärt Dietmar Winter vom Fachbereich Prävention/Förderung im Jugendamt.

„Die Online-Ausgabe der Präventionsbausteine ermöglicht den Nutzern in Kindertagesstätten und Schulen den Zugriff von jedem internetfähigen Gerät aus sowie eine komfortable und gezielte Suche nach einem passenden Präventionsangebot für den jeweiligen Zweck. Außerdem können die Projektverantwortlichen im Jugendamt nun Veränderungen in kürzester Zeit an die Nutzer weitergeben“, so Landrat Gerhard Bauer.

Krankenhaus – Gesundheit

Landkreis Esslingen: Bundesgesundheitsminister Gröhe zu Besuch in der Klinik Nürtingen

Hoher Besuch bei den Kreiskliniken Esslingen: Der Bundesminister für Gesundheit, Hermann Gröhe, hat am 8. Dezember 2015 die Klinik Nürtingen besucht, um sich vor Ort über die Situation und Strategie der Kreiskliniken zu informieren. Gröhe hob das Ziel des unlängst verabschiedeten Krankenhausstrukturgesetzes hervor: „Eine gut erreichbare Versorgung vor Ort in hoher Qualität gelingt nur mit ausreichendem Personal.

Deshalb unterstützen wir die Krankenhäuser mit bis zu 830 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr, damit sie mehr Personal einstellen und dauerhaft beschäftigen können.“

Landrat Heinz Eininger, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Kreiskliniken Esslingen, erinnerte an die im Kreistag verabschiedete Resolution gegen den Entwurf des Krankenhausstrukturgesetzes: „Der Wegfall des Versorgungszuschlags hätte uns auf dem Weg zu einer wirtschaftlich stabilen Entwicklung zurückgeworfen. Das ist jetzt weitgehend vom Tisch. Heute haben wir gute Rahmenbedingungen für den Erhalt unserer Kreiskliniken in der Trägerschaft des Landkreises.“

Eininger unterstrich, dass der Landkreis seine Krankenhäuser in den letzten Jahren planmäßig konsolidiert habe, „in dem Bewusstsein, dass Kliniken zentraler Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge sind.“ Die kommunale Trägerschaft lasse sich, so der Landrat, nur sichern, „wenn wir bei hoher Qualität und wirtschaftlich arbeiten.“ Dafür habe die Strukturreform mit einer Reduzierung von vier auf drei Standorte die Voraussetzung geschaffen – „ein schmerzlicher, aber unverzichtbarer Prozess.“



Und mit dem Projekt „Fit für 2020“ wolle man weitere Maßstäbe in Sachen Qualität und Wirtschaftlichkeit auch in Zukunft setzen.

Der Geschäftsführer der Kreiskliniken Esslingen, Thomas A. Kräh und der medizinische Direktor, Dr. Jörg Sagasser, erläuterten dem Bundesminister und den Teilnehmern den Weg der Kreiskliniken bis hin zum „besten wirtschaftlichen und medizinischen Ergebnis im Jahr 2014 seit Bestehen der Kreiskliniken“. Die Konzentration der Kreiskliniken auf die Standorte in Kirchheim, Nürtingen und Ruit sei dafür ebenso notwendig gewesen, wie die Zusammenführung der Psychiatrie in Kirchheim, die zurzeit baulich vorbereitet wird.

„Die Säulen unseres Erfolgs sind die medizinisch-pflegerische Qualität und das Vertrauen der niedergelassenen Ärzte und der Patienten in unsere Kliniken: nur so können wir unsere Leistungsfähigkeit weiter ausbauen und nachhaltig sichern. Die Kombination von hoher medizinischer Qualität und Wirtschaftlichkeit ist eine große Leistung unseres ganzen Teams“, so Kräh.

Der Geschäftsführer zeigte sich erfreut, dass mit dem Krankenhausstrukturgesetz nun ein wichtiger politischer Schritt zur stationären Versorgung der Patienten gelungen ist. Die konzertierten, bundesweiten Aktionen, die gemeinsam mit Geschäftsführung und Mitarbeitern durchgeführt wurden, führten zu positiven Resonanzen in der Gesellschaft. „Das ist wichtig für eine patientennahe Versorgung mit bestmöglicher Qualität“, so Thomas Kräh.

Sagasser verwies auf die Vielzahl zertifizierter medizinischer Schwerpunkte und Zentren, die für die Patienten den Ausweis hoher Qualität darstellen. Nach einer Diskussion mit den anwesenden Aufsichtsratsmitgliedern, Chefärzten, der Klinikleitung und Vertretern des Betriebsrates sowie der Kostenträger über aktuelle Fragen der Gesundheitspolitik, informierte sich Bundesgesundheitsminister Gröhe über die Arbeit im Nür-

tinger Patienten-Service-Center, das die Patienten aufnimmt und in die Behandlung begleitet.

Außerdem ließ er sich das „papierlose Krankenhaus“ erläutern. Die Klinik Nürtingen gehört bundesweit bei der konsequenten Digitalisierung zu den führenden Häusern in Deutschland. Längst ist in Nürtingen die Zeit der Rollwagen mit Aktenbergen vorbei. Auf Tablets sind alle wichtigen Daten wie Laborwerte und Röntgenaufnahmen leicht und zeitsparend aufzufinden.

Landrat Eininger zeigte sich nach dem Besuch des Gesundheitsministers zufrieden: „Wir konnten zeigen, dass Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft eine Zukunft haben und behalten.“

„Der Landkreis ist mit seinen Klinik-Standorten und vor allem mit dem dort arbeitenden hochmotivierten Personal gut aufgestellt und gerüstet für die Zukunft. Die Krankenhäuser stellen gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Region sicher“, so der Kirchheimer Bundestagsabgeordnete Michael Hennrich.

Gröhes Fazit: „Mit dem Krankenhausstrukturgesetz helfen wir den Krankenhäusern dabei auch in Zukunft eine hochwertige Patientenversorgung sicherzustellen. Die Kreiskliniken Esslingen packen wichtige Zukunftsherausforderungen an.“

Tourismus

Feierliche Schlüsselübergabe für neue Naturpark-Geschäftsstelle – Minister Bonde durchschneidet Eröffnungsband

Mit einem großen Festakt im Haus des Gastes in Bühlertal wurde am 9. Januar 2016 die neue Geschäftsstelle des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord offiziell eingeweiht. Im Beisein von rund 130 geladenen Gästen, darunter die Landtags-

abgeordneten Tobias Wald (CDU), Beate Böhlen (Grüne) und Ernst Kopp (SPD), zahlreiche Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Vertreter von Verbänden und Vereinen, Partner und Förderer des Naturparks, durchschnitten Naturschutzminister Alexander Bonde, der Naturpark-Vorsitzende und Rastatter Landrat Jürgen Bäuerle sowie Bühlertals Bürgermeister Hans-Peter Braun gemeinsam das Eröffnungsband. Beim Festakt im Foyer des Haus des Gastes hatten Vertreter der Baufirmen und des Karlsruher Architekturbüros Adler+Retzbach zuvor feierlich den symbolischen Schlüssel an die Gemeinde und den Naturpark überreicht. In nur neun Monaten Bauzeit wurde der ehemalige Gastronomiebereich im Haus des Gastes für die Zwecke der Naturpark-Verwaltung umgebaut – fünf Büroräume, Besprechungsraum, Lager und ein 80 Quadratmeter großer Info-Shop bieten dem Naturpark nicht nur deutlich mehr Platz als bisher, sondern auch sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft.

Naturschutzminister Alexander Bonde, zuständig für die sieben Naturparke in Baden-Württemberg, lobte die neu gestalteten Räumlichkeiten als Meilenstein für die weitere erfolgreiche Arbeit des Naturparks. „Ich bin mir sicher, dass der Naturpark auch nach dem Umzug vom Ruhenstein nach Bühlertal ein starker Entwicklungsmotor und Impulsgeber für spannende und innovative Projekte in der Region sein wird“, sagte Bonde. Beeindruckt zeigte sich der Minister von der neuen Ausstellung im Info-Shop, die komplett aus heimischem Holz und von Unternehmen aus der Region verarbeitet und gefertigt wurde. Übereinander positionierte, quadratische Holzwürfel dienen dabei nicht nur als Regalfläche für regionale Produkte, Wanderkarten und Info-Materialien, sondern informieren mit kreativ gestalteten Texten und Bildern gleichzeitig über die Arbeit und Projekte des Naturparks. „Mit dieser Ausstellung setzt der Naturpark ein wichtiges Zeichen beim Thema Regionalität“,



Der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord ist mit rund 375 000 Hektar Fläche einer der größten Naturparke in Deutschland. Sein wichtigstes Ziel ist der Erhalt der typischen Schwarzwälder Kulturlandschaft mit ihrem Wechsel aus Wald, Wiese und Weide. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt der Naturpark eine ganze Reihe von Projekten in den verschiedensten Bereichen – von Naturschutz und Umweltpädagogik über nachhaltigen Tourismus bis hin zur Vermarktung regionaler Produkte. Mitglieder im Naturparkverein sind 106 Städte und Gemeinden, sieben Land- und zwei Stadtkreise sowie eine Vielzahl an Verbänden. Sitz der Naturpark-Geschäftsstelle ist seit Januar 2016 das Haus des Gastes in Bühlertal (Landkreis Rastatt).

so Bonde, der sich auch ins Goldene Buch der Gemeinde eintrug. Alle sieben Naturparke im Land leisteten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Ländlichen Raums und böten Einheimischen und Gästen einen besonderen Erholungsraum, erklärte der Minister.

Naturpark-Vorsitzender Jürgen Bäuerle dankte Minister Bonde, der Gemeinde Bühlertal, den beteiligten Baufirmen, den Planern und den Partnern des Naturparks für ihre Unterstützung während der Umbauphase. „Ohne Sie alle, ohne Ihr Engagement, Ihren Rat und Ihre Begeisterung für das Projekt wäre der Umzug der Naturpark-Geschäftsstelle in so kurzer Zeit nicht möglich gewesen“, sagte Bäuerle. Der neue Standort sei näher an den Menschen, biete viele Entwicklungsmöglichkeiten und komme letztlich dem ganzen Naturpark und allen Mitgliedern zugute. Aus den Händen von Architekt Andreas Adler nahm der Naturpark-Vorsitzende den symbolischen Schlüssel für die neuen, insgesamt 288 Quadratmeter großen Räum-

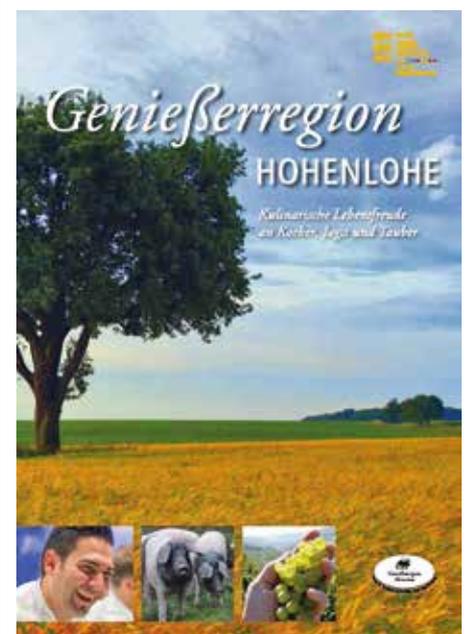
lichkeiten entgegen. Diakon Georg Beier segnete das Gebäude, das an einer der Haupteingangsachsen in den Naturpark liegt; für die passende musikalische Umrahmung sorgte das Hornquartett des Musikvereins Bühlertal. Bürgermeister Hans-Peter Braun zeigte sich erfreut, dass der Naturpark dauerhaft eine Heimat in der Gemeinde gefunden hat. „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und bieten Ihnen auch für die Zukunft unsere Unterstützung an“, so Braun. Der Bürgermeister ist zuversichtlich, dass der Naturpark auch für Bühlertal wichtige Impulse geben wird.

**Genießerregion Hohenlohe:
Neue Broschüre präsentiert Lebensfreude an Kocher, Jagst und Tauber –
Reiseführer zu den besten
Genuss-Adressen Hohenlohes**

Die im Nordosten Baden-Württembergs gelegene Genießerregion Hohenlohe ist längst in aller Munde. Kaum ein Food- oder Reisemagazin, das in den letzten Jahren nicht vor Ort war, um das Hohe-

lied auf authentische Produkte und leidenschaftliche Genuss-Handwerker zu singen. Kein Wunder, dass Hohenlohe offiziell zur ersten Genießerregion des Landes ausgerufen wurde und als Feinkosttheke Baden-Württembergs gilt. Immer mehr Genießer und Gastronomen setzen ganz bewusst auf Hohenloher Produkte. Ob Schwäbisch-Hällisches Landschwein, Boeuf de Hohenlohe, Hohenloher Lamm oder Limpurger Weideochse. Ob handwerklich erzeugte Käse, Schinken, Würste, Weine, Brände und was die heimische Genießertheke sonst noch so alles zu bieten hat.

Solche authentischen Produkte und ihre Macher präsentiert die druckfrische 42-seitige DIN-A4-Broschüre „Genießerregion Hohenlohe – Kulinarische Lebensfreude an Kocher, Jagst und Tauber“. Herausgegeben wird dieser Reiseführer zu den besten Genuss-Adressen Hohenlohes vom Arbeitskreis Kulinaristik der zwei kooperierenden Touristengemeinschaften Hohenlohe (Künzelsau), Hohenlohe + Schwäbisch Hall Tourismus (Schwäbisch Hall) und der Tourist-Information Bad Mergentheim. Für ihre Neuauflage haben die regionalen Touristiker den Öhringer Journalisten Juergen Koch auf kulinarische Heimatexpedition geschickt. Seine Mission: Etwas von dem



Besonderen und Typischen einfangen, das die Region prägt und zur Genießerregion adelt. Und: Lust und Appetit machen auf Hohenlohe und die Vielfalt seiner Produkte und Genüsse.

Dazu hat der Kenner der heimischen Gastro- und Genießerszene einen Blick hinter die Kulissen geworfen und Macher, Veredler und Verarbeiter besucht. Menschen, die mit Herzblut und handwerklichem Können hinter ihren Produkten und hinter der Genießerregion Hohenlohe stehen. Echte Genuss-Handwerker, denen Geschmack, Qualität, nachhaltige und artgerechte Erzeugung wichtiger sind als Output, Effizienz und schneller Euro. Von der Kreisjägermeisterin über den „Schweineflüsterer vom Lindenberg“, den Brenner, den Wein- und den Bier-Sommelier bis zum Sterne Koch und Eichelschwein-Mäster.

Ergänzt und gewürzt werden die mehrseitigen, stimmungsvoll bebilderten und von der Esslinger Designerin Bettina Müller verlockend in Szene gesetzten Reportagen und Interviews mit einer Vielzahl an passenden Genießer- und Insider-Tipps, praktischen Infos und nützlichen Adressen, wo man gut essen, trinken, einkaufen und kulinarisch was erleben kann. Damit kann der Hohenlohe-Reisende sich sein eigenes Hohenlohe-Menü zusammenstellen und eine Region kennen lernen, in der Heimat schmeckbar wird und in der der Genuss ein gutes Leben führt.

Die Broschüre ist kostenlos bei der Touristikgemeinschaft Hohenlohe erhältlich.

Kontakt: Tel. 079 40/1 82 06, info@hohenlohe.de, www.hohenlohe.de.

**Landkreis Rastatt:
Premiumwanderweg Murgleiter
erfolgreich nachzertifiziert**

Der 111 Kilometer lange Premiumwanderweg Murgleiter von Gaggenau hinauf zum Schliffkopf ist erfolgreich vom Deutschen Wanderinstitut nachzertifiziert worden und erreicht dabei hervor-

ragende 59 Erlebnispunkte. Streckenwege ab 50 Kilometer Länge müssen mindestens 30 Erlebnispunkte aufweisen, um das Deutsche Wandersiegel zu erhalten. Alle fünf Wanderetappen der Murgleiter erfüllen die Kriterien des Deutschen Wanderinstitutes in vollem Umfang. Bereits seit 2008 zählt die Murgleiter zur Spitzenklasse deutscher Wanderwege und trägt das Prädikat „Premiumwanderweg“. Alle drei Jahre muss die Zertifizierung erneuert werden. Von großer Bedeutung bei der Bewertung durch das Deutsche Wanderinstitut sind unter anderem eine logische und für die Wanderer verständliche und sichtbare Wegweisung, die Ausstattung mit Sitzbänken und Rastplätzen, eine naturnahe und abwechslungsreiche Streckenführung oder das Vorhandensein von Hütten und Gaststätten entlang der Wegstrecke. Das Landratsamt Rastatt um Claus Haberrecht, Dezernent und Mitinitiator der Murgleiter, ist bestrebt, die Qualität der überregional bekannten Wanderstrecke auf diesem hohen Niveau zu halten. In Zusammenarbeit mit dem Zweckverband „Im Tal der Murg“ und den Anrainerkommunen Gaggenau, Gernsbach, Weisenbach, Forbach und Baiersbrunn wird dies erfolgreich gewährleistet. Jedes Jahr findet eine große durchgängige Kontrollbegehung und Bestandsaufnahme von Mängeln statt, die anschließend durch die Kommunen selbst oder in Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort, wie zum Beispiel dem Forst, dem Schwarzwaldverein oder den Naturfreunden ausgebessert werden. Durch diese Maßnahme können auch im Zeitraum zwischen den Nachzertifizierungen optimale Bedingungen sichergestellt und ein Wandererlebnis der Güteklasse geboten werden. Weitere Informationen zur Murgleiter sowie die Etappenkarten und GPS-Dateien stehen unter www.murgleiter.de zum Download bereit. Auch die kostenlose Wanderkarte kann hier angefordert werden.

Radweg

**„Liebliches Taubertal – Der Klassiker“
ein ganz besonderes Spitzenangebot**

*Die Höchstwertung von 5 Sternen
wurde verteidigt*

Der Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ von Rothenburg ob der Tauber bis Wertheim am Main wurde durch den Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) erneut mit 5 Sternen bewertet. Dies ist die höchste Auszeichnung, die für Radfernerwege national und international vergeben werden kann. Der Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ ist der einzige Radweg in Baden-Württemberg, der diese Wertung vorweisen kann. Die Tour bereitet Radspaß pur, eine tolle Flußstallandschaft, Burgen, Schlösser und Klöster sowie gastfreundliche Städte und Gemeinden.

Der 100 km lange Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ gehört zu den bundesdeutschen Spitzenangeboten. Durch die Auszeichnung des ADFC wird seine hohe Qualität belegt. Radfahrer an der Tauber genießen Gastfreundlichkeit, eine erlebenswerte Routenführung parallel zur Tauber und ein leckeres kulinarisches Profil mit Wein oder tauberfränkischem Bier. Hinzu kommen einmalige Sehenswürdigkeiten mit Burgen, Schlössern, Klöstern und Museen sowie Kunstwerke von Tilman Riemenschneider, Balthasar Neumann, Thomas Buscher oder Mathias Grünewald.

Der Klassiker startet in Rothenburg ob der Tauber. Diese Stadt mit ihrem mittelalterlichen Gesamtensemble ist schon alleine eine Reise wert. Der Radweg führt sodann entlang der Tauber bis zur Flussmündung in den Main bei Wertheim. Radler erleben eine herrliche Kulturlandschaft mit Rebhängen, Steinriegeln und Waldzügen. Auch der Wechsel vom grauen Muschelkalk zu rotem Buntsandstein ist bei dieser Radtour eindrucksvoll nachvollziehbar. Der Radweg führt durch schmucke Städte und Gemeinden wie Creglingen, Röttingen, Weikersheim, Bad Mergentheim, Lauda-



Königshofen, Tauberbischofsheim, Werbach und Wertheim. Der Gast lernt so den Riemenschneider-Altar in Creglingen und den Museumsweinberg in Röttingen, das Schloss Weikersheim, das Deutschordensmuseum in Bad Mergentheim, die Weinlandschaft um Lauda-Königshofen, das Kurmainzische Schloss in Tauberbischofsheim, das Pfeiferhannesmuseum in Werbach-Niklashausen, das Kloster Bronnbach und die Burg Wertheim kennen.

In allen Bewertungskriterien des ADFC erreichte die Route nahezu die maximale Punktausbeute. Dies dokumentiert auch, dass der Radklassiker durchgängig einheitlich ausgeschildert und durchgängig asphaltiert ist. Zudem können parallel zur Strecke gute Bahnangebote für Radfahrer genutzt werden. Ebenso wird durch den ADFC bestätigt, dass die Befahrbarkeit und die Routenführung vorbildlich sind und die Strecke autoverkehrsfrei ist.

Informationen zum Radweg „Liebliches Taubertal – Der Klassiker“ gibt es kostenfrei beim Tourismusverband „Liebliches Taubertal“, Gartenstraße 1, 97941 Tauberbischofsheim, Telefon: 09341/82-5806,

Fax: 09341/82-5700, E-Mail: touristik@liebliches-taubertal.de, Internet: www.liebliches-taubertal.de.

Schwäbischer Wald: Saisoneröffnung mit Jubiläumsfeier und Landschaftsausstellung

Ein Jubiläum der besonderen Art wird am 29. Mai 2016 bei der Saisoneröffnung im Schwäbischen Wald gefeiert – „Die Fremdenverkehrsgemeinschaft kommt ins Schwabenalter“, freut sich der Vorsitzende der Fremdenverkehrsgemeinschaft, Landrat Dr. Richard Sigel über das 40-jährige Bestehen und auf die besondere Festveranstaltung.

Mit verschiedenen Aktionen wird das Jubiläum zur Saisoneröffnung im Schwäbischen Wald auf dem Weidefest in Murrhardts Teilort Vordermurrhärle zelebriert. Auch die vierte Schwäbische WaldFee wird nicht fehlen und auf dem Fest in ihr Amt eingesetzt.

Nachmittags wird aus diesem besonderen Anlass eine Landschaftsausstellung von der renommierten Kunsthistorikerin und Kolumnistin der Stuttgarter Zeitung, Adrienne Braun, eröffnet, die

auf zehn großen Bildtafeln die schönsten Seiten der Freizeitregion Schwäbischer Wald zeigen wird.

„Diese Open-Air-Landschaftsausstellung ist genau das, was der Name verspricht – eine Ausstellung in der Landschaft über Landschaft“, erklärt der Rems-Murr-Landrat. „Sie ist als Wanderausstellung für Wanderer konzipiert und wird im Jubiläumsjahr an verschiedenen besonderen, landschaftlich reizvollen Orten des Schwäbischen Waldes zu sehen sein.“

„Unterstützt wird die Landschaftsausstellung vom Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald, dem ich für sein Engagement sehr danke“, so der Vorsitzende der Fremdenverkehrsgemeinschaft, Dr. Richard Sigel.

Die Förderung des Projektes durch den Naturpark enthält Mittel des Landes Baden-Württemberg, der Lotterie Glücksspirale und der Europäischen Union.

Die Mitglieder der Fremdenverkehrsgemeinschaft, Besucher und Einheimische dürfen sich auf eine abwechslungsreiche Saisoneröffnung im Jubiläumsjahr freuen und sind herzlich auf das Weidefest in Vordermurrhärle eingeladen, das bereits ab dem 27. Mai beginnt.

Weitere Informationen unter www.schwaebischerwald.com.

Öffentlichkeitsarbeit

Großer Ansturm beim Kinderbesuchstag im Landratsamt Ostalbkreis

Traditionell findet in den Herbstferien der Kinderbesuchstag im Aalener Landratsamt statt.

Eingeladen sind die Kinder der Beschäftigten im Alter von sechs bis zwölf Jahren. Dieses Jahr kamen 56 erwartungsvolle Jungen und Mädchen. Am Vormittag standen Bastelarbeiten rund um den Herbst auf dem Programm. So entstanden Filzeulen, Vogelfutterhäuschen und Herbstgirlanden. Die jüngeren Kinder spielten im Großen Sitzungssaal, wäh-



rend die älteren sich im Sportraum aus-
toben. Zum Mittagessen begleiteten die
Eltern ihre hungrigen Sprösslinge ins Ka-
sino. Bei Schnitzel und Pommes wurde
neue Energie für das Nachmittagspro-
gramm getankt.

Bei strahlendem Sonnenschein starteten
die Großen zur Stadtrallye, während die
Kleinen den Stadtgarten erkundeten.
Nacheinander besuchten die Gruppen
das Urweltmuseum, wo die Museumspä-
dagogin Ermelinde Wudy sie in die Zeit
der Dinosaurier und Co. einführte. Selbst-
verständlich durfte jedes Kind Ammoni-
ten aus Gips gießen. Müde, aber glück-
lich wurden die Kinder am Abend von
ihren Eltern in Empfang genommen.

Jahrbuch „s Eige zeige“ 2016 des Landkreises Emmendingen – Einblicke in den Wandel in der Landwirtschaft

Landwirtschaft einst und jetzt – das
ist zentrales Thema im Jahrbuch 2016
des Landkreises Emmendingen. Der neue
Band 2016 der Jahrbuchreihe „s Eige
zeige“ widmet sich als Themenband der
Landwirtschaft und trägt deshalb den
Titel „Wald, Feld, Fluss – von Menschen,
Tieren und Pflanzen“. Auf 236 Seiten wer-
den die Veränderungen und der Wandel
des bäuerlichen Lebens in den vergange-
nen fünfzig Jahren im Landkreis Em-
mendingen dargestellt. Dazu hat Kreis-

archivar Gerhard A. Auer 19 Frauen und
Männer befragt, die alle aus der Land-
wirtschaft, dem Weinbau oder verwand-
ten Berufen stammen. Die Zeitzeugen
geben mit ihren Interviews einen Ein-
blick sowohl in ihre Betriebe als auch in
die Familien- und Lebensgeschichten.
Bekannte Personen aus dem Landkreis
berichten über Obst- und Weinbau und
Viehwirtschaft, aber auch Waldbesitzer,
Fischer, Imker, Schnapsbrenner, Jäger
und Vermieter von Ferienwohnungen
auf dem Bauernhof kommen im Buch zu
Wort.

Das Jahrbuch „s Eige zeige“ mit dem Titel
„Wald, Feld, Fluss – von Menschen, Tieren
und Pflanzen“ ist im Buchhandel zum
Preis von 19,80 Euro erhältlich. ISBN 978-
3-926556-31-5



**Kühe auf der Weide: Landwirtschaft steht im Mittelpunkt des neuen Kreisjahrbuches „s Eige zeige“
des Landkreises Emmendingen.**

Landkreis Rastatt stellt neuen Bildband vor

Gemeinsam mit dem Oldenburger Ver-
lag Kommunikation und Wirtschaft stellt
der Landkreis Rastatt seinen brandneuen
aktuellen Bildband vor. Auf 124 Seiten
schreiben 23 Autoren und Autorinnen in
insgesamt 29 Beiträgen über die vielen
Facetten des Landkreises. Fünf Beiträge
beschäftigen sich dabei mit dem Kreis als
Kulturraum, mit seiner Geschichte, den
Schlössern und Burgen, aber auch über
Feste und Bräuche oder die „Einbettung
in den europäischen Dialog“ wird kennt-
nisreich berichtet.

Der Landkreis ist ein „Kreis mit Dynamik“,
das unterstreichen alleine elf kurze, aber
lesenswerte Aufsätze. Natürlich geht es
hier vor allem um Themen aus der
Wirtschaft, dem Handel und Handwerk,
aber auch über die Bereiche wird berich-
tet, die für ein gutes Funktionieren un-
seres Raumes von Bedeutung sind. Dazu
zählen unter anderem die infrastruk-
turellen Voraussetzungen, aber auch an-
dere Faktoren wie Forstwirtschaft, Wein-
bau oder Landwirtschaft.

Dass der Landkreis seiner großen Ver-
antwortung im Bildungswesen und im
sozialen Bereich gerecht wird, das bele-
gen insgesamt sechs Beiträge. Hier sind
es vor allem das breitgefächerte Schul-
wesen, die Arbeit der Volkshochschule,
die Lehrerfortbildung an der Landes-

akademie Gaggenau-Bad Rotenfels, die medizinische Versorgung, aber auch die Angebote in den vielen sozialen Aufgabenbereichen. Das vierte und letzte Kapitel beschäftigt sich mit der „Lebensqualität“ im Landkreis. Gisela Merklinger zeichnet hier ein sehr abwechslungsreiches Bild der 23 Kommunen im Landkreis. Der Naturpark Schwarzwald/Mitte/Nord wie auch der Nationalpark Schwarzwald kommen nicht zu kurz. Der Landkreis hat aber sehr viel mehr und vor allem wunderschöne Seiten. Beiträge von Fachautoren zu den kulinarischen Genüssen, zu touristischen Themen oder zu den guten nachbarschaftlichen Beziehungen zum Elsass und Baden-Baden runden den Band ab.

Ergänzt wird der Bildband durch 37 redaktionell bearbeitete Unternehmensportraits, die wesentlich zur Finanzierung beigetragen haben.

Schwarzwald-Baar-Kreis.de jetzt mit neuem Outfit

Der Schwarzwald-Baar-Kreis hat einen neuen Internetauftritt. Seit Kurzem ist die Homepage des Landratsamtes in einem frischen neuen Outfit anzutreffen. Doch nicht nur die Oberfläche ist neu gestaltet – auch die Technik, auf die der neue Auftritt fundiert, ist brandneu.

„Zu Beginn des Projektes zur Überarbeitung der Homepage hatten wir uns vor allem das Ziel gesetzt, unsere zahlreichen Informationen für die Nutzer übersichtlicher und auffindbarer zu gestalten“, so Landrat Sven Hinterseh bei der Freischaltung der Seite.

Damit dies gelingt, wurden die Themen des Landkreises in acht farblich gekennzeichnete Rubriken eingeteilt. Der Nutzer kann sich so an den Überschriften: „Landkreis“, „Bürgerservice“, „Wirtschaft“, „Tourismus“, „Familie“, „Bildung“, „Gesundheit“ und „Kultur“ orientieren. Begrüßt werden die Besucher der neuen Seite mit den aktuellsten Meldungen aus dem Landratsamt. Die Pressemitteilungen sind direkt auf den ersten Blick zu



Die neue Homepage des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis ist online. Zu dem neuen Outfit haben die Internetredakteure der Fachämter mit neuen Inhalten und Strukturen ebenso beigetragen, wie eine Studentengruppe der Hochschule Furtwangen University.

finden. Weiterer neuer Orientierungspunkt ist der Infokasten „Häufig gesucht: ...“. Diese „Tag Cloud“ regeneriert die am häufigsten gesuchten Themen und bewertet diese nach Anzahl der Suchmeldungen, indem die Schriftgrößen unterschiedlich dargestellt werden. Neu sind auch die Informationskacheln. Themen wie „Abfallkalender“, „Asyl“, „Bürgerservices“, „Fluglärm“, „Formulare“, „Kreistag“ sowie „Demografie“ und „Breitband“ sind mit einem Klick leicht zu erreichen.

Das Projekt „Homepage“ wurde in Zusammenarbeit mit einer Studentengruppe der Hochschule Furtwangen University (HFU) unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Taube von der Fakultät Digitale Medien umgesetzt. Die studentische Projektleiterin Richarda Kraft betreute die neue Homepage-Erstellung intensiv: „Das Hauptanliegen, das mit diesem Relaunch verfolgt wurde, war die Steigerung der Übersichtlichkeit und Nutzerfreundlichkeit. Nach der Analyse der damaligen inhaltlichen und optischen Struktur wurde also zunächst auf beiden Ebenen eine Neustrukturierung durchgeführt. Die inhaltlichen Strukturen wurden deutlich flacher und mit der

Seitenspalte wurde Raum für wichtige Informationen und Schnellzugriffe geschaffen. Die responsive Umsetzung der Seite sorgt außerdem dafür, dass sie sich den verschiedenen Anforderungen von PC, Tablet und Smartphone anpasst.

Des Weiteren galt es, die Internetredakteure in den Umgang mit dem neuen Content Management System (CMS) einzuführen, welches um einige Elemente erweitert wurde. Beispiele für diese Elemente sind die Kontaktboxen und Akkordeonelemente sowie die bereits erwähnten Quicklinks (Informationskacheln) oder auch die „Tag Cloud“. All diese Elemente ermöglichen nun einen schnellen Zugriff auf wichtige und häufig nachgefragte Inhalte, wie Kontaktdaten, Formulare oder den Abfallkalender und sorgen für Übersichtlichkeit auf allen Endgeräten“.

Als Technik wurde erneut ein Content-Management-System hinterlegt, so dass die zahlreichen Inhalte durch die jeweiligen Internetredakteure der Fachämter schnell und einfach gepflegt werden können. Hierzu wurde auf ein neues Produkt gesetzt. Dieter Engesser, Leiter der Informatikabteilung des Landratsamtes: „Beim Relaunch unseres Internetauf-

tritts kam als Content Management Systems (CMS) Neos zum Einsatz. Für uns stellt dies eine konsequente Weiterentwicklung des bisher verwendeten Typo 3 Systems dar. Es geht in vielerlei Hinsicht völlig neue Wege und ist damit eines der innovativsten CMS auf dem Markt. Den Internetredakteuren der Kreisverwaltung stehen völlig neue Möglichkeiten und Bedienkonzepte bei der Verwaltung der Inhalte der neuen Webseiten zur Verfügung. Mit dem neuen System wurde jetzt auch die Umsetzung eines sogenannten „Responsive Designs“ möglich. Der grafische Aufbau einer responsiven Website erfolgt abhängig vom benutzten Endgerät. Damit kann der Internetauftritt nun auch sinnvoll auf Smartphones und Tabletcomputern genutzt werden.“

Umwelt

Landkreis Böblingen: Erneute Auszeichnung der Streuobst-Pädagogen mit der UN-Dekade Biologische Vielfalt

2013 war das Projekt „Die Streuobstwiese – Unser Klassenzimmer im Grünen“ zum ersten Mal mit der begehrten Auszeichnung geehrt worden; jetzt erfolgte die Wiederauszeichnung als UN-Dekade-Projekt. Es ist nach wie vor ein Erfolgsmodell: Streuobst-Pädagogen sind an Schulen im und außerhalb des Landkreises Böblingen unterwegs und vermitteln viel Information und Bewusstsein zum und für den schönen und artenreichen Lebensraum Streuobstwiese. Das honoriert die UNO mit der Bezeichnung als UN-Dekade-Projekt. Ziel dieser UN-Dekade Biologische Vielfalt ist es, die Menschen für den Schutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt zu begeistern.

„Es geht immer in erster Linie darum, den Wert einer Landschaft zu transportieren und die Menschen so dazu zu bringen,

etwas für deren Erhalt zu tun“, betont der Böblinger Landrat Roland Bernhard. „Wenn die Streuobst-Pädagogen diese Botschaft schon in den Grundschulen auf spielerische Art an die Kinder vermitteln, ist der Grundstein gelegt für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Kulturlandschaft.“ Das Projekt der Streuobst-Pädagogen startete bereits 2011 mit Unterstützung des Landkreises Böblingen und PLENUM Heckengäu. Zwischenzeitlich fördert dankenswerterweise auch die Sozialstiftung der Kreisbank Böblingen dieses wertvolle umweltpädagogische Projekt.

In einem ersten Ausbildungsjahrgang waren 30 Frauen und Männer ausgebildet worden, inzwischen sind es 131 Streuobst-Pädagogen aus fünf Ausbildungsjahrgängen, auch aus anderen Teilen Baden-Württembergs sowie aus Bayern und Rheinland-Pfalz. Die Schulen greifen das Angebot gerne auf, über mangelnde Anfragen können sich die Streuobst-Pädagogen jedenfalls nicht beklagen.

„Die Kinder sind im Grünen Klassenzimmer immer mit einer Riesenbegeisterung bei der Sache“, erzählt Beate Holdried, die Begründerin der Idee und heute Mit-Verantwortliche an der Streuobstschule des Landkreises Böblingen. Das „Grüne Klassenzimmer“ umfasst i. d. R. 22 Unterrichtseinheiten an 10 Terminen. Beginnend mit einer theoretischen Einführung wird über das Pflanzen eines Baumes, Wachstumsgesetze und Nisthilfen, Wiesenkräuter und Wiesenblumen, Insekten und Obstsorten, bis hin zur Ernte und Verwertung alles rund um die Streuobstwiese beleuchtet. „Es gibt keinen besseren Weg, Zusammenhänge in der Natur erleb- und begreifbar zu machen. Die Nachfrage gibt uns recht.“ Mehr Informationen zu den Streuobst-Pädagogen gibt es unter www.streuobstpaedagogen.de.

Die deutsche UN-Dekade Biologische Vielfalt startete offiziell am 8. November 2011. Sie wird im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit dem Bun-

desumweltministerium (BMUB) und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) von der Geschäftsstelle der UN-Dekade umgesetzt. Ein zentrales Instrument ist der Wettbewerb für UN-Dekade-Projekte. Gute Beispiele sollen als Vorbild dienen. Aus diesem Grund zeichnet die UN-Dekade Projekte und Beiträge aus, die sich in vorbildlicher Weise für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen.

Landkreis Rastatt: Heimatkunde als Vorbild für andere Schulen – Grundschule Hilpertsau offiziell als erste Naturpark-Schule ausgezeichnet

Jetzt ist es offiziell: Die Grundschule Hilpertsau im gleichnamigen Gernsbacher Stadtteil im Landkreis Rastatt ist die erste Naturpark-Schule im Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord. Am 14. Dezember 2015 überreichte der Naturpark-Vorsitzende und Rastatter Landrat Jürgen Bäuerle vor Ort die offizielle Urkunde und eine Plakette mit dem Schriftzug „Naturpark-Schule“ an Rektorin Brigitte Seiser. Bäuerle lobte das Engagement der Schule und der Stadt, das Pilotprojekt gemeinsam mit dem Naturpark begonnen zu haben. „Sie sind Vorbild für viele andere Schulen, die den gleichen Weg gehen und Naturpark-Schule werden wollen“, sagte Bäuerle vor rund 100 Gästen – darunter der Landtagsabgeordnete Ernst Kopp, die Rastatter Schulamtsdirektorin Anja Bauer sowie zahlreiche Kooperationspartner des Projekts, Elternvertreter sowie natürlich die ersten Naturpark-Schüler des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord. Fünf Unterrichtsmodule haben die Grundschüler im ersten Jahr gemeinsam mit außerschulischen Partnern absolviert – so erkundeten sie das Leben auf der Wiese, stellten Kräutergel her und lernten, wie in früheren Zeiten Heu gemacht wurde. Dank einer Präsentation mit zahlreichen Bildern der durchgeführten Module erhielten die Gäste



Naturpark-Vorsitzender Landrat Jürgen Bäuerle (rechts) übergibt gemeinsam mit Bürgermeister Dieter Knittel die Urkunde und die Plakette an Rektorin Brigitte Seiser.

einen guten Einblick in das Projekt. „Ich freue mich, dass die Naturpark-Schule bei den Schülern, Lehrern und natürlich bei den außerschulischen Partnern auf so große Resonanz gestoßen ist“, sagte Gernsbachs Bürgermeister Dieter Knittel.

Ziel des Naturparks ist es, in den kommenden Jahren ein ganzes Netzwerk solcher Naturpark-Schulen aufzubauen. Interesse aus anderen Teilen des Naturparks gibt es bereits. Vorbild dabei ist der Naturpark Südschwarzwald mit bereits zwei Dutzend beteiligter Schulen. Das Besondere an dem Projekt ist, dass alte Kultur- und Naturkenntnisse der Menschen vor Ort in die Schule getragen werden. Die Schüler lernen auf diese Weise nicht nur das „Damals“ kennen, sondern werden gleichzeitig dazu animiert, eigene Ideen für die zukünftige Gestaltung ihrer Heimat – dem Naturpark – zu entwickeln.

Seit seiner Gründung im Jahr 2000 engagiert sich der Naturpark aktiv im Bereich Umwelt- und Naturpädagogik. Er unterstützt eine ganze Reihe von Projekten, die sich für den Schutz der Natur und den Erhalt der Landschaft einsetzen – von der Wiesenpflege über das Auf-

hängen von Fledermauskästen bis hin zur Auerhuhn-Habitatpflege. Projekte mit Kindergärten (Muh, die Kuh) und Schulen (Naturpark-Entdeckerwesten) setzen ein wichtiges Zeichen für die Zukunft: Schon die Kleinsten sollen frühzeitig einen Bezug zur Natur und Umwelt in ihrer unmittelbaren Umgebung bekommen. Die Naturpark-Schulen sind ein weiterer wichtiger Baustein, um dieses Ziel zu erreichen. Das Konzept wurde vom Verband Deutscher Naturparke (VDN) entwickelt.

Landschaftserhaltungsverband im Landkreis Ludwigsburg gegründet

Der Gründung eines Landschaftserhaltungsverbands (LEV) im Landkreis Ludwigsburg hat der Ludwigsburger Kreistag im zweiten Anlauf am 17. Juli 2015 zugestimmt. Landrat Dr. Rainer Haas sagte bei der Gründungsversammlung des Verbandes am 1. Dezember 2015 im Ludwigsburger Kreishaus: „Gerade in einem so hoch verdichteten Landkreis, wie dem unseren, werden der Erhalt und die Pflege der Landschaft ein immer bedeutenderer Standortfaktor. Umso mehr freue ich mich, dass nunmehr 23 Land-

kreiskommunen von Anfang an dabei sind.“

Wenn man den Landkreis für seine Bürgerinnen und Bürger lebens- und erholungswert erhalten möchte, so der Landrat weiter, bedeute dies auch, seine einzigartige Vielfalt zu bewahren. „Ich bin überzeugt, dass diese überaus wichtige Aufgabe nur gemeinsam gelingen kann – getragen von einem Konsens zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Kommunalpolitik, wie sie in einem LEV, also einem freiwilligen Zusammenschluss von Landkreis und Kommunen, von Partnern aus Land- und Forstwirtschaft sowie privatem Naturschutz, schon in vielen anderen Landkreisen in Baden-Württemberg erfolgreich praktiziert wird.“

An der Gründungsversammlung nahmen neben den Vertretern der Mitgliedskommunen auch Vertreter des Bauernverbands Ludwigsburg-Heilbronn, des Landesnaturschutzverbands, des BUND-Kreisverbandes sowie des Regierungspräsidiums Stuttgart teil. In den Vorstand gewählt wurden Oberbürgermeister Gerd Maisch (Vaihingen/Enz) und Bürgermeister Volker Godel (Ingersheim)



Landrat Dr. Rainer Haas (vorne ganz rechts) mit den Gründungsmitgliedern des Landschaftserhaltungsverbandes im Landkreis Ludwigsburg

als Vertreter der Kommunen, Eberhard Zucker und Ernst Reutter als Vertreter des Bauernverbands sowie Werner Brekle und Klaus Rüdener als Vertreter der anerkannten Naturschutzvereinigungen. Ulrike Möck und Cornelia Kästle wurden als Vertreter des Regierungspräsidiums Stuttgart benannt.

Für die operativen Aufgaben wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die mit zwei hauptamtlichen Fachkräften besetzt wird. Im Anschluss an die Gründungsversammlung fand gleich die erste Vorstandssitzung statt, bei der die Stellenausschreibung für die zu besetzenden Positionen beschlossen wurde.

Verkehr

Landkreis Sigmaringen: Ein Quantensprung im ÖPNV – Neue Regiobuslinie Sigmaringen – Überlingen

Seit dem 1. März 2016 rückt die Donau näher an den Bodensee. Zumindest was die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Nahverkehr betrifft. Dies gelingt durch die neue Regiobuslinie zwischen Sigmaringen und Überlingen.

Von 5 Uhr morgens bis 24 Uhr in der Nacht kann man von Überlingen nach Sigmaringen gelangen und umgekehrt – und das mit einer Fahrtzeit von max. 1 Stunde. An Samstagen und Sonntagen fährt der Bus von 7 Uhr bis 24 Uhr. Neben einer Klimatisierung der Busse wird standardmäßig auch ein offener W-LAN-Zugang vorhanden sein. Der neu eingeführte Stundentakt ist in Sigmaringen auf die Donaubahn und in Überlingen auf die Bodensee-Gürtelbahn abgestimmt.

Die Buslinie wird zu 50 % vom Land sowie von den Landkreisen Bodensee und Sigmaringen finanziert. Als einzige der ersten fünf Regiobuslinien konnte eine Landesförderung über fünf Jahre erreicht werden.

Zwar ist der Zuschussbedarf mit einer Summe von jährlich insgesamt rund 1,0 Mio. Euro, an dem sich der Landkreis Sigmaringen mit rund 365 000 Euro und der Bodenseekreis mit rund 145 000 Euro beteiligen, nicht unerheblich.

Die Sigmaringer Landrätin Stefanie Bürkle ist jedoch von den positiven Auswirkungen dieser Entscheidung überzeugt: „Das kommt einem Quantensprung gleich. Durch diese Investition kann der Verkehr für die Menschen im ländlichen Raum deutlich verbessert und aufgewertet werden.“

Mit der neuen Buslinie wird einerseits die im Schienenverkehr bestehende Lücke zwischen Sigmaringen und Überlingen geschlossen. Auf der anderen Seite werden auch das Mittelzentrum Pfullendorf sowie die Gemeinden Krauchenwies, Herdwangen-Schönach und Owingen an das überregionale Verkehrsnetz angebunden.

Verbesserungen ergeben sich damit vor allem für Schüler und Auszubildende, da mit der neuen Linie mehrere große Schulstandorte in den Raumschaften Pfullendorf und Überlingen besser miteinander verknüpft werden können. Daneben wird auch der Berufsverkehr gestärkt, da Gewerbegebiete in Überlingen und Pfullendorf durch die Regiobuslinie

erschlossen werden. Auch die Erreichbarkeit des Bodensees oder des Donautals werden so verbessert.

Landkreis Sigmaringen wurde für ÖPNV-Förderprojekt ausgewählt

Nach der Unterstützung für den Regiobus zwischen Sigmaringen und Überlingen erhält der Landkreis Sigmaringen auch für ein weiteres ÖPNV-Projekt Fördermittel. Landrätin Stefanie Bürkle konnte in Berlin aus den Händen von Verkehrsstaatssekretär Rainer Bomba das Zertifikat für die Aufnahme in das Bundesprogramm „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität im ländlichen Raum“ entgegennehmen. „Mich freut es, dass wir nach der Aufnahme in das Regiobus-Programm von Seiten des Landes auch Fördermittel des Bundes in den Landkreis holen können“, so die Landrätin. Als einziger Landkreis in Baden-Württemberg wurde der Kreis Sigmaringen mit 17 weiteren Landkreisen in Deutschland für dieses Pilotprojekt ausgewählt. Die Auswahl erfolgte aus insgesamt 91 Kreisen.

„Uns war es immer wichtig, nicht nur die Städte Pfullendorf und Sigmaringen zu stärken, sondern auch Gemeinden



Landrätin Bürkle (2. v.r.) erhält von den Verkehrsstaatssekretären Rainer Bomba, Enak Ferlemann, MdB, und Dorothee Bär, MdB, das Zertifikat zur Aufnahme in das Förderprogramm.

im südlichen Landkreis profitieren zu lassen“, erklärt Stefanie Bürkle.

Rund 350 000 Euro werden bis zum Projektende im April 2018 vom Bund zur Verfügung gestellt, um in der Gemeinde Herdwangen-Schönach und weiteren Gemeinden bedarfsorientierte Verkehrsangebote anzubieten.

Der Ort ist mit seinen 16 Teilorten und Weilern besonders dezentral strukturiert. Das öffentliche Verkehrsangebot ist auf den Schülerverkehr ausgerichtet und droht vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen ausgedünnt zu werden. Bedarfsorientierte und genau auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebote sollen künftig die Menschen in Herdwangen-Schönach auch ohne Automobil halten. Bürkle möchte dabei auf die Ideen der Bürger vor Ort setzen: „Gemeinsam mit den Menschen vor Ort wollen wir in Bürgerwerkstätten herausfinden, welche Angebote benötigt werden und wo wir am effektivsten Verbesserungen schaffen können.“

Verkehrsminister Winfried Hermann gibt in Lörrach Startschuss für die landesweite RadNETZ-Beschilderung – Landkreis Lörrach erhält als erster von 44 Stadt- und Landkreisen die Beschilderung zur Fahrradwegweisung des „RadNETZ“ Baden-Württemberg

Rund 7000 km umfasst das RadNETZ Baden-Württemberg insgesamt. In Lörrach hat am 9. Dezember 2015 Winfried Hermann, Minister für Verkehr und Infrastruktur des Landes Baden-Württemberg, gemeinsam mit Landrätin Marion Dammann das erste Schild der einheitlichen Wegweisung angebracht.

„Vor knapp zwei Jahren haben wir mit der Entwicklung eines landesweiten Radverkehrsnetzes begonnen. Heute bringen wir im Landkreis Lörrach das erste Schild und die erste Banderole an, die das RadNETZ Baden-Württemberg in Zukunft kennzeichnen werden. Schon bald wird das RadNETZ in immer mehr Landkreisen sichtbar werden“, so Ver-



kehrsminister Winfried Hermann beim Startschuss für die Beschilderung in Lörrach.

„Wir freuen uns, dass das Verkehrsministerium in unserem Landkreis den Startschuss für das landesweite Vorhaben gibt. Lörrach ist damit Pilotlandkreis für die Umsetzung der wegweisenden Beschilderung des RadNETZes Baden-Württemberg“, betont Landrätin Dammann. Entscheidend hierfür waren die guten Voraussetzungen, nämlich die gesicherte Befahrbarkeit der Routen, so dass das RadNETZ im Landkreis Lörrach vollständig auf dem Radroutennetz des Kreises verläuft. Der Fachbereich Straßen hat zudem im Auftrag des Regierungspräsidiums Freiburg Ausschreibung und Vergabe für Herstellung und Montage der Fahrradwegweisung des RadNETZ umgesetzt. „Wir ernten hiermit einen Teil der Früchte unserer erfolgreichen Radverkehrsplanung“, fügt die Landrätin hinzu. Das Netz soll die Mittel- und Oberzentren in Baden-Württemberg auf alltagstauglichen Wegen miteinander verbinden. Ziel des Landes ist es, möglichst zeitnah einen großen Teil des RadNETZes Baden-Württemberg nach dem Stand der Technik auszuschildern, diese Strecken als RadNETZ erkennbar zu machen und damit den Bürgern einfache Orientierung auf ihren alltäglichen Wegen

zu bieten. Voraussetzung für die Beschilderung als RadNETZ ist, dass die Strecken Mindeststandards entsprechend und damit eine sichere Befahrbarkeit gewährleistet ist.

Das Land Baden-Württemberg finanziert die Erstausrüstung der Wegweiser sowie eventuell notwendige Anpassungen in der bereits installierten Beschilderung für das gesamte RadNETZ. Auch die künftige Pflege und Wartung der Beschilderung wird vollständig vom Land Baden-Württemberg übernommen. Dadurch wird die hohe Qualität der Beschilderung dauerhaft garantiert. Der Landkreis hat mit Unterstützung der RadNETZ-Planungsbüros und dem Regierungspräsidium Freiburg die Ausschreibung der Beschilderungsleistungen übernommen.

199 km des insgesamt 638 km langen Radwegweisungsnetzes im Landkreis sind deckungsgleich mit dem RadNETZ Baden-Württemberg. Im Anschluss an die Beschilderung des RadNETZ Baden-Württemberg soll im Jahr 2016 das verbleibende Kreisnetz im Landkreis Lörrach mit einer Restlänge von 439 km mit Fahrradwegweisung ausgestattet werden.

Verschiedenes

Finnische Delegation zu Besuch im Rems-Murr-Kreis

Eine über 20-köpfige Delegation aus Oulu in Finnland, Partnerregion von Baden-Württemberg, bereiste kürzlich den Rems-Murr-Kreis. Wirtschaft, Wissenschaft, Innovation, Bildung und Kultur umfassten die Themenschwerpunkte der Delegationsreise. Zum Thema Bildung besuchte die Delegation das Berufliche Schulzentrum in Backnang, mit welchem die Region Stuttgart bereits seit einigen Jahren Kooperationen pflegt. Landrat Dr. Richard Sigel begrüßte Terttu Savolainen, Generaldirektorin des Regionalverwaltungsamtes Nordfinland, und



V.l.n.r.: Tapio Saavalainen, Direktor für internationale Beziehungen, Sicherheit und Ausländer- und Zuwanderungsfragen, Regionalverwaltungsamt Nordfinnland; Landrat Dr. Richard Sigel; Terttu Savolainen, Generaldirektorin des Regionalverwaltungsamtes Nordfinnland; Gottfried Effe, Stellvertretender Vorsitzender Euroregion e.V., Oulu, und Vorsitzender des Finnland-Deutschland Vereins Oulu; Dr. Michael Vogt, Leiter des Geschäftsbereichs Schulen, Bildung und Kultur des Rems-Murr-Kreises

zwei Vertreter der Delegation in Waiblingen und erläuterte dabei die Struktur des Rems-Murr-Kreises, wobei sich die Gäste besonders über die Aufgaben des Kreises bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erkundigten. Im gemeinsamen Gespräch wurden einige Parallelen festgestellt. Die Region Oulu ist mit ca. 470 000 Einwohnern ähnlich groß wie der Rems-Murr-Kreis. Die Zahl der Flüchtlinge mit aktuell ca. 3100 im Rems-Murr-Kreis entspricht der Zahl der Asylsuchenden in der Region Oulu. Auch in Finnland werden Personen in Sporthallen einquartiert. Für den Rems-Murr-Kreis ist die Unterbringung in Turnhallen nach wie vor eine Notlösung, denn „Integration aus Turnhallen heraus wird nicht gelingen“, so Landrat Dr. Richard Sigel.

Terttu Savolainen berichtete, dass man in der Region Oulu an einem Integrationskonzept arbeite. Landrat und Generaldirektorin waren sich einig, dass Integration nur funktionieren kann, wenn über die Anträge der Asylbewerber schneller entschieden wird. Des Weiteren erläuterte Savolainen, dass Finnland eine Reform im Gesundheitswesen bevorsteht. Interessiert haben die Vertreter der

Delegation den Bau des Rems-Murr-Klinikums zur Kenntnis genommen. Terttu Savolainen bedankte sich bei Landrat Dr. Sigel für den herzlichen Empfang und den wertvollen Gedankenaustausch.

Frisches von hier! Einkaufen beim Direktvermarkter – Neue Direktvermarkterbroschüre des Landkreises Tübingen

Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien im Landkreis Tübingen produzieren eine Vielfalt an hochwertigen und frischen Lebensmitteln: Streuobst und Streuobstprodukte, Getreide und Brot, Gemüse, Geflügel, Schweine-, Rind- und Lammfleisch, Wild, Edelspirituosen und vieles mehr. Der Landkreis Tübingen hat eine neue Broschüre aufgelegt, mit deren Hilfe es leichtfällt, sich einen Überblick zu verschaffen, vor Ort und direkt beim Erzeuger einzukaufen und tolle Einkaufserlebnisse zu genießen.

Die Broschüre ist ab sofort beim Landratsamt Tübingen erhältlich. Unter www.kreis-tuebingen.de/Dienstleistungen/Landwirtschaft kann man die Broschüre herunterladen.

Kaufvertrag unterzeichnet – Rhein-Neckar-Kreis erwirbt die ehemalige Polizeidirektion Heidelberg

„Jetzt ist es amtlich“, freut sich Landrat Stefan Dallinger. Der Kaufvertrag zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land Baden-Württemberg zum Erwerb des landeseigenen Gebäudes Römerstraße 2 bis 4, in dem früher die Polizeidirektion Heidelberg untergebracht war, ist seit dem 11. Dezember 2015 unter Dach und Fach. Aus den Händen des Leiters des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg – Amt Mannheim und Heidelberg, Bernd Müller, erhielt der Kreischef kürzlich den notariellen Kaufvertrag. Mit dabei waren auch der Leiter des Eigenbetriebs Bau und Vermögen Rhein-Neckar-Kreis, Jürgen Obländer, und Uwe Baumann vom Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg – Amt Mannheim und Heidelberg. „Nach diesem Schritt können wir die Planung für nun drei Gebäude am Standort Römerkreis aufnehmen“, blickt Jürgen Obländer in die Zukunft. Und Bernd Müller ergänzt: „Mit dem Verkauf der Römerstraße erfolgte der erste Schritt zur Realisierung der ‚Jahrhundertchance‘ für die Kriminaldirektion Heidelberg sich von bisher fünf Standorten auf einen in den Campbell Barracks zu konzentrieren.“

Bereits am 19. März 2015 hatte der Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Landtags dem Verkauf dieser Liegenschaft an den Rhein-Neckar-Kreis zugestimmt. Der Ankauf des Gebäudes, das in unmittelbarer Nachbarschaft zum Landratsamtsgebäude des Rhein-Neckar-Kreises, Kurfürsten-Anlage 38 bis 40, in Heidelberg liegt, sei eine kluge Lösung, so Dallinger weiter. Der Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises habe sich ja bereits in seiner Sitzung am 24. Juni 2014 mit diesem Thema beschäftigt und mit großer Mehrheit zugestimmt. Realistisch sei, dass die Immobilie 2020 leer sei. Danach gelte es, eine Anbindung an das bestehende Landratsamtsgebäude zu schaffen – IT-technisch und gebäudlich



Große Freude bei Landrat Stefan Dallinger (2. v. l.): der Leiter des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg – Amt Mannheim und Heidelberg, Bernd Müller, überreicht gemeinsam mit Uwe Baumann den Kaufvertrag über die ehemalige Polizeidirektion Heidelberg, Römerstraße 2 bis 4. Mit dabei der Leiter des Eigenbetriebs Bau und Vermögen Rhein-Neckar-Kreis, Jürgen Obländer.

– sowie das Objekt zu renovieren. Ein Umzug in die neuen Räumlichkeiten sei dann 2022 möglich, zeigte sich der Landrat optimistisch.

Der Kaufpreis liegt bei 34 Millionen Euro – davon rund 10 Millionen Euro für den Grunderwerb. Bis Ende 2013 war dieses Gebäude Sitz der Polizeidirektion Heidelberg. Auch das Polizeirevier Heidelberg-Mitte ist hier untergebracht und wird auch dauerhaft dort bleiben. Mit der Polizeistrukturreform ist die Polizeidirektion Heidelberg indes aufgelöst und Heidelberg Sitz der Kriminalpolizeidirektion des neu gebildeten Polizeipräsidiums Mannheim geworden. Derzeit ist die Kriminalpolizeidirektion in der Römerstraße 2 bis 4 untergebracht.

Der Kreis mit seinen ständig wachsenden Aufgaben braucht insbesondere seit der Verwaltungsstrukturreform 2005 ständig neue Büroräume, um all seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die derzeit auf mehrere Standorte in Heidel-

berg verteilt sind, an einem Standort zu konzentrieren. Die drei starken Außenstellen in den Großen Kreisstädten Sinsheim, Weinheim und Wiesloch bleiben erhalten. „Dass wir jetzt in Heidelberg ein so starkes Headquarter am Römerkreis bilden können, ist ein Meilenstein, der den Rhein-Neckar-Kreis als attraktiven Arbeitgeber festigt“, freut sich der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises. Durch die Zusammenlegung aller Standorte in Heidelberg werden sich erhebliche Synergien innerhalb der Verwaltungsabläufe ergeben, zeigt sich Stefan Dallinger zuversichtlich.

**Landratsamt Karlsruhe erreicht die Exzellenzklasse –
Erstmalig mit Corporate Health Award 2015 ausgezeichnet**

Das Landratsamt Karlsruhe hat bei seiner ersten Teilnahme am Corporate Health Audit auf Anhieb die Exzellenzklasse

erreicht und ist damit bundesweit der einzige Landkreis mit diesem Zertifikat. Darüber informierte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel den Kreistag in seiner Sitzung vom 26. November 2015. „Betriebliches Gesundheitsmanagement ist eine zentrale Querschnittsaufgabe, auch in der öffentlichen Verwaltung, um als Arbeitgeber zu zeigen: ‚Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mir wichtig‘. Die Auszeichnung mit dem Exzellenz-Siegel bestätigt unser bisheriges Engagement im Gesundheitsmanagement und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, so der Landrat.

Das Exzellenzsiegel wurde in Bonn in feierlichem Rahmen verliehen und steht unter der Schirmherrschaft des Bundesgesundheitsministeriums. Es unterstreicht das vorbildliche Engagement für die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die vorausschauende, nachhaltige Personalstrategie des Landratsamtes.

Der Leiter des Personal- und Organisationsamtes Ulrich Max, der die Auszeichnung entgegengenommen hatte freute sich, bei der ersten Teilnahme am Corporate Health Audit auf Anhieb die Exzellenzklasse erreicht zu haben. „Das Gütesiegel motiviert uns, auch weiterhin die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fokus zu haben“.

Die rund 1900 Menschen, die im Landratsamt in den unterschiedlichsten Bereichen arbeiten, erfüllen täglich Aufgaben, die verschiedenste physische und psychische Anforderungen mit sich bringen. Von körperlich geprägter Tätigkeit, z.B. bei der Waldarbeit, der Vermessung oder in den Straßenmeistereien, über rein verwaltende und somit vorwiegend sitzender und kognitiv anspruchsvoller Tätigkeit am Büroarbeitsplatz bis hin zu emotional fordernder Arbeit in den sozialen Bereichen des Landratsamtes. Aus allen Bereichen ergeben sich Zielgruppen für gesundheitsförderliche Maßnahmen. Das Betriebliche



Siegelverleihung in Bonn: Die Auszeichnung nahmen der Leiter des Personal- und Organisationsamtes Ulrich Max (3. v. r.), sein Stellvertreter Hartmut Filsinger (2. v. l.) und die Gesundheitsmanagerin Hannah Reusch (4. v. r.) entgegen.

Gesundheitsmanagement des Landratsamtes beinhaltet zum einen übergreifende, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugängliche Angebote. Hierzu zählen zum Beispiel Gesundheitstage, Betriebssportgruppen, Fortbildungen, ein interner Beratungsdienst, Unterstützung bei Konflikten, Wiedereingliederung nach langer Krankheit und medizinische Vorsorgen. Zum anderen werden durch das Gesundheitsmanagement gezielt Beschäftigungsgruppen mit Projekten und Maßnahmen angesprochen. Dazu gehören beispielsweise Informationsveranstaltungen für Führungskräfte, Seminare für Auszubildende, Gesundheitsförderung für Forstwirte und Straßenwärter, Angebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinschaftsunterkünften und Bewegte Pausen für Beschäftigte an PC-Arbeitsplätzen. Die enge Verzahnung des Gesundheitsmanagements mit der Personalentwicklung und dem Bereich Arbeitsschutz und -medizin ist zudem ein wesentliches Merkmal des Landratsamtes und ermöglicht es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ganzheitliches Angebot zur Verfügung zu stellen. Die Grundlage für die Auszeichnung bil-

dete das Corporate Health Audit, das seit 2009 mehr als 350-mal durchgeführt wurde. Im Rahmen des Audits analysieren unabhängige Gutachter detailliert die Qualität und Effektivität des betrieblichen Gesundheitsmanagements des jeweiligen Unternehmens im Branchenvergleich.

Modellkommunen „E-Government“ zu Gast im Ortenaukreis – Zweitägiger Workshop in Offenburg

Im September 2014 wurde der Ortenaukreis zusammen mit sieben weiteren Kommunen vom Bundesministerium des Innern als „Modellkommune E-Government“ ausgewählt. Im November 2015 trafen sich die acht Modellkommunen aus dem Bundesgebiet auf Einladung des Landratsamtes Ortenaukreis und unter Federführung des Bundesinnenministeriums zu einem zweitägigen Workshop in Offenburg, um gemeinsam Strategien für ein modernes, serviceorientiertes und nachhaltiges E-Government zu entwickeln.

Unter dem Motto „E-Government grenzenlos“ startete der Workshop am 18. November 2015 im 16. Stock des Hubert

Burda Media Towers. Landrat Frank Scherer begrüßte die Gäste und betonte, wie wichtig E-Government für den Bürokratieabbau in den Verwaltungen sei. „Auch Politik und Verwaltung müssen in Zeiten von New Media, E-Commerce und Industrie 4.0 umdenken. Besonders im Hinblick auf die demografische Entwicklung, steigende Arbeitsbelastungen und den Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte ist E-Government eine logische Konsequenz, welche künftig noch weiter an Bedeutung gewinnen wird“, so Scherer. Anschließend schilderten die Referentinnen Marlies Pfister, Fachstellenleiterin E-Government im Kanton Aargau in der Schweiz, und Silke Böhlinger, die bei der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH für Verwaltungsvereinfachung und E-Government zuständig ist, ihre Erfahrungen beim Aufbau von E-Government-Prozessen. „Damit E-Government erfolgreich sein kann, braucht es eine starke Vernetzung über die Fachgrenzen, über die Organisationsgrenzen, über die föderalen Grenzen hinweg“, betonte Pfister. Das sei nur möglich, wenn geschlossene Strukturen aufgebrochen und Veränderungen begrüßt würden, so die Wirtschaftsinformatikerin. „Dazu braucht es Bewegung und Mut für Neues.“

Open-Data-Experte Oliver Rack aus Mannheim hielt zum Abschluss ein Plädoyer für das Öffnen von Behördendaten, damit diese von Bürgern, der Wirtschaft und anderen Verwaltungen eingesehen und genutzt werden können.

Den zweiten Tag widmeten die Modellkommunen ihrer aktuellen Projektarbeit. „Dabei war für alle Beteiligten besonders interessant, wie E-Government erfolgreich über Organisationsgrenzen hinaus betrieben werden kann“, informiert Olaf Neumann, Amtsleiter Zentrale Organisation beim Landratsamt Ortenaukreis und dort verantwortlich für die E-Government-Strategie, der die Wichtigkeit des Workshop betonte. „Durch diesen Austausch können wir Modellkommunen uns besser vernetzen und dafür sorgen,



Die Wirtschaftsinformatikerin Marlies Pfister, Fachstellenleiterin E-Government im Kanton Aargau in der Schweiz, referierte im 16. Stock des Burda Media Towers in Offenburg zum Thema „E-Government grenzenlos“.

dass Erfahrungen – positiv wie negativ – allen Teilnehmern zugänglich gemacht werden und wir auf diesem Weg voneinander profitieren“, so Neumann. Die Modellkommunen erarbeiteten gemeinsam Lösungsansätze zu den Themenfeldern Einsatz von De-Mail, Open Data, Schnittstellen, Marketing, Bürgerportal, E-Payment und elektronischer Posteingang.

Zum Projektende Mitte 2016 wird das Bundesministerium des Innern aus den Erfahrungen der Modellkommunen einen „Leitfaden E-Government“ für alle Kommunen erstellen.

Neben dem Ortenaukreis zählen die Städte Halle (Saale), Ibbenbüren, Düren, Gütersloh und Norderstedt sowie der Landkreis Cochem-Zell und der Heidekreis zu den acht Modellkommunen E-Government. Diese sollen im Rahmen des Bundes-Projekts die Potenziale der Anwendung von E-Government für die Kommunalverwaltungen aufzeigen. Gefragt sind dabei Lösungen und Konzepte, die die Bürgerfreundlichkeit verbessern und die Effizienz des Verwaltungshandelns nachhaltig steigern.

Ein erster Schritt wurde mit der neu gestalteten Webseite www.ortenaukreis.de bereits im vergangenen Jahr getan. „Neben einem modernen und aufgeräumten Design haben wir bei der Neugestaltung größtmöglichen Wert darauf gelegt, dass unsere Internetseite intuitiv

bedienbar, barrierefrei und leicht verständlich ist“, informiert Neumann. „Unser Ziel ist es nun, in der Wirtschafts- und Medienregion Ortenau eine Art virtuelles Landratsamt als Zeichen einer innovativen Verwaltung zu installieren, um so den Service und die Dienstleistungsqualität zu verbessern“, betont Neumann.

Schüler aus irischem Partnerlandkreis zu Gast im Hohenlohekreis

Die Begegnung junger Menschen zu fördern ist eines der Ziele der Partnerschaft zwischen dem Hohenlohekreis und dem

County of Limerick in Irland. Daraus ist ein regelmäßiger Schüleraustausch zwischen der School of the Holy Trinity in Doon und dem Schlossgymnasium in Künzelsau entstanden. Bereits zum dritten Mal konnten Schüler des Schlossgymnasiums ihre irischen Freunde für eine Woche in Künzelsau willkommen heißen.

Landrat Dr. Matthias Neth hatte die Gruppe ins Landratsamt Hohenlohekreis eingeladen. Ursula Mühleck, Leiterin des Amts Oberste Kreisorgane, Geschäftsstelle Kreistag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, begrüßte die irische Gruppe und hieß sie herzlich willkommen im Hohenlohekreis: „Die Verbindung mit dem Limerick County ist die älteste und zugleich lebendigste Partnerschaft unseres Landkreises“, so Mühleck. „Ich freue mich sehr, dass unsere bereits seit 25 Jahren bestehende Kreispartnerschaft durch die Kontakte zwischen den beiden Schulen weitere Früchte trägt.“ Sie stellte den am Austausch beteiligten Schülerinnen und Schülern den Hohenlohekreis und die Arbeit der Kreisverwaltung vor. Abschließend wünschte sie den irischen Gästen für ihren Aufenthalt im Hohenlohekreis viele bleibende und interessante Eindrücke.



Ursula Mühleck, Amtsleiterin Oberste Kreisorgane, Geschäftsstelle Kreistag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (vorne 2. v.l.), gemeinsam mit den irischen Gästen sowie den Schülern und Lehrkräften des Schlossgymnasiums Künzelsau

Seniorenwegweiser: Im Landratsamt ab jetzt erhältlich – Überblick über Hilfs- und Beratungs- landschaft im Rems-Murr-Kreis

Der neue Seniorenwegweiser ist da! Hilfesuchenden, Interessierten und Fachdiensten soll er dazu dienen, rasch an wichtige Informationen zum Thema Alter und Pflege zu gelangen. Er bietet gleichzeitig einen Überblick über die Hilfs- und Beratungslandschaft im Rems-Murr-Kreis und ist somit auch geeignet, sich beizeiten mit passenden Lösungen für die Zukunft zu befassen. Der Seniorenwegweiser liegt nun in der sechsten Auflage wieder in aktualisierter Form beim Landratsamt Rems-Murr-Kreis am Alten Postplatz 10 in Waiblingen beim Pflegestützpunkt für Interessierte aus. Ab Januar 2016 steht die Broschüre auch als Online bzw. Downloadversion auf unserer Homepage zur Verfügung. Der Rems-Murr-Kreis gehört mit über 400 000 Einwohnern zu den großen Landkreisen in Baden-Württemberg und verfügt über ein breitgefächertes Angebot von Hilfen für die ältere Generation in allen möglichen Lebenslagen.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall wird Erste Anlaufstelle für Bundesprogramm

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Schwäbisch Hall mbH (WFG) ist eine von bundesweit 102 Erstberatungsstellen im Förderprogramm *unternehmensWert:Mensch*. Unternehmen aus dem Landkreis und der Region haben damit besonders kurze Wege für eine geförderte Beratung. Um Erstberatungsstelle werden zu können, musste sich die WFG beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) bewerben. Dabei wurden neben der Erfahrung in der Beratung und Abwicklung von Förderprogrammen vor allem auch fachspezifische Kompetenzen abgefragt. Denn das Programm *unternehmensWert:Mensch* soll Unter-



Landrat und WFG-Beiratsvorsitzender Gerhard Bauer übergibt den Bewilligungsbescheid an Projektleiterin Melanie Schleich und Geschäftsführer Helmut Wahl.

nehmen bei der Entwicklung moderner, mitarbeiterorientierter Personalstrategien unterstützen. „Die WFG hat sich in diesem Bereich bereits 2008 umfangreiche Kompetenzen angeeignet und sich intensiv mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen auf die Personalarbeit der Unternehmen beschäftigt“, erklärt Landrat Gerhard Bauer. Bereits in den letzten sechs Jahren wurden Unternehmen im Kreis mit der Demografie-Initiative RegioBiZ professionell sensibilisiert, informiert und beraten. „Dass es in Baden-Württemberg nur zwei solcher Erstberatungsstellen gibt, zeigt, wie gut wir aufgestellt sind“, freut sich Landrat Bauer über den Zuschlag des BMAS. In Baden-Württemberg können Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten (in volle Jahresarbeitseinheiten gerechnet) eine geförderte Prozessberatung in den vier Handlungsfeldern Personalführung, Chancengleichheit & Diversity, Gesundheit sowie Wissen & Kompetenz erhalten. In diesen Bereichen erarbeiten professionell autorisierte Berater gemeinsam mit der Unternehmensführung und den Beschäftigten maßgeschneiderte Konzepte und Maßnahmen für eine erfolgreiche Personalpolitik. Dabei werden bis zu 80% der

Beratungskosten übernommen. Die Erstberatungsstelle ist dabei erste Anlaufstelle für die Unternehmen. Sie prüft die Förderfähigkeit der Unternehmen, ermittelt den Beratungsbedarf und gibt die so genannten Beratungsschecks aus. Mit diesen wird eine Förderung der Prozessberatungskosten möglich. Die Erstberatungen sind für alle Unternehmen kostenlos. Erstberaterin bei der WFG ist Melanie Schleich, die auch das Projekt RegioBiZ leitete und sich zur Demografie-Lotsin in dieser Zeit weitergebildet hat. WFG-Geschäftsführer Helmut Wahl freut sich, dass die WFG mit Hilfe von Fördermitteln die Unternehmen hier im Kreis weiterhin intensiv bei ihrer Personalarbeit unterstützen kann. „Gerade Kleinstunternehmen fehlen oft die Ressourcen, um die Herausforderungen des Nachwuchsmangels, des demografischen Wandels und der Mitarbeiterbindung anzugehen. Hier ist die geförderte Beratung eine große Hilfe“, so Wahl. Finanziert wird das Programm *unternehmensWert:Mensch* aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Für Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten bietet das Land Baden-Württemberg eine entsprechende För-

derung für die Beratung an. Auch hier versteht sich die Erstberatungsstelle der WFG als Lotse und hilft bei der Antragstellung oder beim Auffinden anderer passgenauer Förderprogramme.

Weitere Informationen zum Förderprogramm und der Erstberatungsstelle hat die WFG auf ihrer Internetseite www.uwm.wfgsha.de zusammengestellt.

Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar: Erster Breitbandkunde geht am 16. Dezember 2015 ans Netz

„Drei, zwei, eins ... GO!“ Es ist ein bahnbrechender und damit emotionaler Augenblick, als der symbolische rote Knopf nach unten gedrückt wird und sich auf dem Demo-Notebook blitzschnell die Startseite der fibernet.rn-Homepage aufbaut. Mit dieser anschaulichen Präsentation wird der 16. Dezember 2015 als der Tag in die Wirtschaftsannalen des Rhein-Neckar-Kreises eingehen, an dem der Startschuss für den Betrieb des High-Speed-Netzes der Zukunft definitiv fällt. Sprich, an dem mit dem Anwesen der Familie Puschmann in Schönbrunn der erste Haushalt seinen Anschluss an das digitale Hochgeschwindigkeitsnetz des Rhein-Neckar-Kreises bekommt.

Die digitale Infrastruktur für zuverlässige und schnelle Download- und Uploadgeschwindigkeiten ist damit auf den Weg gebracht, die für den Wirtschaftsstandort Rhein-Neckar so elementaren Voraussetzungen für Mobile Office, Home Office, Cloud Computing (Virtuelles Rechenzentrum, Übertragung zu Terminalsystemen), Social Web, Telemedizin, IP-TV, TV-Streaming oder Voice over IP werden nunmehr Zug um Zug geschaffen.

Auch für den Geschäftsführer des künftigen Netzbetreibers ist der 16. Dezember 2015 ein besonderer Tag. Namens der NetCom BW betont Bernhard Palm, „dass wir uns freuen, als kompetenter und leistungsfähiger Partner den Privat-, Gewerbe- und Industriekunden die viel-



fältigen Dienste und Leistungen des schnellen Internets anbieten zu können. Dabei tragen wir außerdem dem erklärten Wunsch des Zweckverbandes Rechnung, anderen Dienstleistern den Zugang zum Netz zu gewähren“, erläutert Palm.

Am 29. November 2014 gründete der Rhein-Neckar-Kreis im Schulterschluss mit seinen 54 Städten und Gemeinden den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar, um zeitnah eine technisch ausgereifte und zukunftsfähige Breitbandversorgung zu gewährleisten. Im Bundesvergleich ist der Zweckverband damit übrigens der einwohnerstärkste interkommunale Zusammenschluss im Bereich des flächendeckenden Glasfasernetzausbaus. Das Verbandsgebiet umfasst, neben einer Vielzahl von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, über 530 000 Einwohner. Vorsitzender des Zweckverbandes ist der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises, Stefan Dallinger, die kaufmännische und operative Geschäftsführung obliegt einer Tochtergesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises, der AVR UmweltService GmbH in Sinsheim. Der Zweckverband arbeitet zielgerichtet, koordiniert und schnell. Knapp ein Jahr, nachdem die zuständigen Gremien die operativen Geschäfte aufgenommen haben, kann jetzt der erste Breit-

bandkunde an das neue Glasfasernetz des Rhein-Neckar-Kreises angeschlossen werden. Im März 2015 wurde mit der Feinplanung des Kern-Backbones sowie mit der Planung einzelner kommunaler Zuführungstrassen der erste Meilenstein gesetzt. Unter dem Kern-Backbone versteht man die kreisweite Glasfaser-Zubringerinfrastruktur, die mit ihren 320 km Trassenlänge jeder Mitgliedskommune den Anschluss an das schnelle Internet garantiert. Weitere 200 km Trassenlänge sind notwendig, um über kommunale Zuführungstrassen die Versorgung flächendeckend in alle Orts- und Stadtteile weiterzuführen.

„Die Förderanträge haben wir Mitte August gestellt, bereits am darauffolgenden Tag lag die erforderliche Unbedenklichkeitsbescheinigung für die rund 1,7 Mio. Euro teure Investition zur Errichtung der ersten Backbone-Leitung vor. Das unterstreicht einmal mehr die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit des Zweckverbandes mit dem zuständigen Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz“, freut sich David Kern, zuständig für den Bereich Fördermittel, über die kurzen Wege und die schnellen Reaktionszeiten. Und so ist nur knapp zwei Monate nach Vergabe der Tiefbauarbeiten im Oktober 2015 für die 22 Kilometer lange Pilotstrecke von

Lobbach nach Eberbach der erste Teil des Kern-Backbones realisiert, der erste Kunde konnte zum 16. Dezember 2015 ans Netz gehen. Der ausgewählten Pilotstrecke hatte man übrigens im Vorfeld den höchsten Bedarf zugemessen, da sich die aktuellen Versorgungskapazitäten kreisweit gesehen hier als besonders niedrig erwiesen. „Häuser und Liegenschaften, die sich in direkter Nähe zur Backbone-Leitung befinden, konnten ebenfalls gleich mit Hausanschlüssen versehen werden. Entlang des Streckenverlaufes haben wir in einzelnen Ortsteilen (Beispiel Pleutersbach) fantastische Anschlussquoten von bis zu 90% erreicht. Das Interesse war in der Tat riesengroß und so können wir im Laufe der nächsten Monate und Jahre die sukzessive Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raumes durch die digitale Versorgung Stück für Stück weiter voranbringen“, blickt Kern motiviert in die Zukunft.

Die Pilotstrecke Lobbach–Eberbach war von den Planern im Vorfeld in sechs Lose aufgeteilt und demzufolge an sechs verschiedene Baufirmen vergeben worden. „Wir haben diese Vorgehensweise ganz bewusst gewählt. Sie sollte unter anderem dazu dienen, gegebenenfalls auch einmal unorthodoxe Dinge auszuprobieren. So wurde beispielsweise eine Teilstrecke der Backbone-Leitung in anspruchsvollem Sandsteinfels-Gelände gepflegt. Außerdem haben wir das Projekt als praktische Testphase für die beteiligten Baufirmen gesehen. Sie haben untereinander zielgerichtet und professionell kommuniziert, die permanente Abstimmung mit dem Zweckverband verlief ebenfalls reibungslos“, freut sich der Technische Leiter, Werner Riek, über die erfolgreiche Strategie.

Der erste Schritt ist also getan und der Zweckverband seiner Zielsetzung ein erstes Stück näher gekommen: Jede Bürgerin und jeder Bürger, jede Kommune, jedes Unternehmen und jeder Gewerbebetrieb wird die Möglichkeit bekommen, das Glasfasernetz der Zukunft zu nutzen.

Denn eine schnelle Internetverbindung ist heute wesentlicher Bestandteil einer modernen Infrastruktur und für die Entwicklung einer Region von entscheidender Bedeutung. Besonders im Rhein-Neckar-Kreis spielt die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen eine zentrale Rolle, denn laut Softwareatlas 2013 des Fraunhofer-Institutes für System- und Innovationsforschung ist er „Deutschlands bedeutendster Standort im Bereich Software- und IT-Dienstleistungen“. Rund jeder zehnte Arbeitsplatz (11,40%) ist hier im Wirtschaftszweig „Information und Kommunikation“ angesiedelt. Folglich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur in ihren Unternehmen, sondern auch an ihren jeweiligen Wohnorten auf eine leistungsstarke Kommunikationsinfrastruktur angewiesen.

Minister Dobrindt überreicht Förderbescheid für schnelles Internet im Ostalbkreis

Bundesminister Alexander Dobrindt hat weitere 45 Förderbescheide für Mittel aus dem milliardenschweren Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau

übergeben. Für den Ostalbkreis nahm Erste Landesbeamtin Gabriele Seefried den Förderbescheid in Berlin entgegen. Kommunen und Landkreise mit unterversorgten Gebieten erhalten bis zu 50 000 Euro. Der Ostalbkreis wird mit dem Höchstsatz, also mit 50 000 Euro, gefördert. Neben dem Ostalbkreis wurde aus Baden-Württemberg noch der Landkreis Biberach gefördert. Mit dem Geld können Ausbauprojekte für schnelles Internet geplant und Antragsunterlagen für eine Bundesförderung dieser Projekte erstellt werden. In einem zweiten Schritt vergibt das BMVI jeweils bis zu 15 Millionen Euro, um die Umsetzung von Ausbauprojekten zu fördern.

„Insgesamt nehmen wir 2,7 Milliarden Euro an Fördergeldern in die Hand, um ganz Deutschland mit schnellem Internet zu versorgen. Wir machen allen Kommunen und Landkreisen ein Angebot, das Bundesprogramm zu nutzen, damit es bis 2018 auf der Landkarte keine weißen Flecken mehr gibt“, so Minister Dobrindt. Seit Beginn des Bundesprogramms am 18. November 2015 konnten bereits 78 Förderanträge von Kommunen und Landkreisen aus ganz Deutschland positiv beschieden werden. Täglich kommen neue



Bundesminister Alexander Dobrindt (links) übergab in Berlin den Breitband-Förderbescheid für den Ostalbkreis an Erste Landesbeamtin Gabriele Seefried (rechts) im Beisein von Staatssekretär Norbert Barthle MdB.

hinzu. Mit dem Bundesförderprogramm sollen unterversorgte Gebiete einen Netzzugang von mindestens 50 Mbit pro Sekunde erhalten. Die Anträge können unter www.breitbandausschreibungen.de eingereicht werden.

Mit dem Bundesförderprogramm wird der Netzausbau technologieneutral gefördert. Der Fördersatz beträgt 50 bis 70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Da das Bundesprogramm mit Förderprogrammen z.B. der Länder kombinierbar ist, kann der Eigenanteil der Kommunen bis auf 10 Prozent reduziert werden.

Landrat Sven Hinterseh bei Podiumsdiskussion „Breitband-Offensive 4.o“ in Brüssel

Das Projekt „Schnelles Internet“ nimmt im Schwarzwald-Baar-Kreis seit der Gründung des Zweckverbands Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar im März 2014 Fahrt auf. Der Schwarzwald-Baar-Kreis hat sich bereits früh auf den Weg gemacht, um sich zukunftsorientiert aufzustellen. Damit gehört der Schwarzwald-Baar-Kreis mit zu den Pionieren des interkommunalen Glasfaserausbaus in Deutschland. Dies war ein Grund dafür, dass Landrat Sven Hinterseh zu einer Podiumsdiskussion nach

Brüssel, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, eingeladen wurde. Das Thema der Diskussion lautete: „Breitband-Offensive 4.o – Schnelles Internet durch mehr Wettbewerb“. An der Diskussion nahmen der baden-württembergische Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde teil, der das baden-württembergische Fördermodell vorstellte. Als „Keynote speaker“ ging Oliver Stehmann von der Europäischen Kommission – Generaldirektion Wettbewerb darauf ein, wie das Fördermodell in die europäische Perspektive eingeordnet wird. Zudem gab er einen Überblick über die wettbewerbspolitischen Brennpunkte bei den Breitband- und Telekommunikationsmärkten. Weitere Teilnehmer der Diskussionsrunde waren Jan Philipp Albrecht MdEP, Dr. Stephan Albers, Geschäftsführer des Bundesverbandes Breitbandkommunikation e.V., Steven Tas, Director European Telecommunications Network Operators' Association, Hartmut Alker, Ministerium Ländlicher Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg. Landrat Sven Hinterseh stellte die ambitionierten Ausbauaktivitäten des Zweckverbands Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar, dessen Vorsitzender er ist, vor und warb für die weitere Unterstützung der Politik.

Technische Verwaltung

Hohenlohekreis: HOKis-Geoportal findet immer größere Akzeptanz – Jetzt auch für Smartphones und Tablets verfügbar

Geoinformationen gewinnen in fast allen privaten und öffentlichen Lebensbereichen immer mehr an Bedeutung. Satellitengestützte Navigation, Verkehrsmeldungen und der Wetterbericht sind ohne Geoinformationen nicht mehr vorstellbar. Auch die Fachämter des Landratsamtes führen und nutzen bereits seit mehreren Jahren in ihrem Geografischen Informationssystem (GIS) eine Vielzahl an raumbezogenen Daten, wie Flurstücke, Bauungspläne oder Schutzgebiete bei der Bearbeitung ihrer Geschäftsprozesse. Im Frühjahr 2014 entstand die für jedermann frei zugängliche Plattform HOKis-Geoportal des Landratsamtes Hohenlohekreis. Unter www.hokis.eu oder über die Homepage der Kreisverwaltung www.hohenlohekreis.de sind die Informationen erhältlich. Zuständig ist die Stabsstelle GIS des Vermessungsamtes, die die Inhalte und die Funktionen seit



V. l. n. r.: Dezernent Dr. Wolfgang Eißel, Landrat Dr. Matthias Neth, Andre Völkner, Leiter der Stabsstelle GIS und Amtsleiter Gerald Bär testen die Nutzung des Geoportals HOKis auf dem Tablet.



der Freischaltung kontinuierlich erweitert und verbessert hat. Anwendungen wie der Gewerbeflächenkatalog oder die Höhenprofilberechnung sind hinzugekommen. Neueste Errungenschaft sind insbesondere rund 1000 Kleindenkmale im Hohenlohekreis. Diese sind per Klick abrufbar und beinhalten weitere Informationen, wie z.B. Fotos oder Inschriften. In Baden-Württemberg ist das HOKis-

Geoportal beispielgebend. Viele Kreisverwaltungen setzen mittlerweile auf ähnliche innovative Technologien, die sich im Hohenlohekreis bereits bewährt haben.

Sowohl die Zugriffszeiten als auch das Feedback bei der Stabsstelle GIS zeigen, dass sich das HOKis-Geoportal des Hohenlohekreises bei Privatpersonen und besonders bei Betrieben, Dienst-

leistern und Verwaltungen zunehmender Beliebtheit erfreut. Täglich werden bis zu 400 Zugriffe verzeichnet. Mittlerweile erfolgen ca. dreiviertel aller Internetzugriffe über mobile Geräte, sodass das HOKis-Geoportal jetzt auch über Smartphone und Tablet zugänglich ist. Dies ermöglicht, dass sich die Darstellung der Inhalte und das Layout auf das mobile Endgerät anpassen.

LANDKREIS SCHWÄBISCH HALL



Regierungsbezirk Stuttgart
Einwohnerzahl: 190 250 (Stand 30.6.2015)
Fläche in km²: 1484 (Stand 31.12.2014)
Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 30
davon Große Kreisstädte: 2

Hausanschrift:

Landratsamt Schwäbisch Hall
Münzstraße 1
74523 Schwäbisch Hall

Postanschrift:

Landratsamt Schwäbisch Hall
Postfach 11 04 53
74507 Schwäbisch Hall

Zentrale:

Telefon: 0791/755-0
Telefax: 0791/755-7362
E-Mail: info@LRASHA.de

Pressestelle:

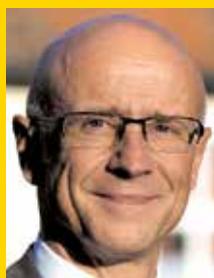
Telefon: 0791/755-7208
Telefax: 0791/755-7545
E-Mail: pressestelle@LRASHA.de

Wirtschaftsförderung:

Telefon: 0791/755-7214
Telefax: 0791/755-7399
E-Mail: info@wfgsha.de

Tourismus:

Telefon: 0791/755-7444
Telefax: 0791/755-7447
E-Mail: s.ruedinger@LRASHA.de



Landrat:
Gerhard Bauer
seit 1.1.2004

Mandatsverteilung:

Gesamt 58 Sitze, davon

Freie Wähler:	17
CDU:	16
SPD:	11
Bündnis 90/Grüne:	7
FDP:	5
ÖDP:	2

Geografische Lage:



Mehr Infos:
www.LRASHA.de

Wissenswertes

Die Bevölkerung verteilt sich auf eine Fläche von 1484 km², so dass im Landkreis Schwäbisch Hall 128 Menschen auf einem km² leben. Damit zählt der Landkreis Schwäbisch Hall zu den am dünnsten besiedelten Gebieten Deutschlands, wo sich im Durchschnitt 230 Einwohner einen km² Fläche teilen müssen.

Wirtschaft

Die Wirtschaft des Kreises weist eine gute Unternehmensstruktur auf. Besonders stark vertreten ist dabei das verarbeitende Gewerbe, das in erster Linie von der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau) geprägt wird. Ebenfalls von großer Bedeutung sind die Elektrotechnik sowie die Eisen-, Blech- und Metallverarbeitung, Kfz-Zulieferbetriebe, die Holzverarbeitung, die Ernährungs- sowie die Papier- und Druckindustrie.

Tourismus

Die alte Reichs- und Salzsiederstadt Schwäbisch Hall ist der touristische und kulturelle Mittelpunkt des Landkreises. Beliebte Ausflugsziele sind die ehemaligen Residenzstädtchen Langenburg und Kirchberg mit den prächtigen Renaissance-schlössern der Hohenloher Fürsten. Außerdem locken die mittelalterliche Trutzfeste Vellberg und der Luftkurort Mainhardt, in dem noch vieles an die Römerzeit im Grenzgebiet des Limes erinnert. Besondere Anziehungspunkte für Radler und Wanderer sind die Täler von Kocher, Jagst und Bühler.



Stadt Schwäbisch Hall